KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

WIR BEGRÜßEN DIE ANKÜNDIGUNG DES AUTONOMEN KURDISTAN

BAĞLAR VOLKSINITIATIVE

Nr. 151 September/Oktober 2010 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 151 September/Oktober 2010 berichten wir über:



Demonstrationen gegen das Verfassungsreferendum der AKP-Regierung und für eine demokratische Verfassung finden mit großer Beteiligung statt. Foto: DIHA



Trotz Ausrufung der Waffenruhe gehen die militärischen Operationen des türkischen Militärs weiter. Initiativen gegen den Krieg bestimmen den Alltag. Foto: DIHA



„Intikam" – Rache wird auf Beerdigungen von GuerillakämpferInnen, die zu Massendemonstrationen der Bevölkerung angewachsen sind, gefordert. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

willkommen zu einer neuen Ausgabe des KurdistanReport. Die hätte eigentlich als „Friedensausgabe" dem Weltfriedenstag bzw. Antikriegstag am 1. September gut zu Gesicht gestanden. Doch gibt das die Nachrichtenlage aus Nordkurdistan leider nicht her.

Zwar hat jetzt am 13. August die kurdische Freiheitsbewegung wieder einmal einseitig eine Waffenpause beschlossen, die siebte in ihrer Geschichte, diesmal befristet bis zum 20. September. Allerdings trifft diese Entscheidung auf eine Situation, wie sie schon im letzten Heft angedeutet werden musste: Die jüngste, auch wieder einseitig gebliebene, Waffenpause war gerade am 1. Juni nach 13 Monaten ergebnislos beendet worden; es hatte keine Anzeichen für eine Annäherung gegeben. Im Gegenteil, der Krieg wurde von türkischer Seite auf allen Ebenen ausgeweitet, das Schlagwort vom politischen Genozid machte die Runde: Die Kriminalisierung und vieltausendfache Inhaftierung der zivilgesellschaftlichen politischen Ebene wurde und wird fortgesetzt, Pogromstimmung gegen Kurdinnen und Kurden geschürt, ganz aktuell ist die kritische Stimme eines westlichen Journalisten, der als einziger auch über die Kriegspraxis des türkischen Militärs und ihre Folgen vor Ort berichtet hatte, durch Ausweisung neutralisiert worden …

So ging die Bewegung vom „passiven" zum „aktiven Widerstand" über, führte einige verlustreiche Kämpfe gegen die Armee und absolvierte wohl als Demonstration der Stärke einige erfolgreiche Guerilla-Aktionen. Gleichzeitig beschloss die gesamte Bewegung die „demokratische Autonomie" als neue Strategie, um den Begriff von der Lösung der kurdischen Frage autonom und selbstorganisiert mit Leben füllen zu können.

In dieser Situation sollen eine Botschaft Abdullah Öcalans (nach Gesprächen mit der staatlichen Seite auf Imralı) einerseits und Appelle türkischer politischer Kreise andererseits Anlass geboten haben, eine neuerliche befristete Aussetzung der Kämpfe zu diskutieren und zu beschließen. Mit der Aussicht auf Verlängerung oder gar Endgültigkeit, falls einige Bedingungen erfüllt werden sollten. Diese Entwicklung lässt sich genauer nachverfolgen in dieser aktuellen Ausgabe.

Appelle, Kontakte, Gespräche, offen oder hinter der Bühne – all das ist periodisch schon aus früheren Phasen berichtet worden (über die Jahre hinweg immer wieder auch im KurdistanReport dokumentiert), anscheinend herrscht nie absolute Funkstille zwischen den Kriegskontrahenten. Dabei kam jedoch in keinem Fall irgendetwas mit Hand und Fuß heraus, immer wieder wurde ein falsches Spiel mit den Kurdinnen und Kurden getrieben oder es wurde ein guter Wille sabotiert. Kein Wunder, dass dabei im Laufe der Zeit das Vertrauen in einen solchen Mechanismus geschwunden ist.

Also „business as usual"? Alles wie gehabt? Routine? Der Krieg wird einseitig fortgeführt, und die Waffenruhe als Reaktion auf diverse Appelle, wie ernst sie auch immer gemeint gewesen sein mögen, ist nur die Hoffnung auf einen ungedeckten Scheck? Wir werden sehen müssen … und Partei ergreifen.

Was dabei allerdings nicht ignoriert werden kann, ist die inzwischen offensichtliche Tatsache, dass niemand mit militärischen Mitteln eine befriedigende Lösung herbeiführen kann. Es müssen auf jeden Fall alternative Möglichkeiten gesucht und entwickelt werden.
Realistische, begehbare Wege gestaltet die kurdische Seite.
Ihre Redaktion

Über die politischen Entwicklungen in der Türkei

Wie alles miteinander verknüpft ist

M. Fahri Çiftkuş

In den letzten Monaten hat die kurdische Frage, seit Jahren ohnehin ein Kernthema in der Türkei und im Mittleren Osten, an Aktualität gewonnen. Das liegt u. a. daran, dass KCK und Kongra-Gel am 1. Juni die Phase ihres passiven Widerstandskampfes für beendet erklärten und die Phase des aktiven Widerstandskampfes (den Krieg mittlerer Intensität) eröffnet haben. Dem folgten in Nordkurdistan (türkischer Teil Kurdistans) und der Türkei eine Reihe wirksamer militärischer Guerillaaktionen gegen das türkische Militär. Wie kam es dazu?

Dem Aufruf des kurdischen Volksrepräsentanten Abdullah Öcalan folgend hatte der Kongra-Gel zum 1. Oktober 2006 einen fünften einseitigen Waffenstillstand der kurdischen Freiheitsbewegung beschlossen. Alle Appelle und Lösungsprojekte der kurdischen Seite waren sowohl von der türkischen Armee als auch von der Regierung der „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung" (AKP) ignoriert worden. Auch diese Chance blieb wie die vorherigen ungenutzt. Anstatt auf die dargebotene Waffenruhe im Sinne einer politischen Lösung der kurdischen Frage mit entsprechenden Schritten einzugehen, führte die türkische Armee 2007 mit aktiver Unterstützung der USA großangelegte grenzüberschreitende Militäroperationen gegen die PKK-Einheiten in Süd-(Irakisch-)Kurdistan durch. Mit dem Widerstand von Zap [*Region in Südkurdistan*] wurde ihr Vorhaben, die Guerilla militärisch zu besiegen, zum Scheitern gebracht. Nach der militärischen Niederlage waren die türkischen Armeeeinheiten zum Rückzug gezwungen. Dieser missglückte Vorstoß illustrierte erneut, dass die kurdische Frage militärisch nicht zu lösen ist.

Erfolglose AKP-Politik

Dieses Ergebnis hätte von der Regierung zum Anlass genommen werden können, auf die bisherige Verleugnungs- und Vernichtungspolitik zu verzichten und ernsthaft die Lösung der kurdischen Frage anzugehen. Aber nein: Sie verstärkte ihre Anstrengungen für die Liquidierung des kurdischen Befreiungskampfes auf unterschiedlichen Wegen. So versuchte die AKP, die Kommunalwahlen am 29. März 2009 zum Zurückdrängen der kurdischen „Partei für eine Demokratische Gesellschaft" (DTP) zu nutzen und ihren Einfluss in den kurdischen Gebieten zu vergrößern. Diesen politischen Kampf gegen die DTP führte sie gemeinsam mit allen anderen etablierten türkischen Parteien und den Staats- und Regierungsressourcen. Das Wahlergebnis war vor diesem Hintergrund sowohl für die AKP als auch für das Militär ein Schock. Die DTP legte an Stimmen zu und gewann zu den zuvor schon regierten Kommunen neue hinzu. Zur militärischen Niederlage in Südkurdistan kam für die Türkei nun noch eine politische.

Die Rache der Türkei ließ nicht lange auf sich warten. Im April 2009 startete sie eine breit angelegte und auf längere Zeit ausgedehnte Operation gegen die legalen politischen Strukturen des kurdischen Volkes. Unter dem Namen „KCK-Operation" wurden bis heute mehrere tausend Menschen – darunter kurdische PolitikerInnen und BürgermeisterInnen – unter dem Vorwand der Mitgliedschaft in der „Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans" KCK festgenommen, über 1000 von ihnen befinden sich noch in Haft. [*Der erste Prozess beginnt am 18. Oktober 2010, internationale Beobachter werden erwartet.* *Vgl. a. S. 14 ff.*] Im Dezember 2009 wurde schließlich die DTP vom türkischen Verfassungsgericht verboten. Auch Kinder und Jugendliche blieben von diesem „Säuberungsplan" des türkischen Staates nicht verschont – Hunderte wurden nach dem Anti-Terror-Gesetz wegen angeblicher Steinwürfe inhaftiert und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. [*vgl. a. S. 19 f.*]

AKP-Regierung kontra Militär

Ein weiteres Ermittlungsverfahren, auch bekannt als „Ergenekon-Verfahren", beschäftigt seit Längerem die Türkei. Seit zwei Jahren laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen zahlreiche Militärs und Ex-Militärs, denen vorgeworfen wird, sie hätten die Regierung stürzen wollen. Bei den meisten der Verdächtigen handelt es sich um Personen, die im Namen des „Tiefen Staates" Verbrechen gegen das kurdische Volk verübt haben. Mit diesem Schachzug versucht die AKP-Regierung zum einen, ihre Macht auszuweiten, indem sie dem Militär seinen traditionellen Führungsanspruch streitig macht, und sich gleichzeitig aufgeflogener und dem System hinderlich gewordener Kreise innerhalb dieses „Tiefen Staates" zu entle-

digen. Bekanntlich endet der Machtkampf zwischen Armee und AKP immer dann, wenn es gegen die Kurden geht.

Obwohl, wie gesagt, viele der Verdächtigen für unzählige Verbrechen in Kurdistan verantwortlich sind, wird verhindert, dass das Verfahren zu deren Aufklärung genutzt wird. Das anfänglich vielversprechend erscheinende Ergenekon-Verfahren verlässt nicht den Rahmen eines platten Machtkampfes zwischen der AKP und den Militärs.

Dabei sollte nicht vergessen werden: Wäre die Armee gegen die PKK militärisch erfolgreich gewesen, hätte die AKP nie ihre heutige Stärke gewinnen und auch nicht den Mut und die Kraft aufbringen können, diesen Kampf gegen das Militär aufzunehmen. Die Erfolglosigkeit der Armee im Kampf gegen die PKK hat nicht nur dazu geführt, dass die AKP ihre Regierungszeit verlängern konnte, sondern auch die AKP dazu ermutigt, sich in den wichtigsten staatlichen Bereichen zu etablieren.

Die „kurdische Öffnung“ – ein weiterer Flop der AKP-Regierung

Als Resultat der Erfolglosigkeit sowohl der Regierung als auch der Armee gegen die PKK wurde ein weiterer Plan, auch bekannt als die „kurdische Öffnung“, entwickelt und umgesetzt. Obwohl diese sogenannte „Öffnung“ viel debattiert wurde, ist bis heute nicht klar, was es damit auf sich hat. Die kurdische demokratische Befreiungsbewegung und ihre Führung sprachen diesem Vorhaben zu Beginn ihre Unterstützung aus, ausgehend von der Eventualität, es könnte – wenn die AKP-Regierung aufrichtig wäre – zur Lösung der kurdischen Frage beitragen. Zu Appellen und konkreten Vorschlägen gesellte sich eine Friedensgruppe, bestehend aus 8 Guerillas aus Kandil und 26 Personen aus dem nordirakischen Flüchtlingscamp Maxmur, die zur Stärkung dieser vagen „Öffnung“ in die Türkei kam. Sie deckte aber vielmehr die Unaufrichtigkeit der AKP bei diesem Projekt auf. Es stellte sich schon sehr bald heraus, dass die AKP keinerlei Intention hat, die kurdische Frage zu lösen, sondern mit dem Projekt eher versuchte, zum einen Zeit für die Konzentration auf den Machtkampf mit der Armee zu gewinnen und zum anderen die PKK und die Kurden mit diesem nicht greifbaren Konzept abzulenken. Während auf der einen Seite die politischen Vertreter der Kurden im Rahmen der KCK-Operation verhaftet werden, mit der Absicht, ihren Willen zu brechen, soll auf der anderen Seite die Bevölkerung mit falschen Hoffnungen und Erwartungen passiviert werden, mit der Absicht, sie von ihrem Freiheits- und Demokratiekampf abzubringen.

Beendet: der sechste Waffenstillstand

Der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan hat immer wieder die Regierung der Türkei vor falschen Plänen gewarnt und zur Aufrichtigkeit angehalten und parallel dazu den gemeinsamen Vernichtungsplan von Regierung und Armee aufgedeckt. Als keinerlei Signale auf Verbesserung in Sicht waren, kündigte er seinen Rückzug nach dem 31. Mai an, weil er keinen Ansprechpartner gefunden habe. Die KCK beantwortete diese Entwicklungen schließlich damit, dass sie den seit 13 Monaten anhaltenden sechsten Waffenstillstand ab dem 1. Juni für beendet erklärte und zur Überwindung der Lösungslosigkeit den Krieg mittlerer Intensität ankündigte. Dem folgten etliche effektive militärische Schläge gegen die türkischen Sicherheitskräfte nicht nur in den kurdischen Gebieten, sondern auch in unterschiedlichen Regionen der restlichen Türkei. Regierung und Armee gerieten immer mehr in Bedrängnis und verloren immer mehr an Glaubwürdigkeit. Auch die hochentwickelte Technik, die internationale Unterstützung, der Einsatz international geächteter chemischer Waffen und von Desinformation reichten nicht aus, um ihnen einen gewissen Erfolg zu bescheren. Nachdem auch die AK Parti wie alle ihre Vorgängerinnen in Kurdistan ihre Chancen verspielt hatte und ihre Politik aufgeflogen war, bedurfte es einer neuen politischen Akteurin. Der Staat brachte daraufhin



Mit großen Demonstrationen verabschiedet sich die Bevölkerung von den gefallenen GuerillakämpferInnen der Volksverteidigungskräfte (HPG) und fordert Frieden und eine demokratische Lösung   Foto: DIHA



ÊDÎ BESE – Es reicht! Auch wenn die „Êdî bese"-Kampagne längst abgeschlossen ist, gehen die Menschen mit dieser aktuellen Aussage weiter auf die Straße Foto: DIHA

die „Republikanische Volkspartei" CHP erneut auf die politische Bühne. Ihr Vorsitzender Deniz Baykal musste aufgrund eines Sex-Skandals (entsprechende im Internet veröffentlichte Aufnahmen) zurücktreten. Kemal Kılıçdaroğlu als seinem Nachfolger fällt nun als Kurde und Alevit die Aufgabe zu, mit der CHP die durch Militär und Regierung verlorene Basis des türkischen Staates in Kurdistan zurückzugewinnen und sich dort gegenüber den kurdischen politischen Kräften zu einer alternativen politischen Kraft zu mausern.

Das falsche Gesicht der sogenannten „kurdischen Öffnung", die Oberflächlichkeit der angeblichen Demokratisierung der Türkei, die bilateralen Beziehungen zu Iran und Syrien sowie zur Hizbollah stärkten den Unmut im Lande. Daher war auch die CHP-Formel unter Kemal Kılıçdaroğlu zwingend notwendig.

Wie die oben angeführten Entwicklungen auch zeigen, resultieren alle außen- und innenpolitischen Entwicklungen für die Türkei aus ihrer Herangehensweise an die kurdische Frage. Die Beziehungen zu Iran, Hizbollah und Syrien trotz Unbehagen und Bedenken im System sind das Ergebnis davon, den kurdischen Befreiungskampf in Zusammenarbeit mit den regionalen Kräften bekämpfen zu wollen.

Wird die AKP-Regierung die Türkei demokratisieren?

Die AK Parti, vorgesehen als Transmissionsriemen beim „Greater Middle East Project", hat in gewissen islamischen Kreisen Wirkung erzielt, indem sie mit der islamischen Identität argumentierte. So konnte sie im Nahost-Konflikt bei Palästinensern und Arabern Punkte sammeln. Aber der eigentliche Grund für die Unterstützung der AKP liegt darin, dass sie den Islam benutzt, um unter den Kurden ein Potential gegen die PKK zu entwickeln und den Freiheitskampf auf diese Weise zu schwächen. Die AKP versucht auf diplomatischem Wege, die Regionalmächte wie Iran, Syrien und Irak zu Säulen ihres Vernichtungskonzeptes aufzubauen. Nachdem auch das Vorhaben, die südkurdischen Kräfte „Demokratische Partei Kurdistans" PDK und „Patriotische Union Kurdistan" YNK über die USA zum bewaffneten Vorgehen gegen die PKK zu veranlassen, gescheitert war, intensivierte sie ihre Beziehungen zur Mittelschicht und zu traditionellen Kollaborateuren in Nordkurdistan.

Die AKP präsentiert sich gern als eine politische Kraft, die für sich die Mission in Anspruch nimmt, die Türkei demokratisieren zu wollen. Sie greift brisante Themen auf, die die Tagesordnung der Türkei bestimmen, aber entleert sie ihrer Inhalte. In diesem Rahmen hat sie die von der Bevölkerung seit Jahren geforderte Verfassungsänderung aufs Tapet gebracht. Ein türkisches Sprichwort besagt: Der Berg hat eine Maus geboren. So entpuppte sich auch bei diesem AKP-Projekt wie bei allen anderen zuvor das Propagierte nur als Flop. Die Verfassungsänderung der AKP betrifft nur einige Artikel, was im Grunde den Erwartungen der Bevölkerung nicht nachkommt und die jetzige Verfassung – eine Militärputsch-Verfassung von 1982 – in ihren Grundzügen überhaupt nicht antastet. Die auf der politischen Arena ausgetragenen Kämpfe zwischen den türkischen politischen Kräften und der Armee sind im Grunde nichts anderes als eine Abrechnung der anatolische Bourgeoisie und der unter dem Mantel der AKP einen Machtkampf ausfechtenden islamischen Kreise einerseits mit den Kemalisten, die seit der Gründung der Republik die militärische, politische und bürokratische Macht in Händen halten, sowie der Bourgeoisie von Istanbul andererseits. Erstere trachten danach, mit der Unterstützung von USA und EU die Situation zu ihren Gunsten zu ändern. Die AKP ergriff dabei mit den Festnahmen im Rahmen von Ergenekon und Balyoz [„*Vorschlaghammer", Bezeichnung für die mutmaßliche Militärputschplanung 2003*] die Initiative, zuletzt hat sie sogar mit ihrer Weigerung, den Beförderungsvorschlägen des Obersten Militärrats zu folgen, dem kemalistischen Militär und der Zivilbürokratie ein neues Gesicht verpasst. Um diese Veränderung auch in der Bevölkerung zu verankern, hat sie mit der Demagogie von der „Veränderung der Verfassung vom 12. September 1980" die Phase des Referendums eingeleitet. Die Auseinandersetzungen zwischen der „Partei der Nationalistischen Bewegung" MHP sowie der CHP, die die traditionelle Linie vertreten und ihre seit 80, 90 Jahren bestehende Macht verteidigen, und der AKP

sind dabei nichts anderes als Machtkampf. Nur dessen taktischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt diese angebliche Verfassungsänderung, die weder Kurden noch Aleviten berücksichtigt, ihre Rechte, ihre Identität und ihren Glauben nicht garantiert.

Boykott des Referendums zur „Verfassungsänderung"

In der neuen Phase seit dem 1. Juni haben die Kurden nicht nur die Etappe des militärischen Kampfes begonnen, sondern auch ihren politischen, gesellschaftlichen Willen zum Ausdruck gebracht. Der Beschluss zur demokratischen Selbstverwaltung ist das Ergebnis dieses Kampfes. Es ist eine Willenserklärung.

Die Kurden haben entschieden, den Referendumsbetrug zu boykottieren, um nicht Teil dieses Machtkampfes zu sein.

Das Ergebnis des Referendums, ob „Ja" oder „Nein", wird für die Mehrheit der Bevölkerung nicht zu grundlegenden Veränderungen in der allgemeinen Politik der Türkei führen. Es wird höchstens einige Parteien schwächen und andere wiederum etwas stärken. Die große Sorge des Systems ist auf das Ausmaß der Boykott-Front in Kurdistan gerichtet. Dort wird dieses Referendum ein Volksfreiheitsreferendum sein, daher versucht das System, das befürchtete Ergebnis abzuwenden.

Auf dem Weg zu einem gerechten Frieden

Der Traum der AKP, die politische Führung in ihrer Region zu übernehmen, endete mit der Deklaration der „vierten Phase" der PKK/KCK [*vgl. KR 150*]. Die liberalen, sozialdemokratischen Kreise, die diesen Traum ebenfalls unterstützen, haben neue Ideen in der kurdischen Frage vorzubringen begonnen. Vielleicht zum ersten Mal stimmten unterschiedliche Kreise (vom Unternehmerverband TÜSIAD bis zu bestimmten islamischen Kreisen, von Liberalen bis zu Sozialdemokraten) in der Auffassung überein, dass die kurdische Frage nicht mit traditionellen Methoden zu lösen sei. Sie entwickelten ernsthafte Kritik an Armee und Regierung. Sie unterstrichen, dass die Türkei, solange sie ihr Hauptproblem nicht löse, in keiner anderen Frage, weder innenpolitisch noch regional oder international, erfolgreich agieren könne. Neben den anderen hier behandelten Entwicklungen bot auch diese Art von Kritik Anhaltspunkte für den Beginn einer neuen wichtigen Periode. Die Bevölkerung in Kurdistan akzeptiert in keinster Weise, verleugnet, vernichtet zu werden. Folglich ist es unumgänglich, die Phase des Dialogs zu eröffnen, Schritt für Schritt auf dem Weg der Lösung voranzuschreiten. Außer in faschistisch-chauvinistischen Kreisen ist man sich darüber einig.

Der gemeinsame Aufruf aller kurdischen demokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, den „Krieg der vierten Phase" beidseitig zu beenden, schaffte demokratischen Druck. Diese Forderung wurde auch von unterschiedlichen demokratischen, linken und liberalen Kreisen in der Türkei unterstützt. Kurden sowohl in Kurdistan als auch außerhalb begrüßten zum einen die „vierte Phase" der KCK und erhoben parallel dazu ihre Stimme für eine demokratisch-friedliche Lösung des Problems.

Während die AKP mit Versprechungen, die kurdische Frage lösen zu wollen, an die Regierung gekommen war, hat sie in Kurdistan mit ihrer Unaufrichtigkeit immer mehr an Einfluss verloren. Auch für die Türkei verliert sie an Notwendigkeit. Die AKP ist in der Lage, ihre Situation einzuschätzen. Sie weiß, wie ihre Vorgängerinnen, ebenfalls geknüpft an diese Frage, an die Regierung gekommen waren und wie sie anschließend erfolglos auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind. Es ist nicht bekannt, an welchen Punkten die AKP bei dieser Waffenruhe der KCK Zugeständnisse gemacht hat, denn jedem ist klar, dass es sich dabei um keine einseitige Geste handeln kann. Das kurdische Volk und seine politischen Vertreter werden von der demokratischen Selbstverwaltung als Bestandteil der „vierten Phase" nicht abrücken. Die Gründe für diesen Waffenstillstand sind von KCK und Kongra-Gel erläutert worden.

Den Weg des Dialogs offenhalten

Die Appelle demokratischer Organisationen, der Zivilgesellschaft, der Charakter der „vierten Phase" – neben militärischen Aktionen auch den Weg des Dialogs offenzuhalten – sowie der erneute Beweis, dass die kurdische Frage militärisch nicht zu lösen ist, mündeten in einen neuen Beschluss von KCK und Kongra-Gel. Die kündigten am 13. August eine Periode einseitiger Aktionslosigkeit an, auch als der siebte Waffenstillstand bezeichnet – bis zum 20. September. Ob diese Zeitspanne verlängert wird oder nicht, hängt davon ab, ob die Regierung in der Zwischenzeit diesem Schritt entgegenkommt oder nicht.

Der langjährige Freiheitskampf der Kurden hat nicht nur zu ihrer Willensbildung in Nordkurdistan beigetragen, sondern sich auch unter den Kurden in den anderen Teilen Kurdistans zur wichtigen Kraft entwickelt und zu seiner Unterstützung geführt. Aber weil Nordkurdistan Hauptkampfgebiet ist, wirkt sich der Kampf dort auf die Situation in den anderen Teilen aus, vor allem im syrischen und im iranischen. Auch die Kurden im irakischen Teil sehen heute in der Linie der PKK ihre Zukunft. Aus diesem Grunde bildet die Türkei den Schwerpunkt unserer Bewertung.

Dass der Freiheitskampf in Nordkurdistan mal vermehrt mit militärischen Mitteln, dann wiederum vermehrt mit politischen Mitteln geführt wird, um dem politischen Dialog den Weg zu ebnen, entspricht der Dialektik des Freiheits- und Demokratiekampfes. So oder so, im Allgemeinen wird der Freiheitskampf vielseitig als gesellschaftlich-politischer Wille gegen das System geführt. Der türkische Staat wird die PKK, also das kurdische Volk nicht vernichten können, auch die PKK wird den türkischen Staat nicht zerstören können. Folglich ist es nur natürlich, dass nach Möglichkeiten gesucht wird, das Problem dem Teufelskreis zu entreißen und auf den Weg des Dialogs zu bringen. ♦

Die Lösung der kurdischen Frage auf Basis der „demokratischen Autonomie“

KONGRA-GEL und KCK rufen Waffenruhe aus

ANF, 13.08.2010

Der Vorstand des KONGRA-GEL und der Exekutivrat der KCK haben eine seit Tagen erwartete Erklärung abgegeben, nach der sie vom 13. August bis zum 20. September eine Waffenruhe ausrufen werden.

KONGRA-GEL und KCK brachten folgende Dinge in ihrer Erklärung zur Sprache: „Wir erklären offiziell vor der Öffentlichkeit, dass wir unsere Einheiten, die sich in der aktiven Verteidigung befinden, in die passive Verteidigung zurückziehen.“

KONGRA-GEL und KCK, die zur Beendigung der Militäroperationen aufriefen, haben einen Friedensplan bekannt gegeben. Der aus vier Punkten bestehende Plan beinhaltet folgende Dinge: Freilassung der ca. 1 700 kurdischen PolitikerInnen und der Mitglieder der Friedensgruppe, aktive Beteiligung am Friedensprozess des KCK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und die Senkung der 10-Prozent-Hürde bei den Wahlen.

Wir dokumentieren die Erklärung des KONGRA-GEL und der KCK:

„Das kurdische Volk ist eines der ältesten in der Region. Die Teilung Kurdistans und die kurdische Frage bilden für die Demokratisierung der Region einen wichtigen und grundlegenden Faktor. Aus diesem Grunde wird die demokratische Lösung der kurdischen Frage seinen Beitrag zur Demokratisierung der Türkei leisten. Gleichzeitig wird es zur Demokratisierung der Region, zu Frieden und Stabilität führen. Die Geschichte und die heutige Lage bringen das kurdische Volk und Kurdistan in eine solche Position.

Unser Volk hat so wie alle Völker der Welt das Recht darauf, in seiner eigenen Region seine Sprache und Kultur in einem freien Leben auszuleben und über sich selbst zu entscheiden. Das sind grundlegende Rechte, die nicht zur Debatte stehen. Niemand kann dieses grundlegende Recht unseres Volkes ignorieren.

Der türkische Staat muss endlich mit den Massakern, den historischen Fehlern, der Rechtlosigkeit und mit allem Leid, das er in der ganzen Geschichte der Republik über verursacht hat, aufhören. Der Freiheits-, Demokratie- und Friedenswiderstand der kurdischen Freiheitsbewegung zwingt die demokratische Lösung der kurdischen Frage auf.

Die kurdische Frage steht in der heutigen Zeit vor einer Lösung. Jedoch wird die klassische Verleugnungs- und Vernichtungsmentalität fortgeführt bzw. der Kampf um die Regierung vertieft die Lösungslosigkeit. Die genannte klassische Mentalität wird mit verlogenen ‚Lösungsprojekten‘ die gegenseitigen Verluste nur vermehren. Das wird zu noch mehr Blut, Trauer und Verlust für alle Völker der Türkei führen.

Der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan und unsere Bewegung haben seit 1993 für den Dialog und für politische Mittel sechs Waffenruhen ausgerufen und für die Verwirklichung einer Lösung viel Energie aufgewandt. Die Antworten darauf waren noch mehr Operationen gegen Guerilla und PolitikerInnen, Repression, Gewalt und Festnahmen gegen das Volk. Auf internationaler Basis strebte man die Isolation an.

Die Antwort der AKP-Regierung auf unsere letzte Waffenruhe vom 13. April 2009 war gleich. Der Unterschied war die Strategie, die die AKP-Regierung ‚Initiative‘ nannte. Sie gab sich so, als ob sie die kurdische Frage anerkannt habe, wollte aber in Wahrheit nur hinhalten, damit sie unsere Bewegung vernichten kann. Dieser Prozess ist noch sehr aktuell im Gedächtnis.

Anstelle einer demokratischen Verfassung, die im Rahmen der Lösung der kurdischen Frage vorgesehen ist, will die AKP die Verfassung vom 12. September weiterhin am Leben halten und legitimieren. Im Verfassungspaket, das 26 Artikel umfasst, ist bezüglich des kurdischen Volkes gar nichts enthalten. Die Artikel, die es erlauben, das kurdische Volk zu ignorieren, wurden nicht einmal zur Debatte freigegeben. Solch eine Verfassung kann nicht demokratisch sein und auch nicht zur Demokratisierung der Türkei führen. Diese ergriffene Initiative zur Änderung der Verfassung seitens der AKP führt nur dazu, den Weg zu einer wirklich demokratischen Verfassung zu verbauen.

Wenn der türkische Staat das kurdische Volk nicht mehr in der türkischen Nation aufgehen lassen will, dann muss er endlich konsequente Schritte machen.

Vorerst muss erwähnt werden, dass der türkische Staat und die AKP-Regierung jene sind, die dem kurdischen Volk und der Freiheitsbewegung vertrauen müssen. Obwohl kein Schritt für unsere am 2. Februar 2010 veröffentlichte Friedens- und Demokratiedeklaration gemacht wurde, erweckt die Regierung den Anschein, dass sie eine Lösung und die Demokratisierung will. Damit muss aufgehört werden. Gegenüber all diesen Fakten hat unsere Bewegung den Beschluss gefasst, sich selbst und das Volk vor zunehmenden militärischen und politischen Operationen zu schützen.

Da die Gegenwart des kurdischen Volkes und seine Zukunft bedroht sind, haben wir auf Basis der ‚Verteidigung der eige-

nen Gegenwart und Erlangung der Freiheit‘ eine neue strategische Phase bekannt gegeben. Diese Phase, die nach dem 1. Juni 2010 begann, ist nicht, wie einige behaupten, ein Kriegsprozess.

Unsere neue Phase bedeutet die Lösung der kurdischen Frage auf Basis der ‚demokratischen Autonomie‘, und sie bedeutet, den Widerstand mittels der legitimen Selbstverteidigung zu erhöhen, um die Demokratisierung der Türkei bzw. eine demokratische Verfassung zu erlangen.

Die demokratische Autonomie ist die zur politischen Geschichte und den Bedingungen der Türkei passendste Lösungsformel. Die KurdInnen hatten einen Autonomiestatus schon zu osmanischen Zeiten. Dieses Modell dient nicht dem Separatismus, sondern dem freiwilligen Zusammenleben. Es bezweckt nicht die Auflösung des Staates oder die Änderung der Grenzen. Eine demokratische Türkei und ein demokratisches, autonomes Kurdistan ist eine Formel, die zur Selbstverwaltung der Völker und zum freien Leben mit eigener Kultur und Identität führt.

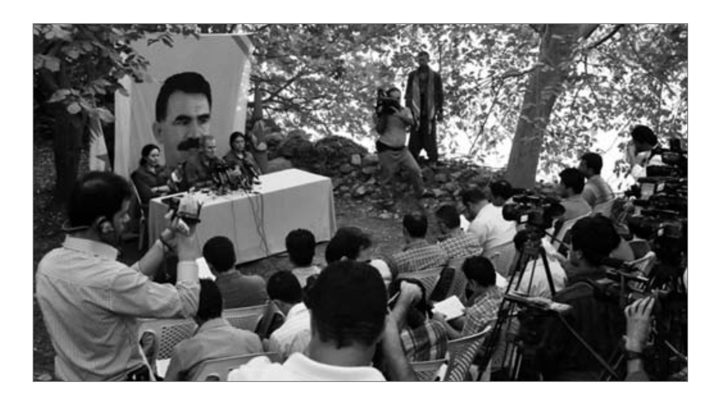
Die vergangenen zwei Monate brachten einige Erkenntnisse bezüglich der Selbstverteidigung unserer Bewegung und unseres Volkes mit sich. Trotz aller technologischen Mittel des Militärs hat die Guerilla aus Kurdistan ihre Kraft bewiesen. Sie hat gezeigt, dass sie unbezwingbar ist und viele Jahre Widerstand leisten kann.

Unser Volk hat trotz des psychologischen Kriegs, trotz der Angriffe und der Festnahmen gezeigt, dass es sich nicht ergeben wird und bis zu einer Lösung dem Vorsitzenden und der Guerilla verbunden sein wird. Im Besonderen begrüßen wir die Feierlichkeiten unseres Volkes nach der Bekanntmachung des Zieles des DTK [*Demokratischer Volkskongress*], die demokratische Autonomie zu verwirklichen. Wir rufen jeden dazu auf, diesen Willen unseres Volkes zu respektieren. Wir als Bewegung sehen diesen Beschluss als richtig und angebracht an und geben bekannt, dass wir bis zum Ende dahinterstehen werden.

Unser Vorsitzender gab der Öffentlichkeit bekannt, dass seine Linie die des Friedens ist und er sich für einen möglichen Frieden engagieren wird. Zusammen mit dem Widerstand haben sich einige Aufrufe von verschiedenen Kreisen gebildet, die unser Vorsitzender beachtete. In solch einer Phase begann bezüglich der Lösung eine gegenseitige Überprüfung des Vorhabens. Der Vorsitzende Apo rief die jeweiligen Seiten auf zu handeln, bevor die militärischen Entwicklungen unumkehrbar werden. In diesem Sinne hat er an die Führung unserer Bewegung eine Botschaft gesandt. Unsere Bewegung, die gleichzeitig den Beginn des Fastenmonats Ramazan und die Aufrufe des DTK, der BDP [*Partei für Frieden und Demokratie*] und anderer Kreise berücksichtigt, nahm diese ernst und diskutierte die Botschaft unseres Vorsitzenden. Infolgedessen traf sie einen Beschluss.

Im Sinne dieses Beschlusses:

a: Wir geben der Öffentlichkeit offiziell bekannt, dass wir unsere Einheiten, die sich seit dem 1. Juni in aktiver Verteidigungsposition befanden, in die passive Position ziehen werden. Vom 13. August bis zum 20. September werden unsere Einheiten keine Aktion verwirklichen, aber sich und das Volk gegen jegliche Angriffe und Operationen verteidigen.



Verkündung der Waffenruhe in den Kandil-Bergen Foto: ANF

b: Folgende Dinge müssen der türkische Staat und die AKP-Regierung für die Festigung dieses Prozesses verwirklichen:

1: Das Ende der militärischen und politischen Operationen und eine gegenseitige Waffenruhe.

2: Die 1700 PolitikerInnen und Mitglieder der Friedensgruppen, die mit falschen Begründungen verhaftet wurden, müssen freigelassen werden.

3: Der Beginn eines Dialogs im Rahmen der Vorschläge des Vorsitzenden Apo bzw. die aktive Einbindung des Vorsitzenden in den Friedensprozess.

4: Die 10-Prozent-Hürde, die in keinem demokratischen Land vorzufinden ist, muss gesenkt werden.

Damit dieser Prozess in den Frieden münden kann, müssen der türkische Staat und die AKP ihre Pflichten erfüllen. Es muss bewusst sein, dass dieser Prozess nicht einseitig laufen wird, wenn die AKP mit irgendwelchen Ausreden die Lösungslosigkeit und die Vernichtung aufzwingt.

Damit die siebte Waffenruhe erfolgreich wird, müssen neben dem türkischen Staat auch die demokratischen Kräfte und NGOs ihre Verantwortung erfüllen. In diesem Sinne rufen wir alle Kräfte, die auf der Seite des Friedens und der Demokratie stehen, zur Initiative auf.

Damit dieser Prozess erfolgreich wird, müssen sich auch südkurdische bzw. Kräfte aus ganz Kurdistan in Einheit und Solidarisierung zeigen. Jeder muss der eigenen Verantwortung nachkommen. In diesem Sinne müssen staatliche Kräfte aus Südkurdistan, aber auch andere kurdische Kräfte ihre Rolle auf aktive Weise spielen.

Angefangen mit den Vereinten Nationen rufen wir alle internationalen Institutionen und Kräfte zur Verantwortung in Sachen kurdische Frage auf. Diesen Kräften möchten wir nochmals ins Gedächtnis rufen, dass eine friedliche, moderne und demokratische Lösung bzw. die Bemühungen dazu eine Pflicht der menschlichen Verantwortung ist.

Wie wir schon vorher bekannt gaben, ist die Behandlung des Vorsitzenden Grund für Krieg oder Frieden. Aus diesem Grunde wird die Isolation, die seit 17 Tagen andauert, den Prozess bis zum 20. September in Schwierigkeiten bringen. Wir verurteilen dieses Vorgehen des türkischen Staates.“ ♦

Unser Ziel ist die Lösung

Karayılan: Die sich bietende Chance sollte genutzt werden!

Halit Ermiş

Halit Ermiş sprach für die Nachrichtenagentur Firat (ANF) mit Murat Karayılan über die Waffenruhe der KCK. Wir veröffentlichen Auszüge aus dem ersten Teil des Interviews vom 17. August 2010:

ANF: Sie haben die vierte strategische Phase ausgerufen, der eine Waffenruhe folgte. Wie ist dies zu bewerten?

Karayılan: Bekanntlich strebt unsere Bewegung seit 1993 die friedlich-politische Lösung der kurdischen Frage an. In diesen 18 Jahren hat der Vorsitzende Apo viel Fleiß aufgebracht. Vor der internationalen Verschwörung waren drei Waffenruhen ausgerufen worden. Nach seiner Inhaftierung hat er intensiver für eine friedliche Lösung gearbeitet. Aber trotz all dieser Bemühungen hat der türkische Staat einen Frieden und eine demokratische Lösung nicht vorgesehen. In diesem Sinne blieb die ausgestreckte Hand zum Frieden immer in der Luft schweben. Aus diesem Grunde hat er das Ende der dritten strategischen Phase proklamiert und bekannt gegeben, dass er sich zurückziehen wird.

Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass der türkische Staat keine Antwort auf die von uns am 13. April 2009 ausgerufene Waffenruhe gab, dass er mit militärischen und politischen Operationen einen politischen Genozid verübt und dass die Losung „demokratische Initiative" kein Lösungs-, sondern eher ein Vernichtungsversuch ist. Nachdem unser Vorsitzender seinen Rückzug erklärt hatte, wurde unsere „Initiative 1. Juni 2010" aktuell. Wir nannten dies die „vierte strategische Phase". Diese Phase haben wir als Lösungsphase bewertet. Diese Bewertung ist heute immer noch gültig. Wenn der türkische Staat keinen Frieden und keine demokratische Lösung will, dann wird das kurdische Volk seine eigene Lösung bringen, basierend auf der eigenen Kraft. In der vierten strategischen Phase ist das Hauptziel die Lösung. In diesem Sinne haben wir erklärt, dass wir neben dem Widerstand für den Dialog immer bereit sind.

So entwickelte sich unser Kampf in der vierten Phase. Bisher sind ca. zwei Monate vergangen. Diese zwei Monate haben wichtige Ergebnisse mit sich gebracht. Viele Fakten sind in diesem Zeitraum wieder einmal klar geworden. Jene Botschaft, die gegeben werden sollte, wurde gegeben. Zur gleichen Zeit haben viele Kreise zum Waffenstillstand und zur friedlichen Lösung aufgerufen. Zusammen mit diesen Aufrufen war ein weiterer Punkt, der uns veranlasste, keine Probleme mit einer Waffenruhe zu haben: Der Staat hat im Dialog mit unserem Vorsitzenden eine Waffenruhe gewollt. Eigentlich hatte sich der Vorsitzende zurückgezogen, aber wegen den Forderungen verschiedener Kreise und des Staates schaltete er sich nochmals aktiv ein und gab der demokratischen Lösung eine Chance, bzw. er vermittelte unserer Bewegung in diesem Sinne eine Botschaft.

Unsere Bewegung diskutierte diese Botschaft aus verschiedenen Blickwinkeln. Dies dauerte zwei Wochen. Nach dem Ende der Diskussionen fand unsere Bewegung die Perspektiven unseres Vorsitzenden angebracht. Unsere Bewegung fand es richtig, dem Frieden eine Chance zu geben, wenn Forderungen danach bestehen.

In der Vergangenheit gab es sechs Waffenruhen bzw. Waffenstillstände. Was unterscheidet die siebte Waffenruhe von den vorherigen?

Der Unterschied ist, dass er von mehreren Seiten gewollt wird. Dies gilt für den Staat und die Öffentlichkeit. Der zweite Punkt ist, dass er zu einem Zeitpunkt kam, an dem unsere Bewegung die Oberhand hatte. Die Initiative unserer Bewegung hat wichtige Ergebnisse mit sich gebracht und verlief bisher erfolgreich. Trotz des Vorteils für unsere Bewegung ist sie den Forderungen nachgekommen, da ihr wahres Ziel der Frieden ist. Das ist der Grund für diesen Beschluss.

Doch haben wir keinen Waffenstillstand erklärt, sondern „eine passive Verteidigungsposition, die den Waffenstillstand anstrebt". Diese Position kann auch Waffenruhe genannt werden. Unsere Einheiten werden in der genannten Zeit keine militärischen Aktionen ausführen. Sie werden lediglich ihr Recht auf Selbstverteidigung nutzen, falls sie angegriffen werden.

Was gebraucht wird, sind ein Waffenstillstand und die nötigen Schritte dazu. Diese Schritte müssen bis zum 20. September gemacht werden. Wie viele Kreise erklärten, bietet dieser Zeitraum eine Möglichkeit für Frieden und Lösung.

Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um die Waffenruhe dauerhaft zu machen?

Das haben wir in unserer Erklärung erläutert. Als erstes muss ein Waffenstillstand ausgerufen werden, der beide Seiten bindet. Anschließend müssen alle, die seit dem 14. April 2009 verhaftet worden sind, und die festgenommenen Mitglieder der Friedensgruppe freigelassen werden. Deren Verhaftung war eigentlich schon eine Provokation, da sie grundlos war. Von daher kann der

Prozess nicht laufen, wenn diese Ungerechtigkeit nicht aus der Welt geschafft worden ist.

Eine andere Sache sind die drei Artikel, die unser Vorsitzender der Öffentlichkeit bekannt gegeben hat. Im Rahmen dieser Perspektive muss ein Prozess des Dialogs beginnen. Gleichzeitig müssen dem Vorsitzenden die Möglichkeiten gegeben werden, damit er sich am Friedensprozess aktiv beteiligen kann. Denn einen solchen Prozess kann nur er aufrechterhalten. Ein weiterer Punkt ist die 10%-Hürde, die es sonst in keinem demokratischen Land gibt. Wenn diese Forderungen Akzeptanz finden, dann kann der Prozess in einen dauerhaften Frieden münden.

Wurde Druck von außen oder von innen ausgeübt, als Ihre Bewegung diesen Beschluss fasste? Wie hat ihn die Guerilla aufgenommen?

Zuallererst muss klargestellt sein, dass die vierte strategische Phase weitergeht. Wie erwähnt streben wir in dieser Phase die Lösung der kurdischen Frage an. In diesem Sinne sind wir auch für einen Dialog bereit, wenn die Gegenseite das auch ist. Wenn jetzt eine Möglichkeit dafür besteht, dann ist es ganz normal, dass dem eine Chance gegeben wird. Wir haben uns in keinster Weise zurückgezogen! Es wäre von großem Vorteil, wenn dies bekannt ist. Alle unsere Einheiten haben nur ein Ziel vor Augen: die Lösung. Diese Lösung kann – wenn möglich – mit dem Dialog, ansonsten wird sie mit dem Widerstand kommen. Unsere Entschlossenheit in diesem Sinne ist ganz klar und offen.

Wir sind eine demokratische Bewegung und diskutieren innerhalb unserer Struktur jedes Thema aus. Als wir diese Frage diskutierten, sprachen wir viele Themen an, und ich muss ganz offen sagen, dass der Beschluss etwas schwerfiel. Das ist aus dem Grunde so, weil das Vertrauen in den türkischen Staat und die AKP-Regierung stark geschwunden ist. Besonders sind die Demagogie und die Hinhaltetaktik der AKP daran schuld. Deshalb waren jene Freunde, die sich ernsthaftere Sorgen um einen Friedensprozess mit der AKP machten, nicht leicht zu überzeugen. Hinzu kamen die Ereignisse der jüngsten Zeit. Die staatskonforme Presse, die verstümmelten Guerillaleichen, die Angriffe in Hatay/Dörtyol und in Bursa/Inegöl waren Gründe zur Sorge. Ein weiterer Punkt war die Botschaft unseres Vorsitzenden.

Ich möchte auf Folgendes aufmerksam machen: Der Vorsitzende Apo ist nicht für die Leitung unserer Bewegung zuständig. Die Bewegung wird vom Exekutivrat geleitet. Aber der Vorsitzende ist die Führungspersönlichkeit des Volkes und dieser Bewegung. Er ist für die moderne, kurdische Volksbewegung ein Wegbereiter. Deswegen ist er ein Ansprechpartner in dieser Sache. Das ist heute so und für die Zukunft auch. Die türkischen Medien stellen dieses Thema absichtlich falsch dar.

Die Sache ist keine Frage der Verwaltung oder Leitung. Der Vorsitzende und unsere Bewegung kennen sich sehr gut. Sie können Anliegen ausdiskutieren. Beispielsweise hat der Vorsitzende die Waffenruhe als Vorschlag erwähnt.

Wenn dieser Vorschlag, diese Botschaft nicht gewesen wäre, würde man so viele Guerillas, die sich in ganz Kurdistan ausbreiten, kaum aufhalten. Aber zusammen mit seiner Botschaft und unserer Überzeugung besteht jetzt eine Waffenruhe.

Die türkischen Medien haben so etwas in der Vergangenheit sehr oft falsch dargestellt. Ferner werden zur Waffenruhe verschiedene „Gründe“ angeführt, wonach Ihre Bewegung gezwungen gewesen sein soll, sie auszurufen. Welche Bedeutung haben diese Kommentare?

Die türkischen Medien wollen keinen Frieden. Deswegen nennen sie dies [*die Waffenruhe*] Taktik. Aber wir werden natürlich die Religion unseres Volkes ernst nehmen. Es war sicherlich ein richtiger Beschluss, diese Waffenruhe zum Fastenmonat auszurufen. Zum heiligen Ramazan ist es natürlich eine Sache des Respekts, wenn kein Krieg herrscht, sondern eher Frieden. Ansonsten hat das nicht viel mehr Bedeutung.

Zu früheren Waffenruhen sagten manche: Im Sommer wird Krieg geführt, im Winter haben sie keine Möglichkeit und machen deshalb eine Waffenruhe. Ich denke, dass diese Behauptungen nun keinen Halt mehr finden. Wenn wir als Ziel wirklich den Krieg im Visier hätten, hätten wir nicht den August für eine Waffenruhe gewählt. Unser Ziel ist die Lösung. Das [*die falschen Behauptungen*] ist das Ergebnis einer Mentalität, die die Wahrheit nicht sehen will. Da die türkischen Medien von dieser Mentalität geprägt sind, haben wir sie zur hiesigen Pressekonferenz nicht eingeladen. Aus vielen Ländern der Welt und die Regionalpresse, die waren anwesend. Das Thema war eigentlich mit der Türkei verbunden. Deswegen könnten auch viele Journalisten aus der Türkei kommen. Einige haben entsprechende Anträge gestellt. Die Freunde aber haben nur einen hierhergebracht. Nun, da fragt man sich, wieso? Ganz einfach: Sie verdrehen die Tatsachen. Wir wollen richtig verstanden werden und sie verfälschen. Lediglich eine Person ist gekommen und sogar diese hat die Fakten verfälscht! Diese Art von Fälschung üben sie als Beruf aus. Man muss schon ein bisschen Anständigkeit zeigen.

Vor der Waffenruhe hatten viele Kreise Ihre Bewegung dazu aufgerufen. Welche Aufgaben haben diese Kreise jetzt nach dem Beschluss?

Wir haben diese Aufrufe mit Respekt begrüßt. Gleichzeitig – wenn dies kein falsches Spiel war – wollten Staatsvertreter ebenso eine Waffenpause. Der Vorsitzende hat diese Aufrufe ernst genommen. Wir als Bewegung haben die Aufrufe dieser Kreise und des Vorsitzenden ernst genommen. Hier muss wieder auf einige Behauptungen hingewiesen werden, denen zufolge die PKK diese Waffenruhe erklärt habe, weil sie unter Druck stehe. Das entspricht nicht der Wahrheit. Um eine Antwort auf diese Kreise und den Staat zu geben, haben wir eine 37-tägige Waffenruhe ausgerufen. Wichtig ist, diesen Sachverhalt richtig zu bewerten. Jeder weiß, dass ein Aufruf allein nicht genügt. Dieser Prozess muss gut analysiert werden. Die ganzen wertvollen Kreise müssen sich aktiv in den Prozess einbinden. Jeder muss das in seiner Macht Stehende für eine friedliche Lösung tun. Das ist jetzt unsere Erwartung. Das ist gleichzeitig ihre Aufgabe, da sie zur Waffenruhe aufgerufen haben. Ihre Lösungsperspektiven ähneln unseren. Diese Sachen sind machbar. Sie müssten so schnell wie möglich umgesetzt werden. Sie müssen auf dieses Ziel fixiert aktiv werden. ♦

... ein sehr freies, demokratisches und einigendes Modell ...

Demokratische Autonomie

Selahattin Erdem

Die Kurden feiern seit Tagen einerseits den 15. August[1], den sie als Wiedergeburt betrachten, andererseits aber auch die Lösungsformel „demokratische Autonomie". Nun haben sie außerdem eine 40-tägige Waffenruhe hinzugefügt. Für die friedlich-politische Lösung mittels „demokratischer Autonomie" hat sich eine weitere Chance ergeben. Die Kurden wollten, dass die kurdische und türkische Gesellschaft einen gefechtslosen Fastenmonat Ramadan verbringt. Nachdem der „Demokratische Volkskongress" (DTK) auf seiner letzten Sitzung die „demokratische Autonomie" zur „geeignetsten Lösungsformel für die kurdische Frage" erklärt hatte, gab die „Partei für Frieden und Demokratie" (BDP) bekannt, ihr Programm sei dasselbe, und rief beide Seiten zum „Waffenstillstand" auf. Dass BDP und DTK die „demokratische Autonomie" als gemeinsames Ziel fixieren, hat in der kurdischen Gesellschaft große, seit Tagen andauernde Feierlichkeiten ausgelöst. Sie zeigt somit ihre Unterstützung. Die positive Antwort der „Gemeinschaft der Gesellschaften aus Kurdistan" (KCK) auf die Aufrufe zu einer Waffenruhe wird diese Freude noch verstärken.

Die PKK hat die „demokratische Autonomie" in ihrem Programm seit dem Jahre 2000 als Hauptziel deklariert. Besonders mit dem Programm vom „Neustrukturierungskongress" im April 2005 bildete die „demokratische Autonomie" den ersten Artikel zur Lösung. Somit vereinen sich alle kurdischen Organisationen und Institutionen in einer gemeinsamen Lösungsformel. Das Modell „demokratische Autonomie" genießt die Akzeptanz aller Kurden.

Hier kann eingewandt werden, wieso wurden nicht alle Aspekte der „demokratischen Autonomie" bekannt gegeben, wenn dem doch so ist? Eigentlich wurden in den publizierten Lösungsprojekten stückweise einige Punkte offengelegt, aber das Modell als Ganzes wurde nicht erläutert. Denn als Lösungsmethode für die kurdische Frage wurden der Dialog und politische Mittel vorgesehen und darauf hin wurde gearbeitet. Es wurde für angebrachter gehalten, wenn der Inhalt der Autonomie von beiden Seiten gefüllt wird.

Dass aber nun die „demokratische Autonomie" einseitig von den Kurden auf die Tagesordnung gesetzt wurde, bedeutet, dass sich ihr Glauben an den Dialog abgeschwächt hat. Sie glauben nicht wie zuvor an die Lösung der kurdischen Frage mittels Dialog. Der Grund dessen sind die vielen einseitigen Bemühungen, die von der Gegenseite stets abgelehnt wurden. Aus diesem Grunde haben die Kurden beschlossen, die Lösung aus eigener Kraft zu verwirklichen. Die „vierte strategische Phase" bedeutet nichts anderes. Dass die „demokratische Autonomie" so weit oben auf die Agenda gesetzt wurde, ergibt sich aus der Notwendigkeit dieser Phase. Die neue Phase bedeutet die Lösung der kurdischen Frage mittels der „demokratischen Autonomie".

Was aber ist die „demokratische Autonomie"? Das Programm der PKK beschreibt sie als „Staat plus Demokratie". In diesem Zusammenhang ist mit dem „Staat" die türkische Republik gemeint. „Demokratie" heißt die organisierte, demokratische Administration der kurdischen Gesellschaft. Diese Art von Organisierung und Verwaltung wird als „demokratischer Konföderalismus" beschrieben. Das kurdische Volk hat ihn durch die „Gemeinschaft der Gesellschaften aus Kurdistan" („Koma Civakên Kurdistan", KCK) verkörpert. Die KCK ist die Organisierung und Verwaltung der kurdischen Gesellschaft.

Das Modell der „demokratischen Autonomie" markiert die Grenzen zwischen Demokratie und sozialem Leben (Wirtschaft, Soziales, Politik, Kultur, Recht, Sicherheit, usw.). Im gesellschaftlichen Sinne bzw. im gesellschaftlichen Leben also legt es die Grenzen des Staates und des „demokratischen Konföderalismus" fest. Welche Aufgaben muss der Staat im gesellschaftlichen Leben erfüllen und welche die KCK? Dies wird mit der genannten Formel festgelegt.

Es ist ganz klar, dass zweierlei gebraucht wird, damit dieses Modell in die Tat umgesetzt werden kann:

1. **die Minimierung des Staates** und Sensibilität gegenüber der Demokratie;
2. **die Organisierung der demokratischen Gesellschaft**, also des „demokratischen Konföderalismus" und somit sein ständiger Betrieb.

Es ist ganz klar erkennbar, dass ohne diese zwei Bedingungen die Lösungsformel „demokratische Autonomie" nicht erfüllt werden kann. Beispielsweise könnte diese Lösung im gegenwärtigen Zustand des Nationalstaates – er will ständig alle gesellschaftlichen Bereiche in despotischer Weise beherrschen – nicht greifen. Dieser Zustand würde nur zur jetzigen Praxis, zum Krieg zwischen Staat und Gesellschaft führen. Aber auch wenn die Gesellschaft nicht demokratisch ausgerichtet ist und sich nicht selbst auf demokratische Weise verwalten kann, wird diese Lösung nicht funktionieren. Solange die Gesellschaft keinen freien und demokratischen Willen auf-

bringt und ihre Probleme nicht allein löst, wird die kurdische Frage ungelöst bleiben.

Hier stellt sich die Frage, wie der Staat von seiner Herrschaft über alle gesellschaftlichen Bereiche entfernt, wie er also minimiert wird. Wenn die staatliche Administration die Demokratie sensibel angeht, wird das als eine Notwendigkeit der Demokratie von allen geschehen. Wenn nicht, dann muss die Gesellschaft dagegen Widerstand leisten. Eigentlich wird es diesen Widerstand immer geben, solange der Staat existiert. Wichtigster Punkt hierbei ist, dass der genannte Widerstand auf keinen Fall bewaffnet sein bzw. sich nicht in einen Krieg verkehren darf. Im Gegenteil, er muss innerhalb der Grenzen demokratischer Politik bleiben. Dafür aber muss der Staat aufhören, auf bewaffnete Gewalt der Polizei und des Militärs zurückzugreifen.

Eine weitere grundlegende Frage betrifft den Aufbau der demokratischen Gesellschaft und die Organisierung des „demokratischen Konföderalismus“. Ohne eine solche Gesellschaft und ohne die eigene Kraft durch den „demokratischen Konföderalismus“ wird es keine „demokratische Autonomie“ geben. Aus diesem Grunde hat der KCK-Vorsitzende Abdullah Öcalan schon zum 2005er Newroz den „demokratischen Konföderalismus“ bekannt gegeben und das kurdische Volk dazu aufgerufen, sich in diesem Sinne demokratisch zu organisieren bzw. diese Organisierung auszubauen. Damit wollte er eigentlich die nötigen Kräfte für die „demokratische Autonomie“ mobilisieren. Was aber leider zweifach keine Antwort fand:

1. Das kurdische Volk akzeptierte zwar den „demokratischen Konföderalismus“, organisierte sich aber in diesem Sinne nicht schnell und stark genug.
2. Der Staat versuchte, die Kraft, die die „demokratische Autonomie“ ermöglicht, zu vernichten, indem er die KCK als illegal einstufte.

Damit sich aber die „demokratische Autonomie“ realisiert und logischerweise auch der Frieden etabliert, müssen sich diese beiden Gegebenheiten ändern. Der grundlegendste Fehler des Staates war die Illegalisierung der KCK. Dieser Fehler muss revidiert, die KCK legalisiert, der Prozess „gegen sie“ fallengelassen[2], die Verhafteten freigelassen und somit der Weg zur „demokratischen Autonomie“ geebnet werden. In diesem Zusammenhang muss das kurdische Volk seine Lehren aus der Vergangenheit ziehen und zügig und kraftvoll die demokratisch-konföderale Organisierung ausbauen. Weiterhin muss sie ständig aktiv bleiben und darf niemals rasten. Die „demokratische Autonomie“ kann in einem Frieden nur auf diese Weise ins Leben gerufen werden. Wenn aber all dies nicht zutrifft, wird das kurdische Volk versuchen, die „demokratische Autonomie“ selbst zu schaffen.

Zuletzt wäre die Klärung von drei Punkten noch ganz sinnvoll:

1. Die „demokratische Autonomie“ bedeutet keine Teilung oder Separierung. Im Gegenteil, sie bedeutet ein Zusammenleben auf der Basis von Prinzipien.
2. Die „demokratische Autonomie“ ist nicht nur für eine Region vorgesehen. Auch wenn die Kurden in ihrer Heimatregion die Mehrheit bilden – sie leben überall in der Türkei. Die „demokratische Autonomie“ wird allen eine Möglichkeit zur Organisierung bieten.
3. Die „demokratische Autonomie“ ist nicht nur auf sprachliche und kulturelle Autonomie beschränkt. Sie beinhaltet auch demokratische Organisierung und Selbstverwaltung.



Transparentaktion von Jugendlichen in Gever (Yüksekova) mit Fahnen der PKK und der KCK zur Begrüßung der „demokratischen Autonomie“ Foto: DIHA

Kurz gesagt, es kann behauptet werden, dass sie ein sehr freies, demokratisches und einigendes Modell ist. Einen Versuch ist sie in der Türkei, wo die Probleme immer schwieriger und drängender werden, auf jeden Fall wert. ♦

Fußnoten:

1) 15. August 1984: Beginn des bewaffneten Kampfes der PKK mit bewaffneten Propagandaaktionen der HRK.

2) Gegen die tausenden AktivistInnen aus der kurdischen politischen Zivilgesellschaft, die seit April 2009 unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft oder Aktivität in der KCK verhaftet und/oder angeklagt worden sind.

Mit den KCK-Anklagen wird das Vereinigungs- und Versammlungsrecht verurteilt

Prozess gegen die kurdischen Politikerinnen und Politiker beginnt

Cengiz Kapmaz, ANF

Die KCK-Anschuldigungen*, von denen erwartet wird, dass sie zum Schauplatz einer politischen Abrechnung des türkischen Staates mit der kurdischen Frage und den KurdInnen werden, werden als Musterklage in die Geschichte eingehen.

Denn sie schließen zu 99 % demokratische, legale Aktivitäten ein. Das Recht auf Protest wird unter die Anklage der „Organisationsaktivität" [*in der KCK; Anm. d. Ü.*] gestellt. Der Vorwurf „Leitung einer Organisation durch Durchführung ihrer Aktivitäten" stellt einen neuen Anklagepunkt dar. Es ist kein Straftatvorwurf gegen eine oder mehrere Personen, sondern gegen eine ganze Gesellschaft, gegen das Recht auf Selbstorganisierung, gegen die Legitimität von Selbstverwaltung und der Einrichtung von Kollektiven zur Lösung von Problemen einer Gesellschaft.

Die von der Generalstaatsanwaltschaft Diyarbakır vorbereitete 7 578 Seiten starke KCK-Anklageschrift wurde am 18.06.10 vom 6. Schwurgerichtshof in Amed (Diyarbakır) angenommen. Für 151 Personen, von denen sich 101 in Haft befinden, werden Strafen zwischen 15 Jahren und verschärfter lebenslänglicher Haft gefordert. Unter ihnen befinden sich 28 Führungspersonen der mittlerweile verbotenen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP), der Bürgermeister von Amed, Osman Baydemir, und 12 weitere BürgermeisterInnen, 2 Provinzvorstandsvorsitzende und 2 Stadtratsmitglieder. Mit der Anklage begann eine Phase intensiver Auseinandersetzung. Es wird erwartet, dass diese Diskussionen während der Gerichtsverfahren noch zunehmen werden.

Auf einer sehr allgemeinen Ebene können folgende Betrachtungen zum KCK-Verfahren angestellt werden.

Acht verschiedene Anklagepunkte

Die KCK-Beschuldigungen schließen auf formaljuristischer Ebene acht verschiedene Anklagepunkte ein. Wenn man die Vorwürfe nach Schwere sortiert, so steht der § 302/1 TCK [*Türk. Strafgesetzbuch; Anm. d. Ü.*], „Gefährdung der Einheit des Staates und des Landes", an der Spitze. Elf Personen werden unter diesem Paragraphen, der verschärfte lebenslängliche Haft fordert, angeklagt. An zweiter Stelle kommt § 314/1 TCK, „Leitung einer Organisation durch Durchführung ihrer Aktivitäten". Unter dem werden 21 Personen angeklagt.

Die meisten Beschuldigten werden wegen „Mitgliedschaft" angeklagt

An dritter Stelle der Pyramide der Anklagepunkte kommt die „Führung einer Terrororganisation". Danach werden 14 Personen angeklagt.

An vierter Stelle kommt die „Mitgliedschaft in einer Terrororganisation"; 90 Angeklagte.

An fünfter Stelle kommt § 314/2 TCK, „Begehen von Straftaten im Namen einer Organisation, ohne deren Mitglied zu sein". Von diesem Paragraphen sind 15 Personen betroffen. An sechster Stelle kommt der Verstoß gegen § 2911 Versammlungsgesetz und Propaganda, an siebter Stelle „Werbung für eine terroristische Vereinigung".

Ein neuer Anklagepunkt

Der am heftigsten debattierte Anklagepunkt betrifft die „Leitung einer Organisation durch Durchführung ihrer Aktivitäten". Da dieser Punkt keinerlei rechtliche Grundlage hat, wird er die schärfsten Diskussionen hervorrufen. Denn eine Person kann, auch ohne Mitglied zu sein, für die Ziele einer Organisation arbeiten, aber sie kann keine Organisation, ohne Teil von deren Hierarchie zu sein, anführen. Entweder ist man Leiter einer Organisation oder nicht. Ohne in der Führung einer Organisation zu sein, kann man keine Anordnungen geben. Der Charakter von Befehl und Führung bringt hier stichhaltige Probleme mit sich. Indem man Aktivitäten einer Organisation ausführt, kann man diese nicht leiten. Denn Leitung bedeutet, eine reale Aufgabe zu bekommen und auch solche zu verteilen. Unter diesem in der kurdischen Öffentlichkeit als „albern" angesehenen Paragraphen werden insbesondere legale Parteien (DTP) und Mitglieder von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen belangt. Weil nicht genug Beweise vorliegen, werden auf der Basis dieses Paragraphen 21 Personen als „Leiter einer Organisation" angeklagt. Diese Anklagen ohne eine Basis von Beweisen treten jegliche rechtliche Norm mit Füßen.

* Unter dem Vorwurf der Zugehörigkeit zur und/oder Aktivität für die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) wurden seit April letzten Jahres tausende politische AktivistInnen zivilgesellschaftlicher Organisationen festgenommen; über tausend von ihnen sind in Haft.

Demonstrationsrecht ist zur „Organisationsaktivität“ geworden

Die in der Anklage als Straftaten gewerteten Umstände umfassen in internationalen rechtlichen Normen und den von der Türkei unterzeichneten Kopenhagener Kriterien geschützte legale, demokratische Aktivitäten. Zum Beispiel werden kurdische Kundgebungen, Demonstrationen, die Organisierung von Pressekonferenzen, Versammlungen, um Entscheidungen zu fällen, als Straftaten betrachtet.

Dadurch gerät jede von KurdInnen durchgeführte Tätigkeit zur Organisationsaktivität. Auf diese Weise werden demokratische Aktionen und Aktivitäten kriminalisiert. Nach Meinung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte kann eine Aktion, auch wenn sie schockierend ist und für Schmerzen und Unruhe sorgt, weder verboten noch zum Straftatbestand werden. Denn die Freiheit der Meinung und des Ausdrucks ist in den Menschenrechten eingeschlossen. Die in der Anklage angeführten Beschuldigungen verstoßen gegen diese Bedingungen des EuGHMR.

DTP wurde auf der Basis dieser Kriminalisierung illegalisiert

Es fällt ins Auge, dass solche rechtlichen Veränderungen hauptsächlich zu Wahlzeiten ins Leben gerufen wurden. Die Bekanntgabe der WahlkandidatInnen, das Sammeln von Wahlkampfspenden und der Wahlkampf anlässlich der Parlamentswahl am 22.07.2007 und der Regionalwahlen wurden als Aktivitäten mit einem „Organisationsziel“ beurteilt und geahndet. Die gesamten Wahlkampfaktivitäten der legalen Partei DTP wurden als illegale Aktivitäten dargestellt. Denn auf die Aktivitäten der DTP wird kein juristischer, sondern ein politischer Blick geworfen. – In dieser Situation liegt die Beobachtung nahe:

Der Prozess gegen die DTP wegen ihrer Aktivitäten wurde in den Prozess KCK vs. Türkei umgewidmet. Die DTP wurde in die KCK-Strukturen gepackt und als vollständig illegale Struktur dargestellt. Auf dieser Basis wurden Anklage und Verhaftung für alle Mitglieder der DTP und deren Leitung als legitim und gesetzeskonform ermöglicht. Demzufolge wurde in der Anklage die legal und legitim eingerichtete Kommission für Regionalwahlen als „Organisationshauptquartier“ definiert. Alle Überlegungen und Vorschläge dieser Kommission gelten als Befehle einer „Organisation“. Das legale und legitime Organ einer Partei zu kriminalisieren, sollte zu denken geben. In neuen Beschuldigungen werden die gesamten Wahlkampfspenden für die DTP als „Finanzierung einer Organisation“ bewertet.

Es gibt nur abgehörte Gespräche

Ein anderer aufsehenerregender Aspekt der Anklage ist ihre Fiktion. Mit der Logik eines Geheimdienstberichtes können die sogenannten strafbaren Handlungen nicht bewiesen werden. Die „Beweise“ der Anklage enthalten ausschließlich abgehörte Gespräche von Telefonen und aus geschlossenen Räumen. Zum Beispiel wird das Geldsammeln nicht durch Quittungen belegt. 99 % der als Straftaten gewerteten Tätigkeiten hatten demokratische Rechte und Freiheiten zum Inhalt. Bei den Beschuldigten wurden keinerlei Waffen, Munition, gefährliche oder brennbare Materialien gefunden. Dennoch werden sie mit den wirksamsten Paragraphen des Strafrechts belangt. Diese Situation schafft ein extremes Ungleichgewicht im Verhältnis von Strafe und Beweis.



Mêrdîn: Demonstration mit der Forderung „Wir wollen unseren Bürgermeister zurück!“ Foto: DIHA

Mit politisiertem Recht wird eine Gesellschaft abgeurteilt

Der Geist der Anklage ist das, was vielleicht am kontroversesten diskutiert werden wird. Die Anklage interessiert sich im Kern nicht für „einzelne Individuen oder eine Gruppe“, sie bezieht sich auf eine Gesellschaft und die Beziehungen der Menschen untereinander. Jede Gesellschaft muss sich organisieren, um zu überleben. Wenn dieses Recht Gewalt nicht mit einschließt, ist es das natürlichste Recht einer Gesellschaft. Wenn dieses Recht verleugnet und missachtet wird, schließt das auch ein, dass die Forderungen nach einer Änderung der Rechtsordnung angegriffen werden. Wenn man betrachtet, wie im KCK-Verfahren die verhafteten und beschuldigten Personen und Beziehungen zur Anklage gebracht werden, so drängt sich der Verdacht auf, dass das Verfahren mit eben dieser Absicht geführt wird. Dieses Ziel wird auch von der Bevölkerung als gegen sich gerichtet wahrgenommen. Die in den Regionalwahlen gewonnenen 99 Stadtverwaltungen und die 21 Parlamentssitze sind der beste Beweis dafür. Denn in der Anklage wird keine Straftat einer Person oder mehrerer Personen vorgeworfen, sondern im Gegenteil eine Gesellschaft, das Recht einer Gesellschaft zu existieren, als Gesellschaft eigene Entscheidungen zu treffen, Kollektive zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu bilden, verurteilt. Die Forderungen einer Gesellschaft nach Rechten anzuklagen führt dazu, dass gleichzeitig das ganze Volk und die Gesellschaft angeklagt sind und ins Gefängnis gesteckt werden. Wie sollen gesellschaftlicher Frieden und Konsens in der Türkei entstehen, wenn die Rechtsordnung diese Realität nicht anerkennt? Der Prozess wird auch in diesem Kontext mit großem Interesse und Aufmerksamkeit verfolgt werden. ♦

Aufruf zur Solidarität:

Prozessbeginn am 18. Oktober in Amed gegen die kurdischen PolitikerInnen

Die DTP hat bei den Kommunalwahlen im März 2009 einen Erdrutschsieg erzielt. Unmittelbar nach diesem Erfolg wurden FunktionärInnen der Partei, darunter die Vize-Vorsitzenden, verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. In den seitdem vergangenen acht Monaten wurde niemand von ihnen der Prozess gemacht. Die Behörden haben noch nicht einmal die Gründe für die Verhaftungen genannt. Von April 2009 bis heute wurden etwa 1.500 kurdische PolitikerInnen verhaftet, unter ihnen zahlreiche Verantwortliche und Mitglieder der DTP. Die verhafteten PolitikerInnen gehören zu jenen, die am härtesten für die lokale Demokratie in ihren Kommunen gearbeitet haben. Gegen den ständigen Widerstand des türkischen Staates haben sie am Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur in ihren Gemeinden gearbeitet.
Ein Gericht hat den Beginn des ersten Prozesses gegen 151 kurdische PolitikerInnen und MenschrechtsaktivistInnen für den 18. Oktober 2010 in Amed (Diyarbakır) festgelegt.

Nachfolgend eine Übersicht über einige der Angeklagten:
Muharrem Erbey: Rechtsanwalt, Vizepräsident des Menschenrechtsvereins IHD und Präsident der IHD-Niederlassung Amed. Nach der Verhaftung von Muharrem Erbey durchsuchte die Polizei die IHD-Niederlassung in Amed, um „mehr Beweise zu finden“. Neben der unrechtmäßigen Verhaftung war auch die Durchsuchung und Beschlagnahmung in diesem Büro, das in keinem Zusammenhang mit den Anschuldigungen steht, ein Justizskandal. Die Niederlassung des IHD in Amed war nicht einmal während der Jahre des Ausnahmezustands durchsucht worden. Muharrem Erbeys Arbeit ist die eines Verteidigers der Menschenrechte.
Hatip Dicle: Ko-Vorsitzender des Kongresses der demokratischen Gesellschaft (DTK), war bereits als Parlamentsabgeordneter verhaftet worden und zehn Jahre in Haft.
Fırat Anlı: Vorsitzender der DTP Amed. Während der letzten Legislaturperiode Bürgermeister von Yenişehir und bei der letzten Wahl Bewerber für das Amt des Bürgermeisters von Çewlik (Bingöl).
Abdullah Demirbaş: Bürgermeister von Sur [*Stadtteil von Amed*]. Wurde vom Staat wegen der Unterstützung einer mehrsprachigen Stadtverwaltung aus dem Amt entfernt. Er wurde jedoch bei den Wahlen im März wiedergewählt. Er hat gesundheitliche Probleme, was seine Inhaftierung ohne ärztliche Beobachtung zu einer Bedrohung seines Zustands machte. Die Anklage musste ihn nach internationalen Protesten aus der Haft entlassen.
Aydın Budak: Bürgermeister von Cizre – genau wie Demirbaş durch den Staat aus dem Amt entfernt und vom Volk wiedergewählt.
Zülküf Karatekin: Bürgemeister von Kayapınar, das zweite Mal im Amt.
Nejdet Atalay: Bürgermeister von Êlîh (Batman). Gelangte mit großer Mehrheit ins Amt.
Ferhan Türk: Bürgermeister von Qoser (Kızıltepe). Er verbrachte Jahre im berüchtigten Gefängnis von Amed und bekam die ganze Macht der Putschisten zu spüren. Er ist jetzt zum zweiten Mal in Haft.
Leyla Güven: Bürgermeisterin von Wêranşehîr. Sie war zuvor in der Lokalverwaltung beschäftigt und ist aktiv in der Freiheitsbewegung der Frauen. Sie ist auch Mitglied im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR).
Ethem Şahin: Bürgermeister von Suruç, gewann die Kommunalwahlen mit einem Erdrutschsieg und hat seitdem das Bild der Stadt entscheidend verändert.
Hüseyin Kalkan: ehemaliger Bürgermeister von Êlîh (Batman).
Emrullah Cin: ehemaliger Bürgermeister von Wêranşehîr.
Abdullah Akengin: ehemaliger Bürgermeister von Dicle.
Kazım Kurt: ehemaliger Bürgermeister von Colemêrg (Hakkari).
Nadir Bingöl: ehemaliger Bürgermeister von Ergani.
Ali Şimşek: Ko-Bürgermeister in der Stadtverwaltung von Amed.
Yaşar Sarı: Generalsekretär der DISK.
Ferzende Abi: Vorsitzender der Niederlassung Wan von MEYA-DER (Mesopotamische Gesellschaft der Menschen, die Angehörige verloren haben).
Tefik Say: Vorsitzender der Gesellschaft der freien Bürger von Hacıbekir.
Sıddık Gül: Schatzmeister der DTP Wan.
Yıldız Tekin: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Eylem Açıkalın: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Kerem Çağlı: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Ramazan Özlü: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Selim Çay: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Cafer Koçak: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Zihni Karakaya: Mitglied des Frauenrates der BDP.
Mustafa Ayaz: Politiker.
Kamuran Parlak: Politiker.
Ahmet Sormaz: ehemaliger Provinzvorsitzender der DTP Êlîh (Batman).
Selamet Akyüz: Göç-Der (Flüchtlingsverein) Êlîh (Batman).
Veysi Gülseren - İlyas Sağlam - Aydın Kılıç: ehemalige Mitarbeiter von DTP-Stadt- und Kreisverwaltungen.
Gülizar Kal: Mitarbeiterin des städtischen Frauenrates.
Cahit Conbay: Politiker.
Rıdvan Aslan: Politiker.
Şeymus Yaşar: Politiker.
Şirin Bağlı: Mitglied des Stadtrats von Êlîh (Batman).
Rıfat Başalak: Mitglied des Stadtrats von Êlîh (Batman).
Nesrin Kılıç: Mitglied des Stadtrats von Êlîh (Batman).
Fethi Suvari: lokaler Koordinator der Agenda21.
Abbas Celik: Leiter von Göç-Der Amed.
Cebrail Kurt - Ramazan Debe - Ahmet Makas - Takibe Turgay: BDP-Angestellte.

Liebe Freundinnen und Freunde,
Wir, die BDP, rufen alle AktivistInnen und VerteidigerInnen der Menschenrechte dazu auf, den Prozess am 18. Oktober in Amed (Diyarbakır) zu beobachten und ihre Solidarität zu zeigen.
Weitere Informationen: diplo.bdp@hotmail.com ♦

BDP, Verfassungsreferendum und Boykott

Die Türkei braucht eine neue, wirklich demokratische Verfassung

Doğan Can

Im folgenden Text wollen wir verständlicher machen, wieso die „Partei für Frieden und Demokratie" (BDP) das Referendum über die Verfassungsänderungen am 12. September 2010 boykottiert. Verbreitet wird behauptet, darunter auch von der Regierungspartei AKP („Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung"), die BDP sei mit ihrem Boykott in den Schatten der nationalistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung" MHP und der laizistischen „Republikanischen Volkspartei" CHP getreten. Diese Propaganda wird aber inszeniert; einerseits wird die Haltung der BDP bewusst durch die AKP und AKP-nahe Kreise und Medien als „Nein" zur Reform interpretiert, was nicht der Wahrheit entspricht, und andererseits bezieht sich der Boykottbeschluss weder auf die „eine" Partei (Ja-Wähler) noch auf die „andere" (Nein-Wähler).

Verfassungen dienen dem gesellschaftlichen Übereinkommen. Demokratische Verfassungen, die sich Gleichheit und Freiheit als Grundlage nehmen, bilden auch gleichzeitig die Grundlage des Friedens. Die Türkei aber hat seit 28 (!) Jahren eine militärische Verfassung. Gleich im dritten Artikel heißt es: „Der Staat Türkei ist ein in seinem Staatsgebiet und Staatsvolk unteilbares Ganzes. Seine Sprache ist Türkisch." Hier muss erwähnt werden, dass die Türkei ein Vielvölkerstaat ist. Zwar sind genaue Angaben nicht bekannt, aber dort leben außer Türken u. a. Kurden, Tscherkessen, Bosniaken, Araber, Albaner, Georgier, Lasen sowie diverse andere ethnische Gruppen und Nationalitäten wie Roma, Armenier, thrakische Bulgaren, Aramäer, Tschetschenen und Griechen. Diese Art von Verfassung wird – besonders in Kurdistan – von Polizei und Militär auf den Beinen gehalten. Gleich der nächste Artikel der Junta-Verfassung besagt, dass die ersten drei Artikel „unabänderlich" seien.

Viele ähnliche Artikel finden sich in der Verfassung der Türkei. Dort wird sie „Verfassung vom 12. September"* genannt.

Die BDP ist gegen diese Verfassung und vertritt die Meinung, dass einige Reformen und Ausbesserungen nicht langen, sondern eine komplett neue, demokratische Verfassung nötig ist. Nach eigenen Angaben will die Regierungspartei AKP die „sterbende" Verfassung vom 12. September „am Leben halten", indem sie sie durch das Volk abstimmen und somit legitimieren lässt. Auf der anderen Seite aber sind „Status-quo-Mächte" wie CHP und MHP, die am liebsten eine noch faschistischere Verfassung hätten!

Die Völker aus der Türkei werden gezwungen, sich zwischen dem „Ja" und dem „Nein" zur Verfassungsreform zu entscheiden. „Ja" würde bedeuten, die wenig geänderte Junta-Verfassung zu akzeptieren, und „Nein" würde logischerweise bedeuten, dass man mit der jetzigen zufrieden ist.

Deswegen gibt die BDP mit einer 24-seitigen Broschüre bekannt, dass sie den Referendumsboykott beschlossen haben, um zu zeigen, dass die Völker nicht alternativlos sind. „Wir wollen zeigen, dass es außer diesen beiden noch eine dritte Alternative gibt, diejenigen, die eine demokratische und komplett neue Verfassung wollen", schreibt die BDP und fügt hinzu: „Das bedeutet aber keinesfalls, dass wir uns passiv verhalten. Im Gegenteil, wir werden in der Referendumsphase auf aktivste Weise eine Kampagne starten ‚Ich will eine neue und demokratische Verfassung'."

In der Türkei haben Politik und Parlament noch wenig mit dem Volk zu tun. Jene, die keinen „wirtschaftlichen" oder „sozialen Status" besitzen, finden keine Möglichkeiten, sich in die Politik einzubinden. Dies wird durch die 10-Prozent-Hürde, die es in keinem demokratischen Land gibt (!), deutlich. Die AKP hat bisher auch bewiesen, dass sie diese Hürde nicht antasten wird. Ohnehin werden entscheidende Punkte – wie die eben erwähnte Wahlhürde, Glaubensfreiheit (besonders für Minderheiten), rechtliche Emanzipation der Frau, Recht auf gewerkschaftliche Organisierung bzw. auf Streik, autonome Universitäten für Studenten, Bildung in der Muttersprache, Pressefreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsrecht und politisches Recht, Abschaffung des YÖK (Hoher Bildungsrat), des HSYK (Hoher Rat für Richter und Staatsanwälte) und des MGK (Nationaler Sicherheitsrat) – nicht thematisiert. Die „unabänderlichen" Artikel werden nicht einmal zur Debatte gestellt!

Die BDP listete auf, aus welchen Gründen sie einen Boykott beschlossen hat:

1. Die AKP hat die Gesellschaft während der Ausarbeitung des Reformpakets nicht ernst genommen. Vorschläge und Kritik wurden überhört.
2. Kein einziger Artikel ändert etwas an der Leugnung verschiedener Identitäten und Kulturen.

* 12. September 1980; dritter Militärputsch in der Geschichte der türkischen Republik, in dessen Folge die Militärjunta die noch jetzt bestehende Verfassung 1982 zur Abstimmung stellte.

3. In diesem Paket sind Arbeiter, Rentner, Frauen, Aleviten, Kurden und Frauen mit Kopftuch nicht vertreten.
4. Freie Politik, Gedanken- und Organisierungsfreiheit werden nicht vertreten.

Diese Punkte u. a. gelten als Forderungen der Arbeiter und der Unterdrückten. Aus diesem Grunde werden die BDP und viele andere dieses Verfassungsreferendum boykottieren.

Die AKP will ihre Regierung festigen, indem sie sich in allen staatlichen Einrichtungen einnistet. Sie will die faschistische Verfassung weiter am Leben erhalten.

Nun, was sind aber die Änderungsvorschläge der AKP? Wir werden einige von ihnen und die Gegenargumente der BDP auflisten:

1. „Unabhängige Rechtsprechung“

Der „Hohe Richter- und Staatsanwälterat“ (HSYK) ist innerhalb der türkischen Gerichtsbarkeit zuständig für die disziplinarrechtliche Kontrolle der Gerichte sowie für Personalfragen. Wichtigste Aufgabe ist dabei die Wahl der Mitglieder des Staatsrats. Er ist gebunden an den Justizminister, somit an den AKP-Politiker Sadullah Ergin. Mittels dieses Rates werden politische Urteile gefällt. Die BDP vertritt die Meinung, dass die AKP mit den Verfassungsänderungen ihre Position innerhalb des HSYK festigen will. Dieser Rat führte in der Vergangenheit schon zu tragischen Urteilen. Eines der auffälligsten war der „Notwehr“-Freispruch für den Mörder des Jungen Uğur Kaymaz, der durch 13 staatliche Kugeln ums Leben gekommen war.

2. „Abrechnung mit den Putschisten vom 12. September“

Die AKP behauptet, mit ihrer Verfassungsreform die Putschisten von 1980 verurteilen zu können. Dazu erscheint fast täglich Propaganda in der Zeitung ZAMAN. Der Artikel 15 der momentanen Verfassung („Aussetzung des Gebrauchs der Grundrechte und -freiheiten“) verschließt den Weg der Verurteilung von „Parlamentsmitgliedern (Putschisten) von 1982“. Die AKP will diesen Artikel abschaffen. In ihrer Broschüre erklärt die BDP, dass man nicht mit dem Putsch abrechnet, indem man diesen Artikel abschafft und somit einige Generäle vor Gericht bringt. Vor allem bleibt weiterhin der Artikel über die Verjährung von Gerichtsverfahren. Die BDP gab zur Abschaffung dieses Artikels Vorschläge im Parlament ab, die aber von der AKP höchstpersönlich abgelehnt wurden! Die AKP bezweckt in Wirklichkeit, mit dieser Lüge „eine Antwort“ auf die Forderung der Gesellschaft zu sein.

3. „Tarifverträge für Angehörige des Öffentlichen Dienstes“

In der Türkei haben Beamte und Angehörige des Öffentlichen Dienstes immer noch kein Tarif- und Streikrecht. Wenn während Lohnverhandlungen keine Übereinstimmung gefunden wird, können sich beide Seiten an eine „Vermittlungskommission“ wenden, deren Beschlüsse für sie bindend sind. Das Vorhaben der Regierung ist es, diese Kommission selbst zu bilden und mit eigener Hand die Arbeiter auszubeuten! In diesem Sinne wird es theoretisch zwar eine Vermittlungskommission geben, die aber in der Praxis außer Gefecht gesetzt sein wird.

4. „Gleichheit vor dem Gesetz“

Die AKP schlägt eine neue Bestimmung vor: „Frauen und Männer haben vor Gericht die gleichen Rechte“, und sie fügt hinzu: „Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden, dürfen nicht als Bruch dieses Gesetzes gelten.“ Die BDP vertritt die Meinung, dass eine solche Gleichheit nicht aufrechtzuerhalten ist. So soll es auf dem Papier eine Gleichheit geben, aber in der Praxis darf man dem zuwiderhandeln, da „Maßnahmen“ getroffen werden. Ferner fordert die BDP eine Geschlechterquote.

5. „Erschweren von Parteiverboten“

Der Änderungsvorschlag der AKP bringt mit sich, dass Parteiverbote im Parlament mit Zweidrittelmehrheit (also von der AKP) ausgesprochen werden. Die BDP plädierte dafür, dass solche Verbote komplett aufgehoben werden. Doch wurde dies seitens der AKP wieder ignoriert.

Es ist jedoch nicht so, wie behauptet wird, dass die BDP sich der Verfassungsreform von Anfang an querstellte. Besonders AKP-nahe Zeitungen wie die ZAMAN stellen solche Behauptungen auf. Die BDP hat von Anfang an erklärt, dass sie ihren Prinzipen getreu den Verfassungsänderungen Unterstützung gäbe, wenn die Forderungen des Volkes Beachtung fänden. Voraussetzung war auch, dass diese Änderungen nur vorübergehender Natur sein würden, bis zur Verabschiedung einer komplett neu und demokratisch erarbeiteten Verfassung. In diesem Sinne hat die BDP das getan, was sonst keine andere Partei tat: Sie schnürte das „Demokratie-Paket“, welches sie der Öffentlichkeit und der Regierung vorlegte. Dieses Paket beinhaltete nicht nur Forderungen bestimmter Kreise, sondern von allen! Es bot gleichzeitig eine Basis für eine neue Verfassung, aber die AKP leugnete dies.

Es war indessen von Anfang an klar, dass die AKP eine solche Haltung einnehmen würde. Eines Tages kündigte sie im Parlament Verfassungsänderungen an und wollte „Vorschläge der Opposition“. Dieser „Wunsch“ der AKP war aber keinesfalls ernst gemeint. Die unbeachteten Vorschläge der BDP sind ein Beweis. Das Vorhaben der AKP war von Anfang an klar: „Anerkennung ohne Wenn und Aber!“

Hier muss auch eine kleine Passage der Linken aus der Türkei gewidmet werden. Parteien wie ÖDP, EMEP und die nationalkommunistische TKP stehen zu einem „Nein“ zur Verfassungsreform.

Wieso „Nein“? Ist nicht erkennbar, dass die momentane Verfassung durch dieses „Nein“ legitimiert wird? Wird die nächste Regierung uns nicht genau das vorlegen, wenn wir das Verlangen nach einer neuen Verfassung artikulieren?

Liberallinke vertreten die Meinung: „Sie ist zwar nicht ausreichend, wir werden aber trotzdem Ja sagen.“ Das sei ein erster und wichtiger Schritt in Richtung neue Verfassung.

Wieso erster? Die Verfassung von 1982 wurde bisher 16-mal geändert. Alle Modifikationen hatten den mehr oder weniger gleichen Inhalt wie die AKP-Vorlage. Keine von denen brachte aber eine neue Verfassung mit sich, eher das Gegenteil.

Aus diesem Grunde ist die Devise der BDP angebracht: „Je mehr Boykott, desto mehr Demokratie!“ ♦

Fast 4 000 Kindern wird immer noch im Rahmen des TMK der Prozess gemacht

Es sind nur Kinder …

Esra Çiftçi

Ihr kennt die kleinen Kriegsopfer, die durch den Krieg zu Waisen wurden, von zerstreuten Familien übrig Gebliebene, zurückgelassen, ohne jemand, der auf sie aufpasst oder ihnen eine Bleibe gibt, aus dem Leben herausgedrängt und herausgestoßen. Wenn man von der unendlichen Zerstörung und den Folgen des Krieges reden wollte, wären die Kinder wohl eine der tragischsten Folgen der Zerstörung. Nichts würde ausreichen, um das Grauen, das sie erleben, zu beschreiben.

Der Krieg, der in der Türkei stattfand und immer noch stattfindet, hat sich natürlicherweise am stärksten auf die Kinder ausgewirkt.

Wer waren diese Kinder?

Kinder, deren Häuser mitternachts von der Polizei gestürmt und deren Väter mitgenommen wurden, die die zerstückelten Leichen ihrer Väter ein paar Tage später am Rande von Feldern wiederfanden …

Kinder, die beobachten mussten, wie ihre Mütter von Soldaten vergewaltigt wurden …

Kinder, deren beste Freunde den Tod fanden oder zu Krüppeln wurden, weil sie auf eine Mine getreten waren …

Im Großen und Ganzen die kurdischen Kinder als ein Resultat des Krieges …

Diese Kinder zeigten ihre Wut mit der Waffe des primitiven Zeitalters, den Steinen; weil sie lebten, waren sie natürlich wütend auf die Uniformen …

Im Rahmen des Terrorbekämpfungsgesetzes (TMK) hat man diesen Kindern in den letzten fünf Jahren alles Erdenkliche angetan. Tausenden Kindern hat man den Prozess gemacht, hunderte Kinder wurden verhaftet, bei der Verhaftung hat man ihnen die Arme gebrochen, man hat mit Gewehrkolben auf ihre Köpfe geschlagen, man hat auf sie geschossen, man hat sie mit Panzern überfahren …

Der Staat hat diese Kinder mit der Begründung, sie hätten Steine geworfen, Siegeszeichen gezeigt, Parolen skandiert und an [*öffentlichen*] Pressekonferenzen teilgenommen, eingesperrt, verhaftet und zu Haftstrafen verurteilt, die in einem Menschenleben gar nicht mehr abgesessen werden können … Mit diesem Gesetz und der politischen Konjunktur in diesem Land waren die Kinder gezwungen, sehr ernste Traumata zu erleiden, sie werden heute noch dazu gezwungen …

Es wurde in der Türkei zwar auf Druck von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Intellektuellen, Menschenrechtlern eine gesetzliche Regelung der rechtlichen Situation dieser Kinder getroffen, in der Umsetzung bestehen jedoch weiterhin ernsthafte Probleme …

Obwohl die Regelung im Terrorbekämpfungsgesetz, dass die Verfahren der bisher vor Erwachsenengerichten wie Erwachsene behandelten Kinder erneut vor Jugendgerichten verhandelt werden müssten, deren Strafen zu halbieren und sie damit freizulassen wären, bereits letzten Monat im Staatsanzeiger verkündet und somit gültig geworden ist, haben die Probleme noch kein Ende gefunden. Fast 4 000 Kindern wird immer noch im Rahmen des TMK der Prozess gemacht.

Die „Gesetzesvorlage zur Änderung des Terrorbekämpfungsgesetzes und einiger anderer Vorschriften“, die auch Regelungen über die Probleme der geschädigten kurdischen Kinder enthält, wurde in der Generalversammlung des türkischen Parlaments beschlossen und damit zum geltenden Recht.

Würde dieses Gesetz angewandt werden, müssten alle Kinder, die an keinen Körperverletzungs- oder Tötungsdelikten beteiligt waren, sofort entlassen werden. Die Justiz hält sich jedoch nicht an das Recht, sie verhält sich politisch und zögert die Entlassung der Kinder hinaus.

Seit der letzten Novellierung warten jetzt noch 200 Kinder auf die Weiterleitung ihrer Akten an die Jugendgerichte, damit sie entlassen werden können, weiterhin warten mehr als 3 000 Kinder auf ihre Verhandlungen vor den Jugendgerichten. Da jedoch die notwendigen Änderungen im „Türkischen Strafgesetzbuch“ (TCK) nicht vollzogen wurden, weigern sich die Gerichte, die nach dem TCK verurteilten Kinder zu entlassen. Als Grund hierfür wird angegeben, dass „die Kinder nicht nach dem TMK, sondern nach dem TCK verurteilt“ worden seien. Die Kinder jedoch, von denen man behauptet, nach dem TCK verurteilt worden zu sein, sind diejenigen, die bei legalen Pressekonferenzen zugegen waren. Gemäß internationalen Konventionen müssten diese Kinder sofort entlassen werden.

Die vollzogenen Änderungen stellen nur ein Täuschungsmanöver dar. Wenn die Regierung es damit ernst meint, die Situation der betroffenen Kinder zu verbessern, muss sie die entsprechenden Regelungen des TCK auch ändern. Es sieht danach aus, als würde das TCK den Platz des TMK übernehmen. Damit begänne nach der Phase der TMK-geschädigten Kinder die Phase der TCK-geschädigten Kinder.

Solange die notwendigen Änderungen im TCK nicht vorgenommen werden, sind die jetzt aktuellen Änderungen

nichts weiter als ein Schwindel. Alle gesetzlichen Regelungen, die die Kinder schützen und vor Diskriminierung bewahren, müssen reformiert werden.

Zum Beispiel wird versucht, aufgrund eines Berichts der Sicherheitskräfte die Kinder als „bewaffnete Einheiten" in den Geltungsbereich des TCK zu drängen. Durch einen Zusatzartikel im Gesetz bleibt es den wegen „Organisationspropaganda" verurteilten Kindern verwehrt, die nun geltenden Entschärfungen in Anspruch zu nehmen.

Wandbild in Amed Foto: DIHA

Die Kinder sind nicht gerettet worden, es hat lediglich eine neue Phase begonnen. Die Verfahren werden weitergeführt; die speziell befugten Strafgerichte werden durch eine Entscheidung, dass sie nicht zuständig seien, die Akten an Jugendgerichte weiterleiten, wenn vor Ort welche vorhanden sind, wenn keine vorhanden sein sollten, werden die Akten an Strafgerichte für Kapitalverbrechen weitergeleitet. Weil die speziell befugten Strafgerichte die Umsetzung des „Kinderschutzgesetzes" verweigern, können über die Kinder auch keine Sozialerhebungen eingeholt werden.

Eine der Änderungen, die in der Praxis überhaupt keine Relevanz besitzen, aber wichtig ausschauen, betrifft den Artikel 31 des Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes [*Nr. 2911*]. Es handelt sich hier um einen Artikel, der für die Kinder statt einer Haftstrafe eine „Sicherheitsprävention" vorsieht. Wir sehen auch bei der Änderung dieses Artikels, dass ein Kind, wenn es während einer legalen Demonstration in Untersuchungshaft genommen und später wieder freigelassen wird, bei einer erneuten Festnahme während einer legalen Demonstration, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr die Entschärfungen in Anspruch nehmen kann, sondern direkt bestraft wird. Außerdem werden die meisten Kinder auf Bewährung freigelassen. Es ist ihnen zum Beispiel untersagt, an einer legalen Pressekonferenz oder Demonstration überhaupt teilzunehmen. Falls sie dennoch teilnehmen sollten, können sie ohne Weiteres verhaftet werden.

Nicht nur, dass die beschlossenen sogenannten Änderungen keine Verbesserung bringen, sie nehmen die Kinder in allen Lebenslagen gefangen. Es ist auch weiterhin offensichtlich, dass diese Änderungen den internationalen Konventionen, die die Türkei unterschrieben hat, nicht entsprechen. Die Änderungen im TMK sollten nicht als Verbesserung empfunden werden. Die internationalen Konventionen, denen die Türkei beigetreten war, an die sie sich aber nicht gehalten hat, haben bis heute noch nichts an den Zuständen geändert. Bei den vorgenommenen Änderungen kann man dies klar beobachten. Zum Beispiel wird ein Kind, das an einer illegalen Aktion teilgenommen und hierbei sein Gesicht verdeckt oder ein Siegeszeichen gezeigt hat, gemäß Gesetz Nr. 2911 wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation" verurteilt, weil diese Tatsachen als ausreichende Beweise hierfür angesehen werden.

Die Haltung der Gerichte wird über alles entscheiden

Nach den vorgenommenen Änderungen sind die Gerichte in der betreffenden Provinz von sich aus tätig geworden, die Gerichte in Istanbul sind es nicht. Man hat den AnwältInnen, die nachfragten, warum man denn nicht tätig werden und die gesetzlichen Änderungen umsetzen würde, geantwortet, die Anzahl der Fälle sei so immens, dass man nicht wüsste, in welchen Kinder verurteilt worden seien; die AnwältInnen und Familien der Geschädigten möchten bitte entsprechende Anträge stellen. Obwohl die AnwältInnen hierauf Anträge einreichten, wurden die Entlassungsgesuche für die Kinder abgelehnt. Dies zeigt vor allem, dass die Entlassung der Kinder im Rahmen der gesetzlichen Änderungen letztlich allein von der Haltung der jeweiligen Gerichte abhängt.

Den Familien wurde Hoffnung gemacht. Familien, die seit Langem von ihren Kindern getrennt sind, haben sich über die gesetzlichen Änderungen zunächst sehr gefreut; sie sind aber jetzt voller Angst. Je weniger Kinder in einem Gefängnis einsitzen, desto härter werden die Maßnahmen der Gefängnisleitung. Kürzlich wurden im Gefängnis von Bitlis 14 Kinder in einen Raum neben dem Heizungskessel eingesperrt, sie leben nun inmitten von Kohlenstaub, eines der Kinder hatte einen Asthma-Anfall.

Eine bemerkenswerte Botschaft ist es auch, dass für die freigelassenen Kinder überhaupt keine Maßnahmen getroffen worden sind. Diese Kinder erwartet auf der anderen Seite jedoch eine schwere Zeit. Sowohl sie als auch ihre Familien leiden unter physischen und psychischen gesundheitlichen Problemen, sie brauchen psychologische Unterstützung.

Das, was hätte gemacht werden müssen, wäre eine Regelung wie in vielen Ländern Europas; ein System, dass den Kindern eine zweite Chance gibt; die Umsetzung einer Methode, bei der das Kind nicht bestraft, sondern rehabilitiert und in die Gesellschaft integriert werden kann; leider wurde das alles nicht gemacht.

Der Staat muss das von ihm verabschiedete Gesetz so schnell wie möglich umsetzen, ansonsten werden die beschlossenen Änderungen nicht über einen Schwindel hinausreichen. ♦

Der türkische Staat profitiert von dem kurzen Gedächtnis der Gesellschaft

Zwischen der Türkei und der PKK fanden zahlreiche Gespräche statt

Günay Aslan, Taraf 10.07.2010

Die ersten Gespräche zwischen der türkischen Republik und der PKK hatten nach den Angriffen der PKK in Dihê (Eruh) und Şemzînan (Şemdinli) 1984 begonnen. Offiziere sprachen mit inhaftierten PKKlern. In diesem Artikel berichtet Günay Aslan unter Angabe von Zeiten, Akteuren und Inhalten von den offenen sowie geheimen Gesprächen zwischen der türkischen Republik und der Arbeiterpartei Kurdistan.

Die Türkei durchlebt eine kritische Phase. Die seit 25 Jahren im Kriegszustand verharrende kurdische Frage entwickelt sich heutzutage zu einer „türkisch-kurdischen Frage". Die Situation hat jeden, der Mitspracherecht in Bezug auf das Schicksal des Landes hat, an den Punkt gebracht, sich in der kurdischen Frage neu zu entscheiden.

Bedauerlicherweise sieht es nicht sehr erfreulich aus. Der türkische Generalstabschef Başbuğ erklärt, an dem Punkt angekommen zu sein, an dem Worte versagen. Er bedroht den Norden mit dem Süden, den Abgeordneten mit kommunalen Verantwortlichen. Die AKP-Regierung stellt sich anscheinend zum einen zu den Generälen, zum anderen gegen sie. Die Regierung wählt wie immer den „Mittelweg". Die CHP kann die Fesseln, die das System ihr angelegt hat, nicht lösen. Sie kann nicht aus der Position der Staatspartei in eine Partei des Volkes übergehen. Die MHP macht Druck hinsichtlich der „Ausrufung des Ausnahmezustandes" und der „Bodenoffensive" gegen den Irak. Die BDP führt dagegen einen „Demokratie- und Friedenskampf".

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Schriftsteller, Intellektuelle und andere Menschen fordern ein Ende des schmutzigen Krieges. Das Interesse der Öffentlichkeit ist hierdurch erneut auf Öcalan und die PKK gerichtet. Die überwiegende Mehrheit der Gesellschaft in der Türkei erwartet von der Türkei einen neuen „Waffenstillstand". Öcalan und die PKK beharren aber auf einem beidseitigen. Die kurdische Seite fordert ein Ende der militärischen Angriffe. Ansonsten hat ein Waffenstillstand keine Bedeutung.

In dieser kritischen Phase wird am meisten über das Thema der Verhandlungen mit der PKK diskutiert. Es gibt Unterstützer sowie Gegner. Letztere sagen, dass dies „in keinster Weise möglich" sei, „der Staat nicht mit der PKK verhandeln" werde.

In diesem Artikel werde ich unter Angabe von Zeiten, Akteuren und Inhalten von den offenen sowie geheimen Gesprächen zwischen der türkischen Republik und der Arbeiterpartei Kurdistan berichten. Ich werde das Augenmerk auf einige Geschehnisse nach solchen Gesprächen oder Waffenstillständen richten.

Yıldıray Oğur von der Zeitung Taraf hat diesbezüglich zwei Kolumnen verfasst (am 6. und am 8. Juli). Er schrieb über die Phase des Waffenstillstandes, den die PKK am 1. September 1998 verhängt hatte, und stellte eine Verbindung her zur Phase um den 28. Februar[1]. In der Überschrift seines ersten Artikels heißt es „Solidarität von Generalstab und PKK", in der zweiten Kolumne dann nicht „Solidarität", sondern „Treffen".

Ich denke, dass „Treffen" objektiver ist. Es ist falsch, von einer Solidarität zwischen PKK und Generalstab zu sprechen. Den gerechten, menschlichen, nationalen und demokratischen Kampf der Kurden mit „Ergenekon" zu überschatten, stimmt die Kurden als Opfer von Ergenekon traurig. Dies schadet auch einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage.

Wenn ein Beweis vorliegt, so sollte dieser veröffentlicht werden. Die Haltung der PKK und Öcalans diesbezüglich ist klar. Sie haben oft die Veröffentlichung entsprechender Beweise gefordert. Öcalan hat den Staatsanwälten von Ergenekon zahlreiche Anträge geschickt. Diese wurden jedoch missachtet.

Zwischen der türkischen Republik und der PKK fanden in den vergangenen 25 Jahren zahlreiche Treffen und Gespräche statt. Deren Inhalte und die Ergebnisse wurden seitens der PKK veröffentlicht.

Der türkische Staat profitiert von dem kurzen Gedächtnis der Gesellschaft der Türkei. Daher behauptet er: „Wir sprechen nicht mit denen, wir betrachten sie nicht als Gesprächspartner." Die Archive weisen jedoch darauf hin, dass es seit Kriegsbeginn zwischen der PKK und der Türkei „Gespräche" gab. Mich verwundert dies nicht.

Denn dies zeigt, wie wichtig der Staat diese Frage nimmt und wie „vielseitig" er an ihr arbeitet. Doch muss auch die Frage beantwortet werden, warum sie trotz der Gespräche den Konflikt nicht lösen konnten. Die Antwort muss man meiner Meinung nach in den "internen Interessenkonflikten" und der „Internationalisierung des Problems" suchen.

Termine und Akteure der Treffen

Die ersten Treffen zwischen der PKK und der türkischen Republik fanden nach den Angriffen der PKK 1984 auf Dihê (Eruh) und Şemzînan (Şemdinli) statt. Zahlreiche vom Generalstab beauftragte Offiziere führten Gespräche mit inhaftierten PKK-Kadern. Viele von ihnen waren führende Offiziere und diskutierten periodisch mit den PKK-Kadern darüber, wie die kurdische Frage gelöst werden könne. Dies waren selbstverständlich keine „offiziellen" Gespräche. Daher gab es keine Protokolle.

Zwischen 1988 und 1991 entsandte der Staat zahlreiche Vermittler zu Öcalan. Keiner von ihnen war offizieller Staatsvertreter. Daher erklärte Öcalan der Presse: „Der Staat soll keine Scheu haben und für Gespräche einen Offizier schicken."

Anstelle eines Offiziers wurde Talabani geschickt. 1993 entsandte der damalige türkische Staatspräsident Özal den jetzigen Präsidenten des Irak, Celal Talabani, zu Öcalan. Der rief auf Vorschlag Özals am 17. März 1993 einen 25-tägigen Waffenstillstand aus. Am 16. April verlängerte er ihn auf Wunsch Özals.

Jedoch starb Özal am 17. April 1993 unter zweifelhaften Umständen. Der Waffenstillstand endete nach dem Tod von 33 Soldaten beim „Bingöl-Angriff" der PKK[2]. Başbuğ erklärte in den vergangenen Tagen, dass zu diesem Zeitpunkt die Pipeline Baku-Ceyhan aktuell gewesen sei und die Aktion der Sabotage dieses Projektes gedient habe.

Doch er nannte weder Gründe für die Fortführung der Angriffe auf die Guerilla trotz einseitigen Waffenstillstands noch für die Entsendung 33 unbewaffneter und schutzloser Soldaten trotz „Vergeltungsbeschlusses" der PKK. Er erwähnte auch nicht, dass der Kommandant, der die Soldaten zum Aufbruch gezwungen hatte, als Angeklagter im Ergenekon-Prozess in Silivri inhaftiert ist.

Der zweite Vorschlag kam von Çiller

1995 schaltete sich dann Tansu Çiller ein. Die Ministerpräsidentin hatte den ehemaligen Verteidigungsminister Ercan Vuralhan zu ihrem Berater erkoren. Der überbrachte Talabani bei einem geheimen Treffen in der ersten Märzwoche 1995 eine Nachricht, in der sie von Öcalan einen „Waffenstillstand" forderte. Dies teilte Talabani am 14. März 1995 in einem Brief Öcalan mit. Er ergänzte: „Tansu Çiller will eine politische Lösung."

In seinem Brief nannte er auch ihre Forderungen. Die PKK solle einen Waffenstillstand für ein Jahr ausrufen, in dieser Zeit keine Gewaltaktionen ausführen und erklären, dem Terror abzuschwören!

Der PKK-Vorsitzende Öcalan ließ Çiller über Talabani einen Brief zukommen. Er forderte zunächst einen „Dialog" und erklärte, zu einem Waffenstillstand bereit zu sein, wenn die Angriffe gegen die PKK und die Bevölkerung beendet werden würden.

Auch der ehemalige Außenminister Hikmet Çetin von der SHP, die mit Çiller koalierte, war beteiligt. Er hatte den in London lebenden Journalisten Kamuran Karadağ als „Vermittler" ausgewählt. Dieser hatte sogar „im Namen des Staates" für eine politische Lösung von der PKK ein Ende des Krieges verlangt.

Öcalan forderte von Çetin am 11. Mai 1995 schriftlich erneut einen gegenseitigen Dialog und kündigte eine bedeutende Antwort auf die Lösungsbestrebungen an. Diese folgte am Jahresende.

Am 15. Dezember 1995 erklärte der PKK-Vorsitzende in einer von mir moderierten Sendung in MED-TV einen Waffenstillstand.

Beinahe wäre der Satellit unseres Senders abgestürzt; von einem Militärstützpunkt in der Türkei aus wurde er mit Störsignalen attackiert. Dennoch wurde die Erklärung abgegeben. Die PKK hatte zum zweiten Mal einen Waffenstillstand ausgerufen und den Kampf einseitig eingestellt.

Doch unmittelbar danach kam es zum Massaker von Basê (Güçlükonak) [*Provinz Şırnak*]. Am 15. Januar 1996 wurde dort zunächst ein Kleinbus beschossen und dann verbrannt. Hierbei starben 11 kurdische Dorfbewohner. Der Generalstab beschuldigte sofort die PKK. Doch nach kurzer Zeit stellte sich der [*Gendarmeriegeheimdienst*] JITEM als wahrer Täter heraus!

Im Anschluss folgte die Nachricht über einen Anschlag auf Öcalan. Çiller hatte dafür den Polizeipräsidenten Mehmet Ağar und den stellvertretenden Leiter der Sondereinheiten der Polizei [*Özel Harekat Dairesi Başkanlığı*], Ibrahim Şahin, jetzt Angeklagter im Ergenekon-Prozess, beauftragt.

Çiller ging, Yılmaz kam, der „Vermittler" wechselte

Çiller hatte einen „Waffenstillstand" gefordert, Öcalan einen „gegenseitigen Dialog". Darauf folgte erst ein Waffenstillstand, dann ein Anschlag. Nach den Wahlen 1995 wurde die DYP-SHP-Regierung von der ANAP-DYP-Regierung abgelöst. Jetzt war Mesut Yılmaz Ministerpräsident.

Auch er wurde wie andere Führer durch die aus der kurdischen Frage resultierenden Probleme unter Druck gesetzt. Unmittelbar nach Amtsantritt klopfte er an die Tür der PKK. Die Schriftstellerin Alev Alatlı, „persönliche Beraterin" von Yılmaz, suchte zu diesem Zweck Europa auf.

Alatlı traf sich am 16. März 1996 in Brüssel mit dem Europaverantwortlichen der PKK, Abdurrahman Çadırcı. Sie war gekommen, um über die Bedingungen für eine politische Lösung zu sprechen. Die Frage Çadırcıs, ob der Generalstab von dem Treffen Kenntnis habe, bejahte sie.

Die erste Runde der Gespräche verlief „erfolgreich". Beim nächsten Mal sollte sie zu Öcalan. Beide Seiten sollten in bestimmten Abständen ihre Gespräche fortsetzen. Doch dann kam es zu einem neuen Anschlag. Am 6. Mai 1996 wurde ein mit C4-Sprengstoff gefüllter Kleinbus in der Nähe der PKK-Akademie in Damaskus gesprengt. Yeşil[3] hatte diese Aktion geplant. Der Kleinbus war auf Öcalans Fahrtroute abgestellt. Der befand sich zu dieser Zeit nicht in der Schule, aber die Botschaft war deutlich.

Öcalan äußerte noch am selben Abend im Fernsehen: „Wir reden von Frieden und Geschwisterlichkeit und fordern ein

Ende des Krieges, die Antwort sind Bomben.“ Da er Yılmaz für den Anschlag verantwortlich machte, ist Alatlı nicht noch einmal zur PKK gekommen.

Das Treffen Netanyahu/Karadayı sowie der Brief Erbakans

In der Türkei gab es keine politische Stabilität, eine Regierung ging, die andere kam. Nach dem Scheitern der ANAP-DYP-Regierung kam die Refahyol-Regierung. Erbakan wurde Ministerpräsident, Çiller Vize. Unmittelbar nach Amtsantritt fand die Erbakan-Regierung das Militär gegen sich. Der Generalstab legte ihr die Akte „Bilaterale Militärvereinbarungen mit Israel“ vor.

Generalstabschef Karadayı war nach Israel gereist. Dort war Netanyahu Ministerpräsident. Dabei waren (am 25.02.1997) zahlreiche Militärabkommen unterzeichnet worden, deren Inhalt selbst den Regierungen verschwiegen wurden. Dennoch wurde alles genehmigt.

Die Armee hatte ein neues Nationales Militärstrategisches Konzept (MASK) entwickelt. Demnach waren Syrien und der Iran die „Gefahren von außen“. Im November 1997 wurde es in das „Nationale Sicherheitspolitik“-Papier (MGSB) geändert. Der politische Islam war nun der Hauptfeind.

Zu der Zeit ließ Erbakan Öcalan ein Schreiben zukommen, in dem es hieß: „Die Gewalt soll enden, lasst uns die Probleme im Dialog mit unseren kurdischen Geschwistern lösen.“ Öcalan antwortete positiv, so dass Erbakan einen Schriftsteller und einen Abgeordneten als „Vermittler“ delegierte.

Erbakan schickte seinen Brief auf „offiziellem“ Wege über die syrische Regierung. Der Generalstab wusste davon. Zu diesem Zeitpunkt gab es sowieso Gespräche zwischen Generalstab und PKK, von denen der Ministerpräsident scheinbar nichts ahnte.

Der Generalstab interveniert aktiv

Gespräche auf militärischer Ebene fanden weiterhin statt. Diesmal klopfte das Militär an die Tür der PKK. Auf Empfehlung eines kurdischen Unternehmers kam der Stabsoffizier H. D. aus der Armeeabteilung für gesellschaftliche Beziehungen nach Europa und traf sich mit dem Europa-Verantwortlichen der PKK, Şahin Cilo. Der Generalstab hatte auch im Vorjahr vorgefühlt. Jetzt gab es von zwei Seiten aus Gespräche. Ein Stabsoffizier wurde nach Europa geschickt, ein anderer traf sich mit dem Gefängnis-Verantwortlichen Sabri Ok. Vermittelt wurden diese Gespräche von Rechtsanwalt Selim Okçuoğlu.

Der Generalstab sprach von einer „Chance für eine neue Führungsebene“ und von einer „umfassenden Veränderung“. „Der Staat ändert sich, alles wird anders und die Angelegenheiten werden ihren Weg finden“, hieß es. Die PKK müsse in dieser historischen Situation ihren Beitrag zur Veränderung des Staates leisten.

Demnach sollte die PKK zunächst einen Waffenstillstand ausrufen. Im nächsten Schritt sollte sie ihre politischen Forderungen überdenken, ihre separatistischen Forderungen zurückziehen und eine gemeinsame Lösung bevorzugen. Sie sollte sich um die Wiederbelebung der auf der türkisch-kurdischen Geschwisterlichkeit basierenden Gefühle von 1920 bemühen. Der dritte Schritt sei der Botschaft des Generalstabs zufolge die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Dies sollte auf beiden Seiten geschehen!

Die PKK antwortete, die militärischen Angriffe müssten beendet und das Dorfschützer-System, der JITEM sowie die Medienzensur aufgehoben werden. Es müssten die Bedingungen für eine friedliche Lösung geschaffen werden und ebenso für eine Generalamnestie. Der Generalstab stimmte zu. Auf dieser Basis wurden die Gespräche zwischen der PKK und der Armee fortgeführt.

Diese Phase wurde sehr detailliert in der von mir wöchentlich jeweils sonntags moderierten TV-Sendung, an der auch Öcalan telefonisch teilnahm, diskutiert. Er war sich nicht sicher, ob diese Gespräche ernsthafte Ergebnisse hervorbringen würden. Er war eher besonnen. Die Geschehnisse seit 1993 waren offensichtlich. Er wollte dennoch keinen Bruch.

Yalçın Küçük[4], der damals an diversen Sendungen von MED-TV teilnahm, kündigte eine baldige, für die PKK wichtige Erklärung des Generalstabs an. Der damalige Stabschef der Marine, Güven Erkaya, sagte darauf am 5. Februar 1998: „Fortschrittsfeindlichkeit ist gefährlicher als die PKK.“

Die Türkei, so war daraus ersichtlich, sei in eine neue Phase getreten. Jetzt stehe der Kampf mit den Reaktionären im Vordergrund. Öcalan wurde vermittelt, dass eine neue Türkei begründet werde. Die Botschaften gingen in diese Richtung. Auch die politischen Ereignisse ließen dies vermuten.

Öcalan bearbeitete zu der Zeit häufig die Gründungsphase der Republik im Sinne der türkisch-kurdischen Geschwisterlichkeit. Er betonte stets die Wichtigkeit der kemalistischen Revolution und äußerte zu jeder Gelegenheit die Bereitschaft, die neue Türkei gemeinsam zu gründen.

Die Ereignisse um den 28. Februar

1997 [*im türk. Original: 1998*] fiel die kurdische Frage von der Tagesordnung und die „Fortschrittsfeindlichkeit“ stand im Vordergrund. Am 28. Februar traf sich der Nationale Sicherheitsrat und pochte auf den „Laizismus“. Am 21. Mai wurde das Schließungsverfahren gegen die Refah Partisi eröffnet, am 17. Juni trat Erbakan zurück.

Diese Ereignisse haben wir intensiv verfolgt und besprochen. Wenn die Armee einen Schritt tat, tat auch Öcalan einen. Während die Armee sagte, die PKK stelle nicht die eigentliche Bedrohung dar, erklärte Öcalan, die kemalistische Revolution müsse vollendet werden. Praktisch aber geschah das Gegenteil.

Der Krieg dauerte an und weiterhin starben Menschen. Nach der Festnahme Şemdin Sakıks am 13.04.1998 verschärfte die Türkei ihren politischen Druck auf Syrien.

Am 30. Juni [1997] wurde unter Mesut Yılmaz als Ministerpräsident eine neue Regierung gebildet. Anfang Juli moderierte ich mit meiner Kollegin Yıldız Şimşir eine Sondersendung in MED-TV, an der Öcalan per Telefon teilnahm. Wir

sollten auch einen Telefongast aus Ankara haben. Es sollte der Gesprächsführer sein.

Das Programm wurde eröffnet, wir sprachen mit dem PKK-Vorsitzenden, diskutierten über die Phase, doch aus Ankara kam niemand. Nur ein Fax. Das habe ich gelesen. Es trug den Briefkopf einer unbekannten Nachrichtenagentur. Es war, wenn ich mich nicht irre, die Ankara Ay Ajans. In diesem Schreiben wurde nach der Wiederholung der bekannten Vorschläge verlangt, dass Öcalan seinen Aufenthaltsort verlassen müsse.

Nachdem ich das Fax gelesen hatte, gab ich Herrn Öcalan das Wort. Er antwortete: „Wenn Ankara ausreichend Lösungswillen zeigt, werden wir die hier überzeugen. Mein Aufenthaltsort sollte kein diplomatisches Problem werden, auf diesen Raum sollte kein Druck ausgeübt werden." Es kam ein zweites Fax: „Solange Öcalan in Syrien ist, wird es keine Lösung geben."

Es zeichnete sich ein Widerspruch ab. Die Faxe müssten sich im Archiv von MED-TV befinden. Wir haben nach der Faxnummer geforscht, jedoch ergebnislos. Es war, als ob eine solche Nummer nicht existierte! Dem Namen der Nachrichtenagentur begegnete ich einige Wochen später im Zusammenhang mit einer Nachricht über die zypriotischen Türken.

Der Waffenstillstand vom 1. September

Öcalan schöpfte Verdacht, dass die Gegenseite ein doppeltes Spiel spiele. Diese Zweifel diskutierte er mit seiner nahen Umgebung. Er wollte keinen überstürzten Waffenstillstandsbeschluss treffen. Zu dieser Zeit kamen neue Botschaften. Ende Juli machten wir gemeinsam mit Yalçın Küçük eine Sondersendung. Er sagte mir im Voraus, dass wir uns gut auf die Sendung vorbereiten sollten, da sie vom Lager des Generalstabs verfolgt werden würde. Dieselben Informationen waren auch zu Herrn Öcalan gelangt.

Nach der Eröffnung des Programms gab ich das Wort an Küçük. Er sagte: „Ich weiß, heute Nacht schauen uns unsere Generäle zu", und es folgte eine lange Bewertung. Ihm zufolge gab es in Ankara, vor allem innerhalb der Armee, „Andersdenkende". Seine Äußerungen zielten darauf ab, deren Sorgen zu nehmen!

Natürlich hatten wir und Herr Öcalan eine klare Meinung zu Küçük und seinen möglichen Kontakten zur Armee. Er wollte zudem die kurdische Bewegung „politisch lenken". Kücük eröffnete seinen eigenen Worten nach „den Verstand des Staates"! Er wiederholte: „Mein Staat war hinsichtlich der PKK und der Kurden unwissend, bis er zu mir kam."

Diese Dinge waren bekannt. Jeder hatte seine Rechnung aufgemacht. Die kurdische Seite war sich dessen bewusst und hatte ihre eigene.

Am 21. August 1998 kam eine neue Botschaft vom Generalstab: Die Medienzensur sei aufgehoben und ein Waffenstillstand werde erwartet.

Am 28. August gab es eine Fernsehsendung, an der Mitarbeiter von Medien wie NTV, ATV, Hürriyet und Milliyet teilnahmen. In der Zeitung Yeni Özgür Politika habe ich die Details der Sendung berichtet. Auch Yıldıray Oğur schrieb darüber. Öcalan verkündete den geforderten Waffenstillstand.

Doch passierte am 6. September genau das Gegenteil. Ministerpräsident Mesut Yılmaz war nach Israel gereist und nach seinem Gespräch mit Netanyahu bezeichnete er Syrien in seiner Presseerklärung aufgrund der Unterstützung separatistischen Terrors als feindlichen Staat.

Anschließend sprach Öcalan von einem „falschen Spiel". Aber der Waffenstillstand war erklärt. Am 14. September dann erneut eine Botschaft des Generalstabs. Dieser werde die Gespräche bis auf Weiteres einstellen.

Die Phase von 1999 bis 2002

Das Folgende ist bekannt. Auf Druck der USA verließ Öcalan Syrien. Nach monatelangem internationalem Druck und Verfolgung wurde er in Kenia gefangen genommen und an die Türkei ausgeliefert. Karadayı war inzwischen im Ruhestand, Kıvrıkoğlu hatte seinen Posten eingenommen.

Die Gruppe um Karadayı/Kıvrıkoğlu hatte den Befehl zu Gesprächen gegeben. Öcalan erklärte gegenüber seinen Anwälten, dass man im Auftrag Kıvrıkoğlus wiederholt Gespräche mit ihm geführt habe. Auch, dass Kıvrıkoğlu und Ecevit im Hinblick auf eine Lösung aufrichtig gewesen seien. Laut Öcalan sei die „Rahşan-Amnestie"[5] aus diesem Grunde auf die Tagesordnung gekommen, jedoch später abgeändert worden. Die Auflösung der Ecevit-Regierung stehe in engem Zusammenhang damit.

Wir wissen nicht, ob dies so war. Wir wissen jedoch, dass die Türkei stets schwere Erschütterungen erlebt hat, wenn sie begann, Gespräche mit der PKK zu führen. Manche Beobachter bezeichnen diese Gespräche als „doppeltes Spiel". So viel „Spiel" ist mir zu viel. Auch heute geschieht nichts, was es in der Vergangenheit nicht gab. ♦

Fußnoten:

1) 28. Februar 1997, „postmoderner Putsch": Ultimatum des Nationalen Sicherheitsrats MGK an die „Refahyol"-Regierung (Koalition von Refah Partisi und DYP unter Ministerpräsident Erbakan) gegen die „drohende islamistische Gefahr".

2) Am 23. Mai 1993 ließ der 1998 von der PKK geflohene Guerilla-Kommandeur Şemdin Sakık 33 unbewaffnete Soldaten töten.

3) Mahmut Yıldırım; ehemaliger Killer in Diensten der Kontraguerilla.

4) Türkischer Publizist, der 1993 mit Abdullah Öcalan in der Bekaa-Ebene geführte Gespräche veröffentlichte.

5) „Gesetz Nr. 616 über bedingte Freilassung und Strafaussetzung" von 2000, durch das bisher Zehntausende Gefangene freikamen; auch als „Rahşan-Amnestie" bekannt, weil es vornehmlich von Rahşan Ecevit, der Frau des Ministerpräsidenten, befördert worden war.

Chemiewaffeneinsatz und Verstümmelung von Leichnamen gefallener Guerillas

Kriegsverbrechen der türkischen Armee

Michael Knapp, Kurdistansolidaritätskomitee Berlin

Die Berichte über den Einsatz chemischer Waffen in den kurdischen Bergen reißen seit Beginn der 1990er Jahre nicht ab. Allerdings ist der konkrete Nachweis immer wieder schwer, obwohl es deutliche Indizien gibt, die dafür sprechen, da das Militär den Zugang zu entsprechenden Informationen durch Sperrgebiete und Repression behindert und so die Kriegsverbrechen zu verschleiern versucht. Aus dem Jahr 1986 gibt es eine nie dementierte Anordnung des türkischen Generalstabs, der den Einsatz chemischer Waffen in bestimmten Situationen empfiehlt.

Ein aktueller Fall eines solchen Kriegsverbrechens konnte jedoch durch die Hinzuziehung von Bildern verstorbener Guerillas dokumentiert und mit großer Wahrscheinlichkeit verifiziert werden.

Nach Ergebnissen einer Menschenrechtsdelegation, die im März dieses Jahres die kurdische Provinz Colemêrg (Hakkari) bereiste, wurden nahe der türkisch-irakischen Grenze zwischen dem 8. und dem 15. September letzten Jahres acht Menschen Opfer eines Einsatzes von chemischen Substanzen durch das türkische Militär.

AugenzeugInnen berichteten von dem Vorfall und beschrieben, dass Soldaten gasförmige, allem Anschein nach chemische Waffen in Form von Geschossen in eine Höhle in der Nähe der türkisch-irakischen Grenzstadt Çelê (Çukurca) (Provinz Colemêrg) einbrachten und wenige Zeit später acht Menschen, Mitglieder der kurdischen Guerilla, aus dieser Höhle bargen. Einige der bereits leblosen Körper wurden daraufhin zusätzlich von Panzerfahrzeugen überfahren und/oder erschossen.

Bei den Toten handelt es sich um Rızgar Aşkan, Aziz Özer, Ramazan Yıldız, Kahraman Şex Ali, Yahya Musazade, Salih Güleç, Aliye Timur und Hanife Ali, im Alter von 19 bis 33 Jahren.

Mitglieder der Delegation legten die Bilder der Leichname der Gefallenen in Deutschland ForensikerInnen und BildfälschungsexpertInnen vor, wobei deren Echtheit bestätigt wurde und deutliche Hinweise auf den Einsatz chemischer Waffen festgestellt werden konnten. So weisen die Leichname beispielsweise großflächige Verbrennungen auf, wobei jedoch die Körperbehaarung deutlich intakt blieb. Dies schließt eine Hitzeeinwirkung bei den Verbrennungen aus und ist ein deutlicher Hinweis auf chemische Mittel. Für weitere Verbrechen wie das Verstümmeln der Leichname durch Überfahren mit schweren Fahrzeugen gibt es an den Leichen ebenfalls Spuren.

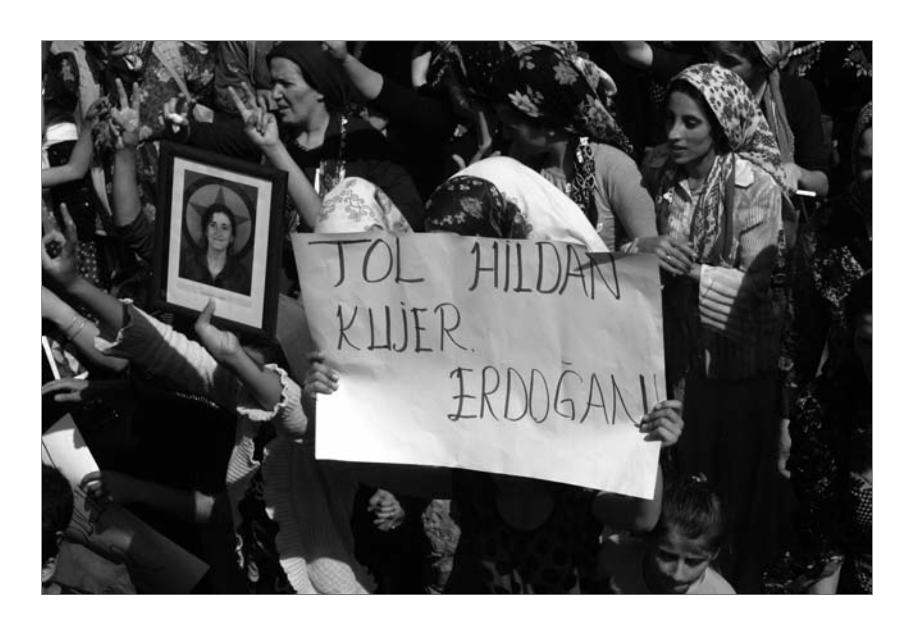
Die Bilder wurden zusammen mit den Gutachten am 23.07.2010 auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt. An der Konferenz nahmen unter anderem der Delegationsteilnehmer Martin Dolzer und das Mitglied des Europarates und des Bundestages für die Partei „Die Linke“ Andrej Hunko teil.

„Das Gutachten der Hamburger Gerichtsmedizin bestätigt die uns übermittelten Augenzeugenberichte. Es wird deutlich, dass die türkische Armee gegen die von der Türkei ratifizierte Chemiewaffenkonvention (CWK) verstößt. Hierbei handelt es sich um gravierende, zu verurteilende Menschenrechtsverletzungen und ein Kriegsverbrechen“, so der Soziologe und Türkeiexperte Martin Dolzer, der an der Menschenrechtsdelegation teilgenommen hatte.

Andrej Hunko bewertete die Bilder juristisch und erklärte: „Dieser Vorfall muss untersucht und aufgeklärt werden. Die Verwendung chemischer Waffen ist für Unterzeichnerstaaten der CWK verboten. Sollte sich der Vorwurf eines Chemiewaffeneinsatzes erhärten, muss dies Konsequenzen durch den Executive Council der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) nach sich ziehen. Die Türkei ist wie alle anderen Unterzeichnerstaaten verpflichtet, sämtliche chemischen Waffen zu deklarieren und abzubauen.“

Die Berichte der AugenzeugInnen spiegeln Methoden wider, die in einem Befehl des türkischen Generalstabs vom 25.02.1986 empfohlen wurden. In dem 1989 in der Zeitung „Ikibine Doğru“ veröffentlichten und vom damaligen Oberbefehlshaber Necdet Öztorun unterzeichneten Befehl heißt es, Tunnel und Höhlen könnten u. a. zerstört werden durch „a) den Einsatz von Giftgas und b) den Einsatz giftiger Insekten, die speziell gezüchtet werden“. Im selben Befehl heißt es auch „c) Gas, Bomben und ABC-Waffen: nebel- und branderzeugende Waffen, Tränengas und Brechreiz erregende Gase werden, wenn notwendig, von befreundeten Streitkräften benutzt.“ An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass der Einsatz von Tränengas in einer kriegerischen Auseinandersetzung gegen das Kriegsrecht verstößt (u. a. gegen die von der Türkei 1974 ratifizierte Biowaffenkonvention).[1]

Schon am 11. Mai 1999 setzte das türkische Militär CS-Gas gegen Guerillas in einer Höhle in der Nähe von Şirnex (Şırnak) ein. Mindestens 20 Personen starben bei diesem Angriff. Ein deutscher TV-Journalist konnte einen Splitter der eingesetzten Granaten sicherstellen. Eine Analyse des Forensischen Instituts der medizinischen Fakultät an der Universität in München identifizierte das CS-Gas. Der Geschosssplitter



Beerdigung einer Guerillakämpferin in Şemzînan (Şemdinli): „Tolhildans Mörder Erdoğan“
Foto: DIHA

konnte einer CS-Gas-Granate der deutschen Firma Buck, die mit einer offiziellen Exportlizenz der Bundesregierung an die Türkei verkauft worden war, zugeordnet werden.[2]

Hinweise auf den Einsatz chemischer Waffen gibt es in den letzen Wochen und Monaten mit der Ausweitung des Krieges immer wieder. So wurden beispielsweise am 11. Mai 2010 Brandbomben, die mit hochgiftigem weißem Phosphor bestückt waren, nach AugenzeugInnenangaben über landwirtschaftlich genutzten Flächen in der Provinz Dersim abgeworfen. Es existieren Aufnahmen, auf denen detonierende Bomben zu sehen sind, die den abgeworfenen Phosphorbomben bei der Gaza-Operation Israels am 27.12.2008 gleichen, welche von der Times als Phosphorbomben des US-amerikanischen Typs M825A1 identifiziert worden waren.[3] Der hochgiftige weiße Phosphor kann schwere Gesundheitsschäden bis hin zum Tod hervorrufen.[4]

Auch bei den Angriffen auf die Region Kandil setzt die türkische Armee immer mehr auf solche Waffen. So wurden nach regionalen Quellen bei einem Luftangriff durch das türkische Militär landwirtschaftliche Flächen mit Napalm bombardiert. Dabei wurden mindestens zwei Häuser zerstört und große Mengen Vieh getötet. Durch einige der abgeworfenen Bomben entstanden sofort Flächenbrände. Die Bevölkerung fordert, dass der Angriff untersucht werden müsse.

Nach einem weiteren Bombardement Anfang Juli 2010 durch das türkische Militär leiden mindestens 45 Personen an den verschiedensten Beschwerden. In dem Dorf Warte in der Gegend von Diyana wurde nach Klagen eine Untersuchung begonnen, die ergab, dass auch in anderen Regionen, in den Dörfern Perdesan und Zergeli, bisher mindestens 45 Personen nach dem Bombardement an für B-Waffen typischen Symptomen wie Erblindung, Schädigung der Stimmbänder und Brustschmerzen leiden. Die Gesundheitsverantwortlichen erklärten, dass der Verdacht bestehe, dass bei der Bombardierung der Dörfer verbotene Waffen zum Einsatz kamen. Außerdem wurde festgestellt, dass nach den letzten Bombardierungen die Auswirkungen wesentlich größer gewesen und beispielsweise alle Pflanzen im Wirkungskreis der Bomben abgestorben seien.[5]

Immer wieder werden Regionen in Süd- wie in Nordkurdistan vom türkischen Militär auch mit konventionellen Waffen bombardiert. Dabei wird insbesondere die Zivilbevölkerung ins Visier genommen, da die Guerilla nicht greifbar ist.

Bei Luftangriffen auf die Region Kandil wurden nach regionalen Angaben in den letzten zwei Jahren mindestens 36 Dörfer zerstört und bei weiteren Dörfern die Bevölkerung zur Flucht gezwungen. Dabei wurden teilweise 1 000kg-Bomben eingesetzt. Allein in den letzten zwei Monaten führte das dazu, dass mehr als 6 500 Menschen vertrieben wurden, die jetzt in Zelten in Flüchtlingslagern unter extremen Bedingungen gezwungen sind zu leben.[6]

Diese Form der Kriegsführung, die auf die Vernichtung der Lebensgrundlagen der kurdischen Bevölkerung zielt, hat in den letzten Monaten eine erschreckend hohe Intensität bekommen. So löste das Militär allein in den letzten eineinhalb Monaten mehr als 61 Waldbrände durch Artillerie- und Luftangriffe aus und behinderte vielerorts das Löschen. Alltäglich sind mittlerweile Meldungen über getötetes Vieh bei den Operationen. Bei den Bränden verloren in den letzten zwei Monaten mindestens zwei Personen ihr Leben, mindestens zwei weitere ZivilistInnen bei Bombardierungen durch die türkische Armee.

Bei dem von der Delegation dokumentierten Fall werden zwei Faktoren deutlich:

1. der Einsatz chemischer Waffen und
2. die Verstümmelung und Misshandlung der Körper gefallener GuerillakämpferInnen und solcher, die dafür gehalten werden.

Diese Form der psychologischen Kriegsführung gegen die kurdische Bevölkerung durch Schändung der Leichen gefallener Guerillas hat eine lange Tradition im türkischen Militär. 1995 gingen Bilder um die Welt, als türkische Soldaten mit den abgeschnittenen Köpfen von Guerillas posierten. Dass solche und ähnliche Praktiken der psychologischen Kriegsführung nicht der Vergangenheit angehören, zeigt die aktuelle Häufung neuer vergleichbarer Kriegsverbrechen.

So konnte die Menschenrechtsdelegation ebenfalls u. a. einen Fall aus der Region Çaldıran [*siehe auch Kurdistan Report Nr. 150*] dokumentieren, bei dem am 07.10.2009 zwei Guerillakämpfer und ein Gymnasiast zu Tode gefoltert und schwer verstümmelt worden waren. Die Systematik dieser in den 90er Jahren alltäglichen extralegalen Hinrichtungen und schweren Verstümmelungen von Guerillaleichnamen zeigen weitere aktuelle Beispiele. So sind erst Anfang August in Colemêrg mindestens drei Guerillas lebend gefangen genommen und dann erschossen worden.[7] Es gibt etliche weitere Ereignisse dieser Art, bei denen die KämpferInnen zu Tode gefoltert wurden.

An mindestens 22 Leichen von während Gefechten im Juli 2010 gefallenen Guerillas in Sêrt (Siirt), Gümüşhane, Amed (Diyarbakır) und Şemzînan (Şemdinli) wurden Folterspuren festgestellt. Nach Berichten und Bildern waren verschiedene Misshandlungen an den Leichen festzustellen, u. a. zertrümmerte Schädel, ausgestochene Augen, abgetrennte Gliedmaßen.

Nach Informationen von Akın Birdal, des Trägers des Menschenrechtspreises von amnesty international, waren die Gesichter von sechs der Leichen in Sêrt bis zur Unkenntlichkeit verbrannt, was entweder auf Verbrennungen oder Verätzungen schließen lässt.

Bei einigen der Toten drängte sich BeobachterInnen der Verdacht auf, dass die Verletzungen prämortal zugefügt wurden, insbesondere bei dem am 23.06.2010 getöteten Hamit Ulaş. Er war nach Aussagen seines Bruders verletzt, aber lebend aus einer Wohnung heraus festgenommen worden. Sein Bruder war Zeuge der Festnahme. Am toten Körper von Ulaş wurden schwerste Verletzungen festgestellt, wie zum Beispiel, dass ihm die Augen ausgestochen worden waren. Ob diese Verletzungen vor oder nach dem Tod zugefügt wurden, ist dabei nicht deutlich.[8]

Immer wieder sind in der jüngeren Vergangenheit die Leichen der Gefallenen, u. a. in Sêrt, nicht den Familien übergeben, sondern vom Militär verscharrt worden. Auf diese Weise sollen die Familien der Gefallenen zusätzlich gedemütigt und demoralisiert werden.

Trotz dieser Kontinuität von schwersten Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen tritt die beabsichtigte Demoralisierung der Bevölkerung nicht ein. Die Bevölkerung bekennt sich zu Zehntausenden entschlossen zu ihren Gefallenen. Sowohl die verstümmelten Leichen in Sêrt als auch die drei hingerichteten Guerillas in Colemêrg führten zu tagelangen Aufständen in verschiedensten Städten. An der Beerdigung von vier gefallenen Guerillas am 07.08.2010 in der Kleinstadt Colemêrg nahmen mehr als 20 000 Menschen teil, trotz brütender Hitze und schwerer Repression.

Der Abgesandte des BDP-Vorstandes, Orhan Koparan, erklärte in seiner Rede auf der Beerdigung in Richtung türkischer Regierung: „Während ihr danach dürstet, weitere Leben zu nehmen, das kurdische Volk durch Hinrichtungen auszulöschen versucht, sollt ihr wissen, dass das kurdische Volk für seine Werte bis zum Ende Verantwortung übernehmen wird und auf diesem Wege alles, was nötig ist, wie hoch der Preis auch immer sei, zu geben bereit ist. (…) Wir als Bevölkerung von Colemêrg übernehmen die Verantwortung für diese Kinder, auch wenn ihre Identität nicht geklärt ist, so als wären es unsere eigenen.“ ♦

Fußnoten:
1 http://www.sunshineproject.de/infos/Laenderstudien/Country%20Report%20Turkey.pdf
2 Ebd.
3 Günlük Gazetesi
4 ANF
5 ANF
6 Jake Hess, „Wir leben hier nicht, wir sterben nur nicht“, IPS 04.08.10/ISKU
7 ANF
8 ANF, Yek-Kom



Foto: DIHA

Die Kurden sind sich untereinander nicht einig

Keine Regierungsbildung im Irak möglich

Adem Uzun, 27.07.2010

Am 7. März 2010 fanden im Irak die Wahlen statt, doch bis heute konnte keine Regierung gebildet werden. Während das irakische Parlament in der vergangenen Legislaturperiode über 275 Sitze verfügte, ist die Zahl der Abgeordneten jetzt auf 325 erhöht worden. Für eine Regierungsbildung ist die Zustimmung von mindestens 163 Abgeordneten erforderlich. Aus diesem Grunde reicht weder die Kraft der schiitischen noch die der sunnitischen Fraktion zur Regierungsbildung. Betrachtet man das politische Gleichgewicht im Irak, sieht man, dass die regionalen Kräfte gegen die Interessen und Neustrukturierungsbestrebungen der internationalen Mächte Widerstand leisten und versuchen, den Status quo aufrechtzuerhalten. Daher wird die Regierungsbildung im Irak nicht leicht fallen. Eine Betrachtung der Wahlergebnisse macht dies verständlich.

Die von Iyad Allawi angeführte Liste Irakiya hat bei den Wahlen 91 Sitze errungen. Selbst Schiite, wird er als säkular eingeschätzt und bekam große Unterstützung von Sunniten und ehemaligen Baath-Anhängern. Es scheint, als habe er die Unterstützung der USA und sunnitischer Staaten. Die Rechtsstaats-Koalition unter Führung von Nuri al-Maliki verfügt über 89 Parlamentssitze. Es handelt sich hierbei um eine schiitische Gruppe unter iranischem Einfluss. Die Nationale Irakische Allianz unter Ammar el-Hekim hat in einer gemeinsamen Liste mit der Gruppe von Muktada al-Sadr 70 Sitze, 42 der Abgeordneten gehören zu al-Sadr. Beide Gruppen stehen unter iranischem Einfluss. Die vierte Gruppe machen die 57 kurdischen Abgeordneten aus, die vier verschiedenen Listen (PDK, YNK, der Goran-Bewegung, der Islamischen Bewegung Yekgirtî) zuzuordnen sind. Sie verhalten sich sehr passiv, um möglichst niemand gegen sich aufzubringen und so die Errungenschaften in den autonomen Gebieten nicht zu verlieren. Die irakische Tevafuk-Front stellt sechs Abgeordnete; Cevat Bolani ist der irakische Innenminister. Die übrigen Sitze verteilen sich auf die Turkmenen, die Assyrer und die Yeziden.

In bestimmten Bereichen sind sich Nuri al-Maliki und Ammar el-Hekim uneinig. Es heißt, bezüglich des Ministerpräsidentenpostens. Die el-Hekim-Seite will nicht erneut Nuri al-Maliki als Ministerpräsidenten, sie wünscht sich Ibrahim al-Dschafari oder jemand anderen. Die Rechtsstaats-Koalition beharrt weiterhin auf al-Maliki.

Keine politische Willensbildung der Kurden

Bei der Parlamentswahl 2005 war auf Druck der USA ein Sondergesetz erlassen worden, das den Mitgliedern der Baath-Partei ein Politikverbot erteilte. Dies kam faktisch einer politischen Ausgrenzung der Sunniten gleich. Die Sunniten boykottierten aus Protest dagegen die Wahlen und die Regierungsbildung. Somit wurden die Schiiten erste und die Kurden zweite Kraft im Land. Über sie versuchten die USA, ihre politische Autorität im Irak zu stärken. Jegliche Bemühung der USA konnte die Schiiten nicht vom iranischen Einfluss befreien. Auch die Kurden hatten weder die Kraft noch die Fähigkeit, die von den USA gewünschte Rolle zu spielen. Sie hatten sich auch keiner solcher Mission verschrieben. In der vergangenen Legislaturperiode konnten die Kurden trotz für sie politisch günstiger Situation aufgrund mangelnder politischer Willensbildung ihre Möglichkeiten nicht ausreichend nutzen. Diese Haltung hat sie in der Regionalpolitik in eine noch größere Passivität gedrängt und den USA in der Region ihre Sache nicht erleichtert. Die durch das regionale Kräftegleichgewicht bedingte empfindliche Situation der Kurden verstärkte die US-Unterstützung und führte bei einem militärischen Kräfteverlust der USA zu einer weiteren Schwächung der Kurden in der Region. Die Probleme mit der al-Maliki-Regierung haben die Kurden besorgt gemacht, vor allem im Hinblick auf den Verlust von Errungenschaften. Anstatt dagegen politisch aktiver zu werden, wurden sie zu weiteren Einschränkungen gebracht, auch mit einem föderalen Kurdistan ohne Kirkuk einverstanden zu sein.

Driften die USA zum sunnitischen Gleichgewicht?

Die USA haben die Sunniten und die Baath-Anhänger durch die Aufhebung des politischen Betätigungsverbotes wieder in die politische Arena geholt. Damit zielen sie auf einen Ausgleich gegenüber den zunehmend an Macht gewinnenden Schiiten sowie die Schwächung der die USA bekämpfenden Opposition ab. Die USA haben bei den Wahlen die Liste von Iyad Allawi unterstützt. Diese besteht bekanntlich aus Sunniten und Baath-Leuten und wird zudem von sunnitischen Staaten wie Saudi-Arabien, Ägypten, Jordanien, Syrien und der Türkei unterstützt.

Die Koalition von Nuri al-Maliki, Ammar el-Hekim und Muktada al-Sadr steht, wie bereits erwähnt, unter iranischem Einfluss. Sie haben schon lange engste soziale, politische und kulturelle Bindungen. Es ist äußerst schwierig, sie vom Iran zu lösen. So war bisher keinerlei diplomatische, militärische oder ökonomische Anstrengung der USA in dieser Richtung erfolgreich.

Somit sind die Interessenkonflikte regionaler und internationaler Kräfte im Irak Ursache für das bisherige Ausbleiben einer Regierungsbildung. Auf der einen Seite die von sunnitischen Staaten und den USA unterstützte Liste von Iyad Allawi, dem ehemaligen Baathler, auf der anderen Seite die vom Iran unterstützte Liste von Nuri al-Maliki, Ammar el-Hekim und Muktada al-Sadr. Die Kurden sind sich untereinander nicht einig, mit wem sie eine Koalition eingehen sollen. Während Celal Talabani die Unterstützung al-Malikis wünscht, neigt Mesut Barzani zu Allawi. ♦

Wie wird der Abzug der US-Soldaten den Irak und das Kräftegleichgewicht in der Region beeinflussen?

Südkurden sind die treuesten Verbündeten der USA im Irak

Savas Andok

US-Präsident Barack Obama hat in einer Rede am 2. August 2010 in Atlanta vor Kriegsveteranen den Rückzug amerikanischer Kampftruppen aus dem Irak bis Ende des Monats angekündigt. US-Soldaten würden künftig nicht mehr an operativen Militärbewegungen teilnehmen. Aktuell befinden sich im Irak insgesamt 65 000 US-Soldaten. 50 000 von ihnen sollen bis zum Jahresende verbleiben. Die Anzahl der Soldaten, die bis Monatsende aus dem Irak abgezogen werden sollen, beläuft sich demnach auf 15 000. Bedeutungsvoll ist an diesem Punkt, wo die restlichen Truppen stationiert werden. Vor Kurzem hatte ein US-Militärsprecher angekündigt, dass der Abzug der Truppen aus dem Irak nach Südkurdistan erfolgen werde.

Die USA haben im Irak hohe militärische Verluste erlitten. Jeder weitere Tag bedeutet für sie sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch im Hinblick auf die militärischen Verluste ein Problem. Darüber hinaus gibt es auch keine Rolle mehr, die sie als militärische Kraft im Irak spielen könnten. Insbesondere im schiitischen Süden sowie in der sunnitischen Mitte des Irak haben sie aufgrund des extremen Einsatzes militärischer Gewalt, der zu einem blinden und schmutzigen Krieg geführt hat, die Unterstützung der Bevölkerung zu 95 Prozent verloren. Dabei hatte die Besetzung des Irak durch die USA unter dem Motto „Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit" stattgefunden. Diese Parole war angesichts des Saddam-Regimes ein starkes Argument und genoss kurzfristig auch die Unterstützung der Bevölkerung. Aber aufgrund der angewandten Strategie starben Hunderttausende Zivilisten; jeder Ort, den die US-Truppen betraten, wurde zum Trümmerfeld; Armut, Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit wurden zum Massenphänomen. Drei bis vier Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen. Innerhalb einer relativ kurzen Zeit von sechs Jahren wurden Probleme geschaffen, die diese Aufzählung noch um ein Vielfaches übersteigen. Erstrangig verantwortlich dafür sind die USA. So sehr eine Macht, die als Quelle dieser massiven Probleme gesehen wird, auch in militärischer Hinsicht technisch überlegen ist – ihre Erfolgsaussichten sind gleich null. Deshalb gibt es wiederum militärisch betrachtet keinen Grund mehr für einen weiteren Verbleib der US-Truppen im Irak. Die USA haben die schiitischen und sunnitischen Bevölkerungsgruppen im Irak verloren. Aber aufgrund der hohen Investitionen in Projekte im Irak und im Mittleren Osten können sie auch nicht einfach abziehen.

Vom Einmarsch der US-Truppen im Irak haben am stärksten die Kurden profitiert. Sie konnten ihre Föderation gründen, die Kriegshandlungen dieser Zeit reichten nicht bis in die kurdische Region, arabische, türkische und iranische Investoren wurden aktiv und der Lebensstandard der kurdischen Bevölkerung stieg in einem gewissen Ausmaß. Aus diesen Gründen sind die Kurden mit den USA zufrieden und die Bevölkerung betrachtet die US-Soldaten mit Sympathie. Auch wenn hierüber Diskussionen angefangen haben, sind die treuesten Verbündeten der USA im Irak die Kurden aus dem Süden [*Südkurdistan*].

Vom Einmarsch der US-Truppen im Irak haben am stärksten die Kurden profitiert

Insofern erscheint ein Rückzug der US-Truppen nach Kurdistan als vernünftigste Alternative für die USA. In einem solchen Falle kann es im Irak erneut zu einem ernsten Machtkampf kommen. Der Hauptkonflikt wird zwischen den sunnitischen und den schiitischen Kräften auftreten. Die Kurden werden indirekt, über territoriale Fragen und teilweise den Streitpunkt Kerkuk, in diesen Machtkampf hineingezogen werden. Was die Frage des Zentraliraks angeht, werden sie direkt Teil des Konflikts werden. Ein Rückzug der US-Truppen bedeutet auch, dass das irakische Territorium angreifbarer wird für den Iran und sunnitische arabische Staaten. Der Konflikt wird über diese Kräfte ausgetragen werden. Wenn die USA Interventionen von außen in der kommenden Zeit nicht verhindern, wird der Irak nahezu automatisch in drei sunnitisch, schiitisch und kurdisch geprägte Gebiete geteilt werden.

Das würde bedeuten, dass sie künftig auf Kurdistan beschränkt bleiben. Langfristig würden die in der Region bestehenden Kräfte versuchen, die USA auch aus Kurdistan zu vertreiben. Diese Strategie hätte das Resultat, dass die USA den Mittleren Osten aufgeben.

Über die Alternative, nämlich dass die USA, um im Irak und im Mittleren Osten zu verbleiben, den Iran angreifen und damit schwächen, wird aktuell viel diskutiert. Denn ein Sieg der USA im Irak und in der Region bei gleichzeitigem Bestehen des Regimes im Iran erscheint nahezu unmöglich. Die US-Strategen beschäftigen sich zurzeit mit dieser Option. Dementsprechend könnte es die neue Strategie sein, einen Regimewechsel im Iran herbeizuführen, somit einen zweiten Irak zu schaffen und daraufhin den neuen Entwicklungen entsprechend eine neue Strategie festzulegen.

Auf der anderen Seite bringen viele Strategen einen US-Erfolg bei diesen Plänen mit den Entwicklungen in der Türkei in Verbindung. Es wird ernsthaft darüber diskutiert, dass eine Türkei, in der die kurdische Frage nicht auf demokratischem und friedlichem Wege gelöst ist, kontinuierlich eine Quelle von Problemen in der Region darstellen werde und somit alle Pläne hinfällig machen könne. In breiten Kreisen wird es auch als großes Problem betrachtet, dass der monatelang von der kurdischen Bewegung (PKK) dem türkischen Staat angebotene Waffenstillstand nicht genutzt worden ist. Noch mehr Besorgnis erregt die Tatsache, dass die Verweigerung der Anerkennung demokratischer Rechte für die kurdische Bevölkerung durch den türkischen Staat und damit der Plan, die kurdische Bewegung zu eliminieren, von kurdischer Seite ins Leere geführt wird. Wer in der Region Politik macht, kann sehen, wie der Kampf der kurdischen Bevölkerung in Verbindung mit der geostrategischen Lage Kurdistans die politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Gleichgewichte beeinflusst. Die Türkei, die sich einer politischen Lösung der kurdischen Frage mit der PKK verweigert, wird inzwischen als größeres Hindernis bei der Umsetzung der für die Region vorgesehenen Politik betrachtet als der Iran.

Nach einem Angriff der türkischen Armee auf ein Dorf in Südkurdistan Foto: ANF

Jeder politischen Kraft, die zurzeit Pläne entwirft, ohne das Wohl der Bevölkerung zu berücksichtigen, droht eine Niederlage in der Region. Die Völker der Region, insbesondere der kurdische Befreiungskampf, haben bereits bewiesen, dass sie keine Kraft akzeptieren werden, die ihren politischen und gesellschaftlichen Willen missachtet. ♦

Die türkisch-israelischen Beziehungen nach dem Überfall auf die Free-Gaza-Flotte

Erdoğan ist kein Held, sondern ein Heuchler!

Nick Brauns, Historiker und Journalist, Berlin

In einem beispiellosen Piratenakt hat das israelische Militär am 31. Mai die Free-Gaza-Flotte mit humanitären Hilfsgütern für den Gazastreifen in internationalen Gewässern gekapert. Neun aus der Türkei stammende Aktivisten muslimischer Wohltätigkeitsverbände – mehrheitlich aus den kurdischen Landesteilen – wurden bei dem Überfall der israelischen Kommandoeinheiten auf das Leitschiff Mavi Marmara getötet. Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan verurteilte in scharfen Worten den israelischen Staatsterrorismus und ließ sich in der islamischen Welt als Held feiern. Als erste Maßnahme verhängte die türkische Regierung ein demonstratives Flugverbot für israelische Militärflüge über der Türkei. Sollte Israel sich nicht für die Toten auf der Mavi Marmara entschuldigen und eine internationale Untersuchungskommission zulassen, droht die türkische Regierung Israel mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Die Free-Gaza-Flotte, die das Ziel hatte, mit humanitären Hilfsgütern die völkerrechtswidrige Hungerblockade Israels gegen die Palästinenser im Gaza-Streifen zu durchbrechen, wurde insbesondere von Hilfsorganisationen und Aktivisten aus der Türkei unterstützt. Für die Organisation des Leitschiffes Mavi Marmara, auf dem das Blutbad stattfand, war die konservative islamische Wohltätigkeitsorganisation IHH verantwortlich, die der Milli-Görüs-Bewegung nahe steht. Im Nachhinein hat die türkische Regierung die volle politische Verantwortung für die Mavi Marmara übernommen, die in der Presse meist als „türkisches Schiff“ dargestellt wurde. Diese Unterstützung wirft allerdings ein paar Fragen auf. So hatten 15 Abgeordnete der AKP angekündigt, sich an dem Hilfskonvoi zu beteiligen. Doch kein einziger von ihnen fuhr letztendlich mit. Auch war die Mavi Marmara vor Beginn der Hilfsaktion von der türkischen auf die Flagge der Komoren umgeflaggt worden. Auffällig ist außerdem, dass sich am Tag des Überfalls der türkische Ministerpräsident, der Außenminister und der Generalstabschef im Ausland aufhielten. Die türkische Regierung muss sich fragen lassen, inwieweit sie von israelischer Seite darüber informiert worden war, dass Israel auch mit Waffengewalt die Schiffe stoppen würde. Wäre die Mavi Marmara ein türkisches Schiff gewesen, wäre zumindest auf dem Papier der NATO-Verteidigungsfall durch den Angriff eines Nicht-NATO-Staates auf ein zu einem Mitglied der Militärallianz gehörendes Schiff ausgelöst worden. Und der Tod eines türkischen Abgeordneten durch einen israelischen Angriff wäre zu einer solchen Belastung der bilateralen Beziehungen geworden, dass die Türkei es nicht einfach bei starken Worten und rüden diplomatischen Gesten belassen könnte. Wenn auch Ministerpräsident Erdoğan bemüht war, im Nachhinein politisches Kapital durch demonstrative Solidarität mit der Free-Gaza-Flotte zu gewinnen, standen offenbar doch nicht alle Teile der Regierungspartei vorbehaltlos hinter dem Projekt. Der in den USA lebende Prediger Fethullah Gülen, dessen millionenstarker Orden massiven Einfluss auf die AKP, die Polizei und den Geheimdienst in der Türkei hat, bedauerte zwar die Toten, doch er kritisierte die Free-Gaza-Initiative öffentlich dafür, ohne Genehmigung Israels Hilfsgüter nach Gaza bringen zu wollen. Umgehend stimmte ihm der stellvertretende türkische Ministerpräsident Bülent Arınç mit den Worten zu: „Wie immer hat Hocaefendi recht.“

Erdoğans starke Worte sind so vor allem eine Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung in der Türkei, wo antiisraelische Gefühle und die Solidarität mit den Palästinensern quer durch alle politischen Lager dominieren. Erinnern wir uns Erdoğans „Eine Minute“ auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar letzten Jahres, als er den israelischen Präsidenten Peres wegen des Gaza-Krieges verbal hart angriff und anschließend abreiste. Was Erdoğan damals verschwieg: Aufgrund türkisch-israelischer Militärabkommen konnte die israelische Luftwaffe zuvor den Luftkrieg gegen Gaza von einer Airbase in Konya aus über türkischem Territorium üben. Die einzige praktische Folge dieses Eklats, für den Erdoğan Lob nicht nur bei seiner Rückkehr in die Türkei, sondern auch vom iranischen Präsidenten Ahmadinejad erntete, war die Ausladung Israels von einem Luftwaffenmanöver im Oktober letzten Jahres. Doch kein einziges von über einem Dutzend nach türkischem Recht illegalen, weil nicht vom Parlament ratifizierten Militärabkommen, die in den 90er Jahren zumeist unter der dem Anschein nach radikal-islamischen und antiwestlichen Regierung von Necmettin Erbakan mit Israel geschlossen wurden, ist bislang von türkischer Seite trotz der markigen Worte Erdoğans aufgekündigt worden.

Schon im Januar diesen Jahres hatte es eine heftige Krise in den diplomatischen Beziehungen beider Länder gegeben, als der stellvertretende israelische Außenminister Danny Ayalon den türkischen Botschafter Oğuz Çelikkol vor laufenden Kameras an einem „Katzentisch“ sitzend erniedrigte, um gegen eine als antisemitisch verstandene Folge der nationalisti-

schen Fernsehserie „Tal der Wölfe“ zu protestieren. Schließlich entschuldigte sich der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu schriftlich für die Demütigung des Botschafters – ein für eine israelische Regierung so ungewöhnlicher Akt, dass die Tageszeitung Maariv von einer „Kapitulation“ sprach. Verteidigungsminister Ehud Barak reiste am 17. Januar 2010 nach Ankara zur Aussprache mit Außenminister Ahmet Davutoğlu, an die sich Rüstungsgeschäfte mit seinem türkischen Amtskollegen Vecdi Gönül anschlossen. „Wir leben in derselben Region. Obwohl wir keine gemeinsamen Grenzen haben, haben wir dieselben Interessen“, erklärte Gönül nach dem Treffen.

Tatsächlich geht die Militärkooperation auch nach dem Überfall auf die Mavi Marmara weiter. Türkische Soldaten wurden im Juni in Israel an der Bedienung von Heron-Drohnen ausgebildet, die Israel der Türkei liefert. Diese bislang von Israel gecharterten unbemannten Flugkörper dienen zur Vorbereitung der grenzüberschreitenden Luftangriffe auf Dörfer in Südkurdistan ebenso wie zur Bekämpfung der PKK-Guerilla innerhalb der Türkei.

Agirî: Kundgebung gegen den Staatsterror gegen Kinder und die heuchlerische Politik Erdoğans
Foto: DIHA

Während Erdoğan die palästinensische Intifada glorifiziert, lässt er die kurdische Intifada im eigenen Land auch mit Hilfe israelischer Aufstandsbekämpfungstechnik brutal niederschlagen. Erst im Frühjahr waren israelische Spezialisten in der Türkei, um die türkische Armee beim Bau von Sperranlagen entlang der Grenze zu Südkurdistan zu beraten – nach dem Vorbild der israelischen Apartheidsmauer und der Checkpoints entlang und innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete und des Gaza-Streifens. Während Erdoğan seine Trauer über getötete palästinensische Kinder zum Ausdruck bringt, schweigt er zu den hunderten inhaftierten, gefolterten und getöteten kurdischen Kindern in der Türkei.

In Wirklichkeit sind sich Israel und die Türkei in ihrem Wesen sehr ähnlich. Beide Staaten agieren als Besatzungsmächte, die aufgrund eines rassistisch definierten Selbstverständnisses als exklusiv „jüdischer Staat“ oder „Staat der Türken“ große Teile der eigenen Bevölkerung – arabische Israelis beziehungsweise Kurden – ausgrenzen und als Menschen zweiter Klasse behandeln. Und beide Staaten sind die engsten Verbündeten der USA im Nahen Osten. Dabei verkörpert die unterschiedliche außenpolitische Orientierung beider Staaten zugleich die unterschiedlichen Linien innerhalb der US-Administration. Die von Erdoğan und seinem Außenminister Ahmet Davutoğlu betriebene neo-osmanische Außenpolitik, mit der die Türkei zur Führungsmacht in der islamischen Welt aufsteigen will, fand bislang in Abstimmung und mit Billigung der US-Administration statt. Hatten US-Präsident George W. Bush und die hinter ihm stehenden Neokonservativen noch auf den nicht zu gewinnenden „Krieg gegen den Islam“ gesetzt und dabei Israel als ihren zentralen Verbündeten verstanden, so machte Bushs Nachfolger Barack „Hussein“ Obama bereits in seiner Kairoer Rede im Juni 2009 deutlich, dass er den gemäßigten Islam als strategischen Partner der USA im Nahen Osten betrachtet. Zentraler Akteur für diese gewandelte US-Strategie ist die neoliberal-konservative AKP-Partei von Ministerpräsident Erdoğan. Nachdem die US-Administration erkannt hatte, dass sie sich in der Nah- und Mittelostregion nicht allein auf Israel stützen können, versucht sie, die Türkei dafür zu nutzen, um diejenigen Elemente innerhalb der arabischen Welt wieder einzubinden, die sich aufgrund der israelischen Aggressionspolitik von den USA distanziert haben, obwohl sie grundsätzlich zur Kollaboration mit der Supermacht bereit sind. Je mehr die Türkei sich dabei verbal von Israel distanziert, desto eher gelingt es der türkischen Regierung, in der islamischen Welt als eine regionale Vormacht akzeptiert zu werden. Erdoğans Wutausbruch auf dem Wirtschaftsforum in Davos muss in diesem Zusammenhang als Show verstanden werden, die von den USA gebilligt wurde, um der Türkei das Eindringen in die arabische Welt zu erleichtern.

Allerdings wäre es verfehlt, die AKP-Regierung als reine Befehlsempfängerin Washingtons zu sehen, wie es kemalistische Kreise in der Türkei tun. Vielmehr vertritt die AKP die Interessen der „anatolischen Tiger“, also von Teilen der aufstrebenden türkischen Kapitalistenklasse, die im eigenen wirtschaftlichen Interesse eine führende Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten und Kaukasus anstrebt. In der

Iran-Politik etwa, wo die türkische Regierung zusammen mit Brasilien als Vermittler auftrat und sich zum Unwillen der US-Führung gegen eine Verschärfung der Sanktionen stellte, gerät die Türkei durchaus auch in Widerspruch zur US-Administration. Eine Abkehr von der prowestlichen und damit proimperialistischen Ausrichtung der türkischen Außenpolitik ist die „multidimensionale Außenpolitik" der Türkei damit noch lange nicht. Weiterhin ist die Türkei ein NATO-Staat mit der zweitstärksten NATO-Armee, weiterhin strebt die Türkei in die EU, weiterhin gibt es regelmäßige enge Konsultationen mit der US-Führung. Die türkische Regierung ist allerdings nicht bereit, sich völlig der ihrer eigenen Glaubwürdigkeit zuwiderlaufenden US-Politik zu unterwerfen, sondern strebt eine zunehmend eigenständige Rolle als regionale Vormacht an. Dabei schießt die AKP-Administration durchaus auch mal – zumindest in den Augen der US-Führung – über das Ziel hinaus, wenn etwa im Zuge der Ergenekon-Operation nicht nur völlig aus dem Ruder gelaufene, antiwestliche Elemente innerhalb der Armee ausgeschaltet werden, sondern aufgrund innertürkischer Machtkämpfe auch der eine oder andere im Rahmen der NATO als enger Vertrauter der USA ausgebildete Spitzenmilitär hinter Gitter kommt. Dies – und die versöhnlerische Haltung der Türkei gegenüber Iran – lässt im Weißen Haus und im Pentagon durchaus immer wieder die Alarmglocken schrillen.

In einen solchen relativen Widerspruch zu Washington gerät aber auch Israel unter der extrem rechten Regierung von Benjamin Netanjahu. Offen brüskiert die israelische Regierung mit ihrer Fortsetzung des Baus illegaler Siedlungen regelmäßig die US-Außenministerin Hillary Clinton und selbst US-Präsident Obama, die zur Wiederherstellung der eigenen Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt auf eine Wiederaufnahme des sogenannten Friedensprozesses mit den Palästinensern drängen. Dabei kann die israelische Regierung auf die immer noch einflussreichen Neokonservativen in der US-Administration zählen.

Ein Bruch zwischen der Türkei und Israel ist von den USA niemals gewünscht. Aber auch Israel kann sich keine dauerhafte Isolation im Nahen Osten leisten. Doch sowohl die türkische als auch die israelische Regierung haben ihre roten Linien, die auch der jeweilige Bündnispartner nicht überschreiten darf. So wie die zentrale Achse der israelischen Politik in der Niederhaltung des palästinensischen und generell des arabischen Widerstands besteht, steht für Ankara die kurdische Frage im Mittelpunkt. Bei einer Unterstützung der türkischen Seite für die Hamas reagiert Israel ebenso ungehalten, wie im umgekehrten Fall die Ausbildungshilfe der Israelis für die südkurdischen Sicherheitskräfte zu einer Belastung der bilateralen Beziehungen führte. Deutlich wird dies auch an den von der nationalistischen CHP- und MHP-Opposition verbreiteten Gerüchten, Israel würde die PKK unterstützen, weil die Aufkündigung des Waffenstillstands und ein Guerillaangriff auf die Marine-Basis von Iskenderun zeitgleich mit dem israelischen Piratenakt gegen die Mavi Marmara stattfanden. Murat Karayılan, der Exekutivratsvorsitzende der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans KCK, hat diese Anschuldigungen zurecht als lächerlich und substanzlos zurückgewiesen und auf die andauernde israelische Militärhilfe gegen die PKK verwiesen.

Nicht gegenseitige Sympathie oder gar Liebe, sondern die palästinensische und die kurdische Frage zwingen die Türkei und Israel immer wieder zur militärischen Kooperation. Schon in den 90er Jahren wurde von türkischer Seite das Militärbündnis vor allem gesucht, um Unterstützung gegen die von der syrisch kontrollierten Bekaa-Ebene aus operierende PKK zu erlangen. Bei der Vertreibung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan aus Syrien, seiner Verfolgung und anschließenden Verschleppung 1998/99 spielte der israelische Mossad eine Schlüsselrolle. Die Türkei ist weiterhin auf israelische Militärtechnik wie die Heron-Drohnen zur Bekämpfung des kurdischen Aufstandes angewiesen. Für Israel wiederum ist es überlebensnotwendig, inmitten der arabischen Welt einen durch seine NATO-Einbindung prowestlich ausgerichteten Bündnispartner in der Region zu haben. Die umfangreichen, zum Teil durch Wasserlieferungen vergoltenen Rüstungsgeschäfte mit der Türkei sind für Israel eine wichtige Einnahmequelle der heimischen Industrie.

Die Beziehungen zwischen Israel und der Türkei werden sich wahrscheinlich wieder einigermaßen einpendeln – wenn auch die militärisch-geheimdienstliche Zusammenarbeit aus Rücksicht auf die öffentliche Meinung in beiden Ländern weitgehend hinter den Kulissen erfolgen wird. An der diplomatischen Oberfläche ist dabei der eine oder andere heftige Sturm – bis hin zur Ausladung von Botschaftern - keineswegs ausgeschlossen. Die Türkei wird sich trotz ihrer prowestlichen Ausrichtung im eigenen Interesse als nahöstliche Regionalmacht äußerlich um eine gewisse Balance zwischen Israel und den islamischen Staaten bemühen. In den Augen ultrarechter israelischer Politiker und US-amerikanischer Neokonservativer mag dies als ein Abgleiten der Türkei in das islamische Lager erscheinen. Doch in Wirklichkeit erfüllt die Türkei damit für USA und NATO weiterhin ihre während des Kalten Krieges eingeübte Rolle als Trojanisches Pferd in der islamischen Welt. Dies gab Außenminister Davutoğlu im Dezember 2009 sogar öffentlich zu, als er die „multidimensionale Außenpolitik" der Türkei mit der auf „Wandel-durch-Annäherung" zielenden deutschen „Ostpolitik" im Kalten Krieg verglich.

Die Militärallianz Türkei-Israel war von Anfang an gleichermaßen gegen die Lebensinteressen der Kurden wie der arabischen Völker gerichtet. Eine Lösung der kurdischen wie der palästinensischen Frage ist daher der Schlüssel für eine Demokratisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Notwendig ist daher die Allianz der unterdrückten Völker gegen Imperialismus, Zionismus und islamisch-neo-osmanische Reaktion. Die ersten Märtyrer der damals in den Camps des palästinensischen Widerstandes ausgebildeten PKK-Guerilla starben nicht im Kampf gegen die türkische Armee, sondern in der gemeinsamen Abwehr der zionistischen Aggressoren 1982 im Libanon. An diese Kampftradition gilt es anzuknüpfen. ♦

Eine Polemik über den »türkischen Sozialismus«

Die linke Tragödie

Murat Çakır, 02. August 2010

Anlass für den vorliegenden ist ein anderer, in türkischer Sprache verfasster Artikel über das ESF von mir. Kurz nach dem Europäischen Sozialforum (ESF) in Istanbul hatte ich in einer Polemik die Zustände der türkischen Linken kritisiert. Obwohl die Polemik in einer türkischen Tageszeitung und in mehreren Internetforen sowie Websites veröffentlicht wurde, gab es außer einigen anerkennenden Mails kaum Erwiderung aus den Kreisen der BewahrerInnen des »heiligen Grals«, der »einzig wahren sozialistischen Lehre« in der Türkei.

Aus früheren Erfahrungen weiß ich, dass die ewigen Autoritäten der »türkischen Linken« nicht sehr zimperlich mit Kritik umgehen und mit aller Macht der Tastatur, einige gar mit Banndrohungen, darauf reagieren. Es mag sein, dass ich nur, weil mein türkischer Artikel verallgemeinernd vom **»türkischen Sozialismus«** sprach und sich daher eben niemand explizit angesprochen fühlte, keine »Belehrungen« erhielt.

Als ich von der Redaktion des *Kurdistan Reports* gebeten wurde, diesen Artikel zu schreiben, wollte ich – der Einfachheit halber – den türkischen Text einfach »verdeutschen«. Doch allzu schnell wurde es mir klar, dass meine Polemik in der deutschen Übersetzung denunziatorisch und oberlehrerhaft wirkte. So kehrte ich der kühlen Brise im nordägäischen Küçükkuyu den Rücken und klopfte erneut fleißig auf die Tastatur meines Laptops.

ESF in Istanbul: organisatorische Unfähigkeit oder politische Apathie?

Das ESF 2010 in Istanbul konnte gerade mal 2.500 bis 3 000 Leute zusammenbringen – davon rund die Hälfte aus dem Ausland. Vielen Beteiligten war es klar: Der Sozialforumsprozess steckte in einer Krise, dennoch war man der Hoffnung erlegen, dass die attraktive Millionenstadt Istanbul eine Chance für einen Neubeginn wäre. Persönlich war ich der Auffassung, dass die Durchführung des ESF in Istanbul insbesondere für die türkische und kurdische Linke, für die sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in der Türkei eine große Chance beinhaltete. Immerhin bot das ESF eine europäische Bühne, auf der sie die brennenden sozialen wie politischen Probleme darstellen und für die Solidarität der internationalen AkteurInnen hätten werben können. Doch die Realität sah anders aus – die »türkische Linke« trug einmal mehr zu ihrer eigenen Entzauberung bei.

Sicher, es gab in Europa viel Vorbehalt und Gegnerschaft gegenüber Istanbul als Veranstaltungsort. Auch die finanziellen Probleme haben es den AkteurInnen in der Türkei nicht leicht gemacht. Wie erwartet war die Beteiligung, gerade aus Osteuropa, sehr niedrig. Bei den Vorbereitungssitzungen hatte man diese Befürchtungen zur Sprache gebracht und auch über eine Vertagung war nachgedacht worden.

Der Sozialforumsprozess ist nicht unbedingt mein Fachgebiet, aber den entsprechenden Befürchtungen meiner KollegInnen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung begegnete ich damit, dass in der Türkei die Uhren anders ticken, die AktivistInnen in der Türkei jedoch durchaus in der Lage wären, eine solche Veranstaltung auch kurzfristig auf die Beine zu stellen. Denn schließlich hatte letztes Jahr in **Diyarbakır** erstmalig das **Mesopotamische Sozialforum** mit rund zehntausend TeilnehmerInnen stattgefunden; und wer Diyarbakır erlebt hatte, der konnte wenigstens hoffen, dass Istanbul ähnlich verlaufen würde. Dem war aber nicht so.

Wenn man, abgesehen von den vielen inhaltlich sehr gut vorbereiteten Panels und Seminaren, das ESF in Istanbul mit einem Wort beschreiben würde, wäre »Chaos« zutreffend. Zu Recht wurde von einigen Beteiligten festgestellt, dass in dem »*widersprüchlichen Spektrum der Linken in der Türkei die falschen Akteure gewählt wurden*« (J. Dellheim, RLS). Denn auch ich hatte den Eindruck, dass es den OrganisatorInnen in Istanbul eher darum ging, ihre eigenen Süppchen zu kochen und sich gegenüber ihren europäischen Partnerorganisationen in einem gänzlich anderen Licht präsentieren zu wollen – die Idee des Sozialforums war nur ein Beiwerk.

Wer aber dachte, man könne die marginale Rolle der Linken in der Türkei mit Ständen im Park oder einigen Konzerten überdecken, irrte sich. Nicht alle AktivistInnen aus Europa waren dem Nachtleben und den Verlockungen der »Rakı-Abende« folgend nach Istanbul gekommen. Gut informiert über die tiefen Probleme des Landes, allen voran über die »Kurdenfrage«, nahmen sie bewusst am ESF teil und wurden bitter enttäuscht über das politische Desinteresse der »türkischen Linken« am ESF.

Meiner Ansicht nach ist der Grund für die chaotischen Zustände nicht die organisatorische Unfähigkeit der türkischen OrganisatorInnen, sondern die politische Apathie der sozialen Bewegungen, Gewerkschaftskonföderationen, der »türkischen Linken« im Allgemeinen und des »türkischen Sozialismus« im Besonderen. Wie sonst lässt es sich erklären,

dass sich an der Abschlusskundgebung »nur« 7 000 Menschen beteiligten, zahlreiche sozialistische Parteien oder Bewegungen nicht anwesend waren und sogar die große (!) »**Revolutionäre Gewerkschaftskonföderation DISK**« nur eine symbolische Delegation von knapp 50 GewerkschafterInnen mobilisieren konnte? Man konnte durchaus froh sein, dass die kämpferischen Mitglieder der Gewerkschaft **TÜMTIS** [*TransportarbeiterInnengewerkschaft*] gemeinsam mit der seit Monaten im Widerstand stehenden **UPS-Belegschaft** dabei waren!

Ich schaute mich um und suchte die *kämpferischsten*, *revolutionärsten*, *sozialistischsten* und *marxistischsten* VertreterInnen des »türkischen Sozialismus« – jene, die zu jedem Anlass ihren Alleinvertretungsanspruch für die »*türkische Arbeiterklasse*« geltend machen, welche die Wahrheit gepachtet haben und in ihren privilegierten Stadtteilen gerne und oft darüber sinnieren, wie die kurdische Bewegung *klassenkämpferisch* belehrt werden könne. Ich suchte eben die Linken, die jegliches progressive Transformationsprojekt, das im Hier und Jetzt ansetzt, als »*Kapitulationserklärung des Proletariats vor der Bourgeoisie*« ablehnen und ohne die eine Demonstration auf dem Taksim-Platz undenkbar ist. Ergebnis: Dem »türkischen Sozialismus« war das ESF egal!

Verständlich. Schon vorab hatte das ESF in den linken und sozialistischen Medien sowie zahlreichen Internetseiten – freilich außer den eigenen bzw. von Partnerorganisationen durchgeführten Veranstaltungsnachrichten – quasi null Nachrichtenwert. Außer einigen in wenigen Medien wie *bianet.org* oder *emekdunyasi.net (arbeitswelt.net)* oder in Form von Kurznachrichten auf den Seiten von drei linken Tageszeitungen konnten Interessierte nirgends detaillierte Informationen abrufen.

Als während der Demonstration am 3. Juli aus dem Megaphonwagen gerufen wurde »*Die europäische Linke ist in Istanbul – Soziale Bewegungen aus Europa demonstrieren hier für Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie*«, rief ein Mann, der auf dem Fußgängerweg die Demonstration beobachtete: »*Die Europäer sind hier, aber wo sind unsere Leute?*« Ähnliche Fragen stellten auch die europäischen AktivistInnen. Ein Gewerkschafter aus den Niederlanden, der 2009 und 2010 an den 1.-Mai-Kundgebungen in Istanbul teilgenommen hatte, konnte sich auch nicht erklären, warum jene Organisationen, die am 1. Mai Zehntausende mobilisiert hatten, an jenem Tag fehlten. In den ersten Tagen erklärte ich meinen KollegInnen, dass »*die Leute wahrscheinlich arbeiten und deshalb am ESF nicht teilnehmen konnten, aber die Beteiligung an der Demonstration doch sehr hoch sein wird*«. Am Samstagabend musste ich mich eines Besseren belehren lassen. Als der Demonstrationszug am Taksim-Platz ankam, sahen wir, dass zu gleicher Zeit eine andere Demonstration stattfand – mit Beteiligung von linken und sozialistischen Organisationen. Während wir gegen 20:30 Uhr mit einigen Abgeordneten aus Deutschland zu einem anderen Termin wegfuhren, fanden auf dem Taksim-Platz zwei Kundgebungen und ein Popkonzert statt.

Zur Erinnerung: Die Beteiligung an dem ESF lag bei 2 500 bis 3 000 Personen. Die Hälfte kam aus dem Ausland. Auch das Mesopotamische Sozialforum und andere kurdische Organisationen waren zahlreich vertreten, so dass man sagen kann, dass aus dem Westen der Türkei etwa 1 000 bis 1 500 Leute sich am ESF beteiligten. Laut Angaben der OrganisatorInnen nahmen an der Demonstration ca. 7 000 Menschen teil. Selbst wenn wir von der Richtigkeit dieser Zahl ausgehen, stellt sich immer noch die Frage, warum die rund 80 Organi-



Demonstration des Europäischen Sozialforums in Istanbul Foto: DIHA

sationen, die das ESF-Vorbereitungskomitee bildeten, darunter türkische Gewerkschaftskonföderationen mit mehreren Hunderttausenden von Mitgliedern und zahlreiche »linke« Organisationen, eine höhere Beteiligung nicht bewerkstelligen konnten.

Denken wir weiter: Ist die Türkei nicht ein Land, in dem die kurdische Frage ungelöst, die Gewalt eskaliert und die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges akuter denn je geworden ist? Sind die Probleme wie chronische Arbeitslosigkeit, Armut, Elend, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, ökologische Probleme, undemokratische Gesetzgebung, Verletzung der Menschenrechte, um sich greifende Lynchjustiz, Nationalismus, offener Rassismus gegen KurdInnen und andere, Folter, Inhaftierungen, militärische Vormundschaft, neoliberaler Umbau, alltäglicher Militarismus … u. v. a. m. nicht auf der Tagesordnung?

Müssten Gewerkschaften, linke und sozialistische Gruppen, Parteien, Bewegungen nicht alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Chance des ESF zu ergreifen und für ihre Forderungen auf die Straße gehen? Gerade in einer Millionenstadt, in der die Klassenwidersprüche derart verschärft sind; gerade in einer Zeit, in der die Krise um sich greift, die Gewalt eskaliert, und gerade dann, wenn zahlreiche europäische Organisationen in Istanbul sind? Hätte es eine bessere Möglichkeit gegeben, um die Weltöffentlichkeit auf die Probleme in der Türkei aufmerksam zu machen, den Druck auf die verantwortliche Politik zu erhöhen und die Massen zu mobilisieren?

Sicher gilt diese Kritik nicht für alle, aber von einem ESF, welches von zahlreichen relevanten Organisationen der Türkei vorbereitet wurde, wäre erheblich mehr zu erwarten gewesen. Für den »türkischen Sozialismus« war das ESF ein Fiasko und keineswegs eine »*Erfolgsgeschichte*«, wie das Mitglied des türkischen Organisationskomitees, **Hüseyin Yeşil**, der gleichzeitig Stadtverbandsvorsitzender der linken ÖDP ist, den LeserInnen von *bianet.org* kurz nach dem ESF weismachen wollte. **Hakan Tahmaz** vom Friedensrat der Türkei ist realistischer: »*Die Kundgebung ist der beste Beweis dafür, wie sehr sich die* [türkische] *Linke aus der Welt verabschiedet hat*«.

Fazit

Die LeserInnen werden wohl fragen, wen ich mit dem Begriff »türkischer Sozialismus« meine. Damit meine ich die Linke im Westen des Euphrats, die in unendlich viele Grüppchen zerfallen und zerstritten ist, sich gesellschaftlich marginalisiert hat und durchaus in Teilen als »nationalbolschewistisch« bezeichnet werden kann. Eine Linke, die sich isoliert, immer noch in den dunklen Tagen des 20. Jahrhunderts stecken geblieben ist, nicht über den (westlichen) nationalen Tellerrand schauen kann und sich mit der Begründung des »*Klassenkampfes*« geschickt vor aktuellen demokratischen Aufgaben drückt, verdient eben nur den Namen: »türkischer Sozialismus«. Dieser »türkische Sozialismus« ist ein Konglomerat zahlreicher Kleinstgrüppchen, die von Männern dominiert sind und von Leuten geführt werden, deren Legitimität seit Jahrzehnten nicht hinterfragt wird, die sich in ihren von der Gesellschaft völlig isolierten Räumen wohlfühlen und unfähig sind, gesellschaftliche Bündnisse einzugehen.

Die linke Tragödie in der Türkei ist, dass dieser »türkische Sozialismus« in sozialen Bewegungen, den Gewerkschaften und deren Dachverbänden nistet und so es unmöglich macht, dass eine wirksame Gegenwehr gegen den schmutzigen Krieg, die neoliberalen Maßnahmen und gegen den tiefverwurzelten Militarismus entstehen kann. Mit ihrer kemalistisch-nationalen Grundausrichtung erklären seine VertreterInnen die Hauptkonfliktfelder in der Türkei, nämlich die Kurdenfrage, die Frauenfrage, Demokratie- und Menschenrechtsfragen, zu »Nebenwidersprüchen« und vertagen deren Lösung bis zum Tag der Revolution. Wenn in der heutigen Türkei, im Westen des Euphrats, nicht eine Bewegung entstanden ist, die mit der kurdischen Bewegung im Osten des Euphrats vergleichbar wäre, dann liegt die Hauptverantwortung beim »türkischen Sozialismus«, der jeden linken Erneuerungsversuch im Keime ersticken lässt. Das ist auch der Grund, warum sämtliche linkssozialistischen Parteien bei der letzten Kommunalwahl nur 120 000 von 38 Millionen Stimmen auf sich vereinigen konnten, während die prokurdische BDP mehrere Millionen Stimmen zu gewinnen und 99 BürgermeisterInnen zu stellen vermochte.

Gibt es nichts Positives zu berichten? Selbstverständlich! Es wäre fatal, wenn diejenigen linken, feministischen, emanzipatorischen und sozialistischen Kräfte im Westen des Euphrats, die mit dem Ziel einer »demokratischen Republik« sich gemeinsam mit der kurdischen Bewegung und anderen gesellschaftlichen Kräften für Frieden, Gleichberechtigung, politische Freiheiten und Demokratisierung einsetzen, unerwähnt blieben. Oder diejenigen jungen Menschen, die undogmatisch und in zahlreichen Initiativen und Verbänden organisiert ihre kollektiven Aktivitäten, die Bemühungen für Verbesserungen im Hier und Jetzt entfalten, verbunden mit der Vision einer besseren, friedlichen, gerechteren und demokratischen Zukunft? Und die vielen MenschenrechtsaktivistInnen, Friedensbewegten, KünstlerInnen, Intellektuellen, WissenschaftlerInnen sowie kämpferischen GewerkschafterInnen und Feministinnen, die sich solidarisch und anationalistisch für die friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage einsetzen? Sie sind diejenigen, mit denen sich meine Hoffnungen verbinden.

Offen gesagt, noch habe ich die Hoffnungen an eine Linke in der Türkei, die die Anerkennung von Vielfalt als ein Bindemittel des demokratischen und freiwilligen Zusammenlebens versteht und Verantwortung für die Gründung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses für Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie übernimmt, nicht verloren. Noch glaube ich an eine Linke in der Türkei, die fähig und willens ist, auf dem Weg zu einem Stopp der militaristisch-nationalistisch-rassistischen Spirale ihren Beitrag zu leisten, die Wunden der gesellschaftlichen Spaltung zu schließen und vielleicht auch der Motor einer Friedens- und Demokratisierungsbewegung zu sein.

Der »türkische Sozialismus« jedoch mit seinem aus dem letzten Jahrhundert stammenden Parteien-, Gewerkschafts- und Organisationsverständnis hat weder das Potential dafür noch die Energie, sich zu erneuern. ♦

Bau des Ilısu-Staudammes geht weiter

Ein neues Protest-Niveau muss entwickelt werden!

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Als die europäischen Regierungen und Banken sich im Juli 2009 aus der Finanzierung des Ilısu-Staudammes zurückzogen und auch chinesische Unternehmen und Finanziers in den Folgemonaten nicht einstiegen, entstand bei denjenigen, die das Projekt ablehnen und dagegen aktiv sind, eine positive Stimmung. Diese währte bis zum Frühling 2010. Denn dann begann der Bau des Ilısu-Staudammes von Neuem, nun mit Krediten türkischer Banken und mit einer Kreditbürgschaft der türkischen Regierung. Diese türkische Finanzierung – hinter zwei von drei kreditgebenden Instituten stecken zur Hälfte zwar internationale Banken, doch operieren sie hauptsächlich in der Türkei – wurde von vielen nicht für möglich gehalten. Da es sich um ein strategisches und Prestigeprojekt für die Türkei handelt und deren finanzielle Kapazitäten sich in den letzten Jahren etwas erhöht haben, hat sich die türkische Regierung zu diesem Schritt entschlossen.

Jetzt haben wir zum einen eine Lage ähnlich wie nach dem März 2007, als nämlich die drei europäischen Regierungen die Kreditbürgschaften nach knapp zwei Jahren Diskussion genehmigt hatten. Damals gingen viele Interessierte, JournalistInnen, Betroffene und auch AktivistInnen davon aus, dass die Sache endgültig gelaufen sei und vielmehr Schadensbegrenzung anvisiert werden sollte. Doch ergab sich alles bekanntlich anders. Heute gibt es Parallelen, aber die Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg ist spürbar geringer. Denn jetzt sind die Gegner nur noch die türkische Regierung und die Unternehmen, davon eines die österreichische Andritz GmbH. Doch das sollte keine Paralyse hervorrufen. Im Gegenteil, erst recht muss nun die Bewegung von unten in der Republik Türkei vorangetrieben werden, in Zusammenarbeit mit inländischen und internationalen NGOs und anderen Unterstützern. Diese Meinung ist kein Zweckoptimismus, sondern es besteht eine gewisse Möglichkeit auf Erfolg, die wir nutzen wollen.

Zurück zu den Entwicklungen der letzten Wochen und Monate rund um das Ilısu-Projekt. Denn es hat sich einiges getan.

Neben der Wiederaufnahme des Baus des Ilısu-Staudamms selbst im Dorf Ilısu hat im Juni 2010 der Bau von Neu-Hasankeyf begonnen – 2 km nördlich vom jetzigen Hasankeyf, hierhin sollen dessen BewohnerInnen ziehen. Zwar laufen noch Gerichtsverfahren von Menschen, denen dieses Land teilweise gehört, doch das stört nicht beim Baubeginn. Dies zeigt, mit welcher Hartnäckigkeit die türkische Regierung das Projekt vorantreibt. Denn die BewohnerInnen von Hasankeyf haben immer wieder in Umfragen und bei ähnlichen Gelegenheiten zu über 95 % Neu-Hasankeyf aus mehreren Gründen abgelehnt. Zum einen sind sie grundsätzlich gegen das Ilısu-Projekt und zum anderen erkennen sie, dass sie in Neu-Hasankeyf verarmen werden,

Nach der Sperrung der Felsenburg, ihres Zugangsbereichs (ab der El-Rizk-Moschee) und des Tigrisufers direkt unter der Felsenburg (hier befinden sich viele Restaurants direkt am Wasser) protestierte die Bevölkerung von Hasankeyf gegen diese Maßnahme des Staates. Foto: DIHA

da die neuen Wohnungen das Dreifache der jetzigen kosten und sie dort keine oder kaum Einkommensmöglichkeiten haben. Es wird also de facto eine Geisterstadt aufgebaut, da kaum jemand hinziehen wird.

Die BewohnerInnen Ilısus und des Nachbardorfes Karabayır sollen in diesen Wochen in ihre neu erstellten Häuser einziehen. Auch hier kosten die Häuser mindestens das Doppelte (ca. 70 000 Türk. Lira) dessen, was sie für ihre jetzigen Häuser bekommen (oft zwischen 25 000 und 40 000 TL), und es ist unklar, von welchen Einkommen sie leben sollen. Diese Vorgehensweise des Staates illustriert, wie die vielen anderen zehntausenden Menschen durch die geplanten weiteren „Umsiedlungsmaßnahmen“ leiden und verarmen werden.





Am 14. Juli 2010 stürzte ein großer Felsbrockens in Hasankeyf ab. Das am Eingang zur Felsenburg abgebrochene Felsenstück tötete einen Menschen. Noch am selben Tag wurden die Felsenburg, ihr Zugangsbereich (ab der El-Rizk-Moschee) und das Tigrisufer direkt unter der Felsenburg (hier befinden sich viele Restaurants direkt am Wasser) gesperrt. Damit wurden die meisten touristischen Bereiche nicht mehr begehbar, was sich auf die Wirtschaft des Ortes äußerst negativ auswirkt.

Fotos: Initiative zur Rettung Hasankeyfs

Touristische Ausflugsziele in Hasankeyf gesperrt

Eine wichtige Entwicklung leitete der Absturz eines großen Felsbrockens in Hasankeyf am 14. Juli 2010 ein. Das am Eingang zur Felsenburg abgebrochene große Felsenstück tötete einen Menschen. Nur weil es morgens um vier Uhr passierte, sind nicht mehr Menschen zu Schaden gekommen. Noch am selben Tag wurden die Felsenburg, ihr Zugangsbereich (ab der El-Rizk-Moschee) und das Tigrisufer direkt unter der Felsenburg (hier befinden sich viele Restaurants direkt am Wasser) gesperrt. Damit wurden die meisten touristischen Bereiche nicht mehr begehbar, was sich auf die Wirtschaft des Ortes äußerst negativ auswirkt. Der Tourismus ist die wichtigste Einkommensquelle von Hasankeyf. Deshalb protestierten zwei Tage nach dem Absturz hunderte Hasankeyf-BewohnerInnen gegen diese Entscheidung des Staates. Die Meinung der Menschen dazu ist klar: Der Staat nimmt diesen Vorfall zum Anlass, den Ort Hasankeyf Stück für Stück seinen Menschen wegzunehmen und das Leben hier unerträglich zu machen. So soll Hasankeyf entleert und der Widerstand früh gebrochen werden.

Wenige Tage nach dem Ereignis bildete unsere Initiative ein ExpertInnen-Komitee, das die Vorgänge und Kritik untersuchen und Lösungsvorschläge erarbeiten sollte. Dem Komitee wurden von der Bevölkerung Fotos zugespielt, die zeigen, dass im betroffenen Gebiet kurz vor dem Felssturz große Baumaschinen für die Ausgrabungen eingesetzt worden waren. Diese im Auftrag von Prof. Uluçam, der der Regierung nahesteht, durchgeführten Arbeiten widersprechen jeder wissenschaftlichen Vorgehensweise. Das Komitee merkt weiterhin an, dass statt dieses Baggereinsatzes für die Ausgrabungen kritische Stellen der Felswand hätten gesichert werden müssen. Es war ein offenes Geheimnis, dass einige Felsen nicht sehr stabil sind. Heutzutage ist es keine große Herausforderung, unsichere Felsen wie die in Hasankeyf abzustützen. Auch gibt es die Erfahrung an vielen anderen archäologisch bedeutenden Stätten, Ausgrabungen und Kulturtourismus gleichzeitig zu ermöglichen.

Das Komitee fordert in seinem Bericht, ein neues, vielfältig zusammengesetztes Komitee durch die Regierung einzusetzen und umfangreiche Untersuchungen durchzuführen. Dann sollten die geforderten Sicherungen der unsicheren Felsen realisiert und die historisch bedeutenden Gebiete dem Tourismus geöffnet werden.

Der Ausgrabungsleiter Uluçam reagierte über die Presse noch am selben Tag sehr verärgert auf diesen Bericht, was seine Angst vor der Wahrheit über seine Fehler zeigt. Die Diskussion über diesen Felsabbruch offenbart, wie unwissenschaftlich die Ausgrabungen in Hasankeyf durchgeführt werden und welchem Ziel deren Leiter Uluçam mit seiner unrühmlichen Rolle seit Jahren dient.

Widerstand auch gegen andere Staudammprojekte

Währenddessen findet in der nordtürkischen Provinz Kastamonu am Fluss Loç ein besonderer Widerstand gegen die zerstörerische staatliche Staudammpolitik statt. Hunderte TalbewohnerInnen verhindern durch ununterbrochene Wachen im Tal, dass Unternehmen Bäume für geplante Wasserkraftwerke fällen können. Eine ganze Bevölkerung ist in Aufruhr – ein einmaliger Vorgang für diese ansonsten politisch ruhige Provinz. Menschen, die bisher die Staatspolitik abnickten und den Staat als heiliges Gebilde betrachteten, lehnen sich nun auf. So ähnlich brodelt es in vielen Regionen der Republik Türkei aufgrund geplanter zerstörerischer Staudämme, Wasserkraftwerke und anderer Infrastrukturprojekte.

Die Kampagne gegen den Ilısu-Staudamm ist an einem kritischen Punkt. Es wird gebaut und zwar intensiv. Direkter Protest muss gezeigt werden, ein neues Niveau im Protest, sonst ist der Kampf verloren. Auch wenn bisher in der Republik Türkei der Protest gegen zerstörerische Staudämme sehr selten direkt geworden ist und die Erfahrung hierfür fehlt, müssen neue Aktivitäten her. Daran arbeiten die Initiative und weitere Gruppen in diesem Staat, oft auch zusammen. Die unter „Akarsu Hareketleri“ (Bewegungen für Flüsse, www.akarsuhareketleri.org) zusammenkommenden mehr als zwanzig talsperrenkritischen Bewegungen werden sich im Oktober 2010 direkt an die politischen Parteien und die Parlamentsfraktionen in Ankara wenden und ihre Forderungen stellen.

Der türkische Umweltminister Eroğlu traf unterdessen eine interessante Aussage: Ein, zwei Wasserkraftwerke seien zwar vielleicht problematisch, aber deswegen sollten nicht Wasserkraftwerke generell abgelehnt werden. Bisher hatte Eroğlu alle Projekte ausnahmslos verteidigt. Er will wohl der Kritik den Wind aus den Segeln nehmen. Auf jeden Fall darf daraus keine Hoffnung geschöpft werden. Es dient der Täuschung und „Beruhigung“.

Erschwert wird die Kampagne gegen den Ilısu-Staudamm durch die seit Mai 2010 rapide zugenommenen militärischen Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen, nachdem von der türkischen Regierung trotz Ankündigungen im letzten Jahr keinerlei Schritte zur Lösung der kurdischen Frage unternommen worden waren. Es ist für uns AktivistInnen schwer geworden, in die vielen Dörfer und nach Ilısu zu gehen. Damit ist die ohnehin eingeschränkte Bewegungsfreiheit noch weiter beschränkt worden. Angesichts von Festnahmen, Folter, Repression gegen Demonstrationen und vielfachem Tod ist es schwieriger geworden, sich eine Stimme in der Öffentlichkeit zu verschaffen. ♦

August 2010

AUFRUF ZUR SPENDE

Anfang des Jahres 2010 wurde der „Verein zum Erhalt von Hasankeyf und des Tigris-Tales“ in Batman gegründet, um die Ziele der „Initiative zur Rettung von Hasankeyf“ zu unterstützen.
In den vergangenen fünf Jahren hat die Initiative eine lang andauernde Kampagne auf die Beine gestellt, die Betroffenen über ihre Rechte informiert, die Öffentlichkeit zu kritischer Haltung gegenüber dem zerstörerischen Ilısu-Projekt aufgerufen, Berichte erarbeitet und auch in entscheidender Weise die drei europäischen Regierungen dazu gezwungen, ihre Kreditbürgschaften zurückzuziehen. Weiterhin hat sie erheblich dazu beigetragen, dass sich türkeiweit ein Netzwerk staudammkritischer Bewegungen gebildet hat.
Doch der Bau des Ilısu-Staudammes geht weiter, wogegen der Widerstand weiter ausgebaut werden muss. Die bisherige Arbeit haben wir ehrenamtlich und durch Zuwendungen unserer Mitgliedsorganisationen finanziell bewältigt. Doch angesichts der kritischeren Lage sind immer mehr Ressourcen notwendig. Deshalb rufen wir alle Menschen und Organisationen auch in Europa auf, eine Spende an unseren Verein zu richten. Eure Spende wird dazu beitragen, dass wir das kulturelle und ökologische Erbe des Tigris-Tales und die Rechte seiner BewohnerInnen besser verteidigen können.

Daten des Euro-Kontos des Vereins:
Bank: Fortis Bank Batman Branch Turkey
Kontoinhaber: Hasankeyf ve Dicle Vadisini Yaşatma Derneği
Euro-Konto-Nr.: 301080056-EUR
IBAN-Code: TR360007100296301080056EUR

Wenn Fragen zur Überweisung auftauchen sollten, wenden Sie sich per E-Mail an: hasankeyfgirisimi@gmail.com

Verein zum Erhalt von Hasankeyf und des Tigris-Tales (Hasankeyf ve Dicle Vadisini Yaşatma Derneği)
(Teil der „Initiative zur Rettung von Hasankeyf“)
Batman, Türkei
www.hasankeyfgirisimi.com
hasankeyfgirisimi@gmail.com

Oberstes US-amerikanisches Gericht stigmatisiert Einsatz für Frieden und Konfliktlösungen als terroristische Unterstützung

Urteilsgrundlage war Beratungstätigkeit für kurdische Bewegung und tamilische Befreiungstiger

Monika Morres, August 2010

„Wir müssen unsere Macht auf andere Weise einsetzen", hatte die US-Außenministerin Hillary Clinton im Mai 2010 in einem Beitrag vor dem Brookings-Institut ausgeführt und sich hierbei auf die neue Sicherheitsstrategie der Obama-Regierung bezogen. Danach solle sich stärker auf die Bedrohung durch einheimische Terroristen konzentriert und zu einer etwas differenzierteren Form aus einer Mischung von indirekter Machtausübung und Einflussnahme übergegangen werden. Dem stellvertretenden Sicherheitsberater in Sachen Terrorismus, John Brennan, zufolge habe man „ausdrücklich die Gefahr für die USA durch Menschen, die sich hier im Land radikalisiert haben", erkannt und wolle nicht mehr wie zu Bush-Zeiten von einem „weltweiten Krieg gegen den Terrorismus" sprechen. So sei die Zahl der Bürger, die sich im Ausland terroristisch hätten ausbilden lassen und mit „tödlichen Plänen" in die USA zurückkehren würden, stetig angewachsen.

Oberster US-Gerichtshof kriminalisiert Friedensaktivitäten

Es scheint, dass die US-Justiz das Signal des Strategiewechsels gut verstanden hat. Nur einen Monat nach Clintons und Brennans Äußerungen hat der Oberste Gerichtshof der USA am 21. Juni in einem 6 : 3-Grundsatzurteil die Strafverfolgung von Gruppen und Personen erleichtert, die in den Verdacht gestellt werden, „terroristische" Organisationen zu unterstützen. Zur Verhandlung stand die Bestimmung des „Patriot Act"[1], durch die die materielle Unterstützung jeder Organisation kriminalisiert wird, die das US State Department als „terroristisch" einstuft. Dabei umfasst die Definition der materiellen Unterstützung nicht nur eine mögliche Versorgung mit Waffen, Bargeld oder der Anleitung zum Bombenbau, sondern auch jede Art von personeller Hilfe, Fachgutachten oder Schulung einschließlich der Beratung, wie Konflikte friedlich beigelegt oder wie Menschenrechtsanträge vor die UNO gebracht werden können.

Die Richter entschieden, dass künftig nicht nur Finanzhilfen oder die aktive Mitarbeit als Terrorunterstützung gewertet werden kann, sondern auch zivile Hilfsleistungen wie juristische Aufklärung über die Rechte von Angeklagten oder Seminare zur friedlichen Lösung von Konflikten.

Klage des Humanitarian Law Project (HLP)

Dem Urteil zugrunde lag die Klage der in Los Angeles ansässigen gemeinnützigen Organisation „Humanitarian Law Project (HLP) – International Educational Development Inc.", die über eine lange Vermittlungserfahrung bei internationalen Konflikten und der Schulung ausländischer Gruppen verfügt. So hatten deren Anwälte angestrebt, der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Hilfe und Schulung in Menschenrechtsfragen und Friedensstiftung zu erteilen und zu beraten, wie sie eine Menschenrechtsklage zur Lösung der türkisch-kurdischen Problematik vor die UNO bringen kann. Aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung und weil die PKK vom US State Department als „terroristisch" eingestuft wird, hatte das HLP seine Aktivitäten eingestellt und stattdessen gegen die Anwendung des „Material Support Law" (*Gesetz gegen materielle Unterstützung*) und für das Eintreten von friedlichen und legalen Aktivitäten geklagt.

Neben der kurdischen PKK hatte das HLP auch die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE), die ebenfalls auf dem UN- und EU-Terrorindex gelistet sind, in ähnlicher Weise bei der Lösung der Konflikte beraten.

Garantiertes Recht auf freie Rede nicht mehr garantiert

Nach dem Urteil muss das HLP oder jede andere Gruppe, die ihr Engagement für Vereinigungen fortsetzen, die von der US-Regierung auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt wurden, mit einer Anklage wegen Terrorunterstützung rechnen.

Bei diesem Verfahren Holder[2] gegen HLP handelte es sich um das erste gegen den „Patriot Act“ nach dem 11. September 2001, in dem das garantierte Recht auf freie Rede im Streit gegen Forderungen nach nationaler Sicherheit zur Diskussion stand.

Die Verteidiger erklärten nach der Urteilsverkündung, dass viele Gruppen, die eine friedliche Interessenvertretung bieten, nunmehr verurteilt werden könnten. Selbst der frühere Präsident Carter könne davon betroffen sein, weil er seinerzeit alle Parteien des Libanon in fairen Wahlpraktiken beraten habe.

HLP-Vorsitzender befürchtet Haftstrafe für friedliche Interessenvertretung

Ralph Fertig, Vorsitzender des HLP, sagte nach dem Urteil, er „befürchte“, dass sein Eintreten für die Kurden – auch das für eine gewaltfreie Lösung – „als materielle Unterstützung interpretiert“ und er „dafür nach dem Gesetz verhaftet und verurteilt“ werden könne – mit einem Strafmaß von 15 Jahren.

Sein Verteidiger, Jura-Professor an der Georgetown-Universität und kooperierender Anwalt des Center for Constitutional Rights (CCR), David Cole, sagte: „Wir sind schwer enttäuscht. Das Oberste Gericht hat entschieden, dass Menschenrechtsanwälte, die Schulung und Beistand zur gewaltfreien Lösung von Konflikten gewähren, als Terroristen verfolgt werden können. Im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus hat das Gericht verfügt, dass das ‘First Amendment’[3] dem Kongress gestattet, das Eintreten für Menschenrechte und Friedenstiften zum Verbrechen zu erklären. Das ist falsch.“

Shayana Kadidal, ebenfalls Anwalt von CCR, kommentierte das Urteil: „Die Entscheidung des Gerichts bestätigt den außerordentlichen Wirkungsbereich der Kriminalisierung verbaler Äußerungen durch das Gesetz gegen materielle Unterstützung. Sie verdeutlicht jedoch auch, dass der Wirkungsbereich der Verbote nicht in jeder Anwendung eindeutig sein dürfte, und das gilt für die vielen schwierigen Fragen, die als Einwände erhoben wurden, denen die gegenwärtige Rechtsauffassung ausweicht, einschließlich der Frage, ob es eine kriminelle Handlung darstellt, einen persönlichen Kommentar zu veröffentlichen oder eine parteiliche Mitteilung bei Gericht einzureichen, in der behauptet wird, eine bestimmte Gruppe gehöre nicht auf die Terrorliste. Die Pflicht des Kongresses und der Obama-Administration ist es nun sicherzustellen, dass sich Menschenrechtsgruppen in der Schulung für gewaltfreie Konfliktlösung und humanitärer Hilfe in Krisengebieten engagieren können, ohne strafrechtliche Verfolgung befürchten zu müssen.“

Ursprünglich 1998 eingebracht, verneint die Klage die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen, die die materielle Unterstützung für Gruppen, die durch die Regierung als „terroristisch“ eingestuft wurden, zum Verbrechen erklären. Die Mandanten von CCR hatten versucht, sich verbal für gewaltfreie und legale Ziele einzusetzen. Die Regierung hingegen vertrat die Position, dass **jede** derartige verbale Äußerung – einschließlich des Einreichens einer parteilichen Stellungnahme bei Gericht – ein Verbrechen darstellt, wenn sie als Unterstützung einer als „terroristisch“ eingestuften Gruppe erfolgt.

Juristischer Schlagabtausch

In einem Bericht über den Prozessverlauf schrieb die Journalistin Nina Totenberg, es komme selten vor, dass konservative und liberale Richter gemeinsam die Anwälte beider Seiten derart heftig attackieren wie in diesem Verfahren.

So gab es im Verlauf der Schlussverhandlung mehrere Wortgefechte zwischen Professor Cole und verschiedenen Richtern, die die unterschiedlichen Interpretationen und Auffassungen deutlich machten. Er wurde gefragt, ob er zustimmen könne, dass von den in Rede stehenden Äußerungen einiges reglementiert werden könnte. Cole verneinte dies und erwiderte, dass die Verteidigung von ausschließlich gesetzmäßigen, friedlichen Aktivitäten des durch die Verfassung geschützten „Herzstücks der politischen Redefreiheit“ ausgegangen sei.

Richter Anthony Kennedy fragte nach karitativen Zuwendungen und was davon zu halten sei, „wenn man so einer Organisation [*gemeint die tamilische LTTE*] Tsunami-Hilfe gewähre“?

Cole antwortete, dass „Geld etwas anderes“ sei, nämlich „Leistung, nicht Rede“.

Richter Antonin Scalia bemerkte, Cole’s Mandanten seien frei zu sagen, was sie wollten. Nur könnten sie es nicht in Verbindung mit einer Gruppe, die als terroristische Organisation eingestuft sei. Cole konterte, dass nach dieser Theorie die *New York Times*, *Los Angeles Times* oder die *Washington Post* dafür verurteilt werden könnten, dass sie von Hamas-Führern verfasste Gastkommentare angenommen, bearbeitet und veröffentlicht hätten. Außerdem wies der Verteidiger darauf hin, dass der Oberste Gerichtshof vor mehr als einem halben Jahrhundert anerkannt habe, dass die Mitgliedschaft in der kommunistischen Partei und ihre Unterstützung für sich genommen keine Straftat darstellten und ebenso das friedliche Eintreten für die Kurden und sogar für die PKK nicht strafbar sein könne.

„Ich glaube, es ist sehr unrealistisch, diese terroristischen Organisationen mit der kommunistischen Partei zu vergleichen“, erwiderte Scalia. Er glaube nicht, „dass irgendeine dieser terroristischen Organisationen eine philosophische Organisation darstellt“.

Richterin Ruth Bader-Ginsburg fragte nach dem Unterschied zwischen der PKK und Al Qaida oder den Taliban. „Mit Al Qaida und den Taliban befinden wir uns im Krieg“, entgegnete Cole. „Der Kongress erklärte diese Organisationen nach den Angriffen vom 11. September zu unseren Feinden. Doch mit der PKK befinden wir uns nicht im Krieg. Die Auseinandersetzung mit der PKK ist Sache der türkischen Regierung.“

Von fortdauernden Waffen im AntiTerrorKampf und Harmonikaspielern

Als Vertreterin der US-Regierung bekräftigte die Generalstaatsanwältin im Justizministerium, Elena Kagan[4], die Notwendigkeit des Gesetzes gegen materielle Unterstützung. Es sei „eine unerlässliche Waffe im fortdauernden Kampf der Nation gegen den internationalen Terrorismus".

Die Nachfrage, ob sie die Auffassung vertrete, das HLP könne zwar mit einer als terroristisch eingestuften Gruppe in Verbindung treten, ihr aber keine Ratschläge übermitteln, wie sie ihre Ziele mit legalen Mitteln verfolgen können, wurde von Kagan bestätigt.

Ungläubig hakte Richter Kennedy nach: Man dürfe also eine Organisation davon überzeugen, ihre Waffen niederzulegen, ihr aber nicht sagen, wie man das tut?

„Nein", so Kagan, weil „Sie ihr damit eine äußerst wertvolle Fertigkeit vermitteln würden".

Kennedy: „Vertreten Sie die Auffassung, dass es in diesem Land eine Gesetzesverletzung wäre, ‚Friend-of-the-court-brief'[5] zu den Akten zu nehmen?"

Kagan antwortete: „Ja, das wäre eine illegale Dienstleistung."

Erstaunt insistierte Richter Stephen Breyer: „Sie sagen, eine ausländische Gruppe, die möglicherweise einige US-Bürger als Mitglieder hat, kann keinen Anwalt beauftragen, Mitteilungen [*bei einem amerikanischen Gericht*] zu den Akten zu geben, die sich auf diese Gruppe beziehen?" Ihm folgte seine Kollegin Ginsburg mit der Frage: „Alles, was die Gruppe [*wie HLP*] will, ist legale Aktivitäten zu unterstützen, doch sie darf das nicht tun?"

Kagan blieb bei ihrer Sichtweise: „Sie dürfen keine materielle Unterstützung gewähren, sei sie fassbar oder unfassbar."

Der Vorsitzende Richter John Roberts schien skeptisch: „Ich bin nicht sicher, dass das richtig ist, ich meine die Sache mit der fachkundigen Beratung und Unterstützung. Wie ich hier sitze, weiß ich nicht, ob ich Ihnen sagen könnte, wie man für eine friedliche Lösung oder was auch immer plädieren soll. Ist das fachkundige Beratung?"

Und Richterin Sonia Sotomayor[6] meinte, „nach der Definition der Regierung wäre es illegal, diesen Mitgliedern das Harmonikaspielen beizubringen".

Sarkastisch daraufhin Richter Scalia: „Na ja, [*11.9.-Attentäter*] Mohammed Atta und sein Harmonikaquartett könnten durchs Land touren und eine Menge Geld machen."

Kritik an Gerichtsentscheidung Ex-US-Präsident Carter sieht Arbeit von Menschenrechtsorganisationen bedroht

Die meisten US-amerikanischen Tageszeitungen kritisierten die Entscheidung des obersten Gerichts als Angriff auf demokratische Rechte und eklatante Behinderung der Arbeit von Bürger- und Menschenrechtsorganisationen. Die *American Civil Liberties Union* (ACLU) veröffentlichte am 21. Juni als erste die Erklärung des früheren US-Präsidenten Jimmy Carter, in der er u. a. ausführte: „Wir sind enttäuscht darüber, dass der Oberste Gerichtshof ein Gesetz bestätigt hat, das die Arbeit von Menschenrechts- und Konfliktlösungsgruppen einschränkt. Das *Gesetz gegen materielle Unterstützung*, dessen eigentliche Zweckbestimmung es ist, den Terrorismus zu beenden, bedroht in Wirklichkeit unsere Arbeit wie auch die vieler anderer friedensstiftender Organisationen, die direkt auf Gruppen einwirken, die sich der Gewalt verschrieben haben. Die vagen Formulierungen des Gesetzes lassen uns fragen, ob wir nun für unsere Bemühungen verurteilt werden können, Frieden und Freiheit zu befördern."

Die Grundsatzentscheidung des obersten US-Gerichts ist die logische Fortsetzung der Politik der Obama-Regierung mit dem Instrument des Strafrechts. Wie zu Bush-Zeiten steht auch die neue US-Administration nicht in dem Verdacht, sich durch friedenspolitische Aktivitäten hervorzutun. Das mit militärischen Mitteln verfolgte Streben nach Hegemonie und Sicherung von Ressourcen in allen Teilen dieser Erde lässt demokratisches und an Menschenrechten orientiertes Handeln weit in den Hintergrund treten. Organisationen und Personen, die sich diesen Weltmachtambitionen in den Weg stellen – sei es mit Worten oder Taten –, werden naturgemäß als störend betrachtet und entsprechend bekämpft. Nahezu zwangsläufig folgt dieser Sichtweise, auch jene Gruppen und Individuen zu kriminalisieren, zu isolieren und mit Freiheitsstrafen zu bedrohen, die sich anschicken, am Prinzip von Solidarität, Humanität, Friedensstiftung und Völkerverständigung festzuhalten. Es spricht für sich, dass ausgerechnet das Beraten über friedliche Lösungskonzepte in Konfliktsituationen von den Richterinnen und Richtern des höchsten Gerichtes der USA als terroristische Unterstützungshandlung geächtet wird und mithin die Akteure „zum Abschuss" freigegeben werden.

Sprechen wir von der PKK. Weil die kurdische Freiheitsbewegung den Plänen der USA, Türkei, der EU und mithin der NATO hinsichtlich einer Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens nicht zuletzt wegen ihrer für diese Region erstaunlichen Modernität und fortschrittlichen Prinzipien im Wege steht, entstand im Jahre 2006 das Konzept einer „Anti-PKK-Koordination", das bei einem Zusammentreffen von US-Präsident Obama und Tayyip Erdoğan im Dezember 2007 bekräftigt wurde. Seitdem steht die Bekämpfung der kurdischen Befreiungsbewegung auf der Agenda einer jeden in regelmäßigen Abständen stattfindenden Sitzung mit Regierungsvertreterinnen und -vertretern der USA, der Türkei und Ländern der Europäischen Union.

Jeder staatliche Besuch aus den USA oder einem europäischen Staat in der Türkei (oder umgekehrt) wird von Ministerpräsident Erdoğan obligatorisch dazu genutzt, um noch mehr Unterstützung für seinen Krieg gegen die kurdische Bewegung zu erhalten. Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle haben sich bei ihren jüngsten Visiten in Ankara derlei Wünsche, insbesondere im Hinblick auf die For-

derung nach finanzieller Austrocknung der PKK, notieren müssen.

Druck aus den USA: EU-Aktionsplan gegen die Arbeiterpartei Kurdistans

Wie sehr die Anti-PKK-Strategie jedoch von den USA gelenkt wird, zeigt sich seit Jahresbeginn in dem EU-weit verstärkten und koordinierten Vorgehen gegen die Bewegung, ihre Institutionen und Repräsentant/inn/en. Als Beleg hierfür dient ein Gespräch, das die türkische Zeitung *Zaman* in ihrer Ausgabe vom 20. März 2010 mit der Koordinatorin in der Abteilung Terrorbekämpfung des US-Außenministeriums, Shari Villarosa, führte. Darin äußerte sie, dass die Polizeiaktionen gegen den kurdischen Fernsehsender ROJ TV, den Kurdischen Nationalkongress in Brüssel sowie gegen kurdische Exilpolitiker in Belgien, Italien und Frankreich auf Druck Washingtons erfolgt seien.

Ebenfalls im März ist im „Ständigen Ausschuss des EU-Rats für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit“ (COSI) beschlossen worden, an Maßnahmepapieren zu „Aktionen zur Unterbrechung von PKK-Finanznetzwerken“ wie das Abfangen von Geldkurieren in die Region Kurdistan zu arbeiten. Dies ergab die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion zu EU-Maßnahmen gegen die PKK. So habe außerdem die EU-Justizbehörde *Eurojust* im vergangenen Jahr in Istanbul ein Treffen zur Bekämpfung der PKK abgehalten und das Bundeskriminalamt an Europol-Besprechungen zu „strategischen und operativen Aspekten der Bekämpfung politisch motivierter Kriminalität“ teilgenommen.

In ihrer Ausgabe von 11. Juni 2010 berichtet die Tageszeitung *junge Welt* von einem internen Maßnahmenpapier des EU-Antiterrorismuskoordinators Gilles de Kerchove. Aus dem geht hervor, dass Schulungen für türkische Sicherheitsorgane zur Auslieferung kurdischer Exilpolitiker an die türkische Justiz geplant seien. Für Mitte 2011 sollen auch entsprechende Praktika für Mitarbeiter dieser Behörden ermöglicht werden.

Stigmatisierung per Gerichtsurteil auch in Deutschland möglich?

Zurück zum Urteil des obersten US-Gerichts.

In den vergangenen Jahrzehnten haben wir gelernt, dass positive wie negative kulturelle und politische Entwicklungen in den USA mit gewissen Verzögerungen in Europa und somit in der Bundesrepublik ankommen. Stellt sich die Frage, ob das auch für die Haltung des Supreme Court gelten könnte. Zu befürchten ist es.

Die Anwendung des § 129b Strafgesetzbuch in Verbindung mit dem Außenwirtschaftsgesetz auf die türkische DHKP-C oder die tamilische LTTE – die eine nahezu marginalisiert, die andere militärisch von der srilankischen Armee besiegt – könnte auch auf die PKK ausgeweitet werden. Dies jedenfalls erwäge die Bundesanwaltschaft (BAW) – wie die *junge Welt* „aus Justizkreisen in Erfahrung bringen konnte“ (Ausgabe vom 16. Juli 2010).

Es liegt nahe, dass die Behörden auch ein Interesse daran haben könnten, die Kriminalisierung auf Unterstützungsleistungen oder Beratungsaktivitäten auszuweiten. Stigmatisierungen finden sich ja bereits vielfach: Die *Bild*-Zeitung rückt kurdischstämmige NRW-Landtagsabgeordnete in „Terrornähe“, weil deren Kandidatur von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) unterstützt worden war, und das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Legitimierung der geheimdienstlichen Beobachtung der Linkspartei ist zweifellos dazu geeignet, einen parteipolitischen Konkurrenten zu denunzieren. Den Zweck der Isolierung erfüllen natürlich auch alle Berichte des Bundesverfassungsschutzes und seiner Landesbehörden, in denen Organisationen und Personen aufgeführt sind.

Dass politisch motivierte Ausgrenzung auch auf anderer Ebene stattfinden kann, zeigt sich an zwei Beispielen:

Im Jahre 2006 erhielt der Verein Initiativ e.V. vom Finanzamt Duisburg-Hamborn die Mitteilung, dass ihm die Gemeinnützigkeit aberkannt werde. Begründet wurde dies u. a. so: „Nach den Veröffentlichungen im Verfassungsschutzbericht des Landes NRW für 2004, S. 85/86 und 2005, S. 63/64 wird deutlich, dass der Verein mit seinen Aktivitäten (auch) terroristische Widerstandsgruppen im Irak, Gruppierungen in Palästina und der ETA nahestehende Organisationen im Baskenland ideell und materiell unterstützen möchte.“ Das, was Initiativ e. V. äußere, sei nicht gemeinnützig und es gehe in dem Verfahren „ums Prinzip“, erklärte in einem Erörterungstermin vor dem Finanzgericht Düsseldorf ein Vertreter der Finanzbehörde Duisburg. Hiergegen hatte Initiativ geklagt.

Im Februar 2009 hatte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz mit der Diffamierung der seit 1990 existierenden Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V. (a.i.d.a.) als „linksextremistisch“ begonnen. Die erste Folge hiervon war, dass das für seine Arbeit mehrfach ausgezeichnete Archiv aus dem Beratungsnetzwerk der Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus ausgeschlossen wurde. Dann musste der Verein eine eigens hierfür geschaffene Teilzeitstelle wieder kündigen und schlussendlich widerrief das Finanzamt die im Januar 2009 erteilte vorläufige Gemeinnützigkeit.

Gemeinsam kämpfen

Unter dem Deckmantel des so genannten AntiTerrorKampfes sind in den letzten Jahren elementare Grundrechte massiv eingeschränkt oder abgebaut worden. An die Stelle politischer Auseinandersetzungen sind zunehmend Restriktionen, Repression, Polizei- und Strafrechtsmaßnahmen getreten. Kurdinnen und Kurden bekommen dies schon lange zu spüren, doch hat sich ihre Situation nach den Gesetzesverschär-

fungen, die nach dem 11.9.2001 vom Bundestag verabschiedet wurden, nochmals verschlechtert. Insbesondere sie werden unter Generalverdacht gestellt und als Risiko der inneren Sicherheit stigmatisiert. Sie müssen erfahren, dass nahezu jede politische Betätigung als „kriminell“ oder „terroristisch“ eingestuft und entsprechend strafverfolgt wird. Jede Bundesregierung hat sich im türkisch-kurdischen Konflikt wenig bis gar nicht um Lösungskonzepte bemüht, dafür aber umso mehr die türkische Karte der politischen Verfolgung „gespielt“.

Das macht das Leben für einen Großteil der kurdischen Bevölkerung in diesem Land so extrem schwierig. Damit wenigstens diese und kommende Generationen bessere Perspektiven für ihre Zukunft haben, sollten wir uns verantwortlich fühlen, Kurdinnen und Kurden zu unterstützen und uns solidarisch erklären mit ihren legitimen Forderungen an Politik und Gesellschaft. Es gilt, gemeinsam für Freiheit, Befreiung, Emanzipation, Demokratie und gerechten Frieden zu kämpfen. ♦

Fußnoten:

1) **USA Patriot Act**: Apronym für **U**niting and **S**trengthening **A**merica by **P**roviding **A**ppropriate **T**ools **R**equired to **I**ntercept and **O**bstruct **T**errorism Act – amerikanisches Bundesgesetz, im Zuge des “Krieges gegen den Terrorismus“ am 25. Oktober 2001 vom Kongress verabschiedet.

2) Kläger war der Justizminister (in den USA gleichzeitig Generalstaatsanwalt) Eric H. Holder, jr.

3) Erster Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten: „Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einrichtung einer Religion betrifft, die freie Religionsausübung verbietet, die Rede- oder Pressefreiheit oder das Recht des Volkes einschränkt, sich friedlich zu versammeln und die Regierung um die Beseitigung von Missständen zu ersuchen.“

4) Die Rechtswissenschaftlerin Elena Kagan wurde am 5. August 2010 mit 63 zu 37 Stimmen vom US-Senat zur Richterin des Obersten Gerichtshofs nominiert. Sie war die Wunschkandidatin von US-Präsident Barack Obama.

5) Mitteilung eines parteiischen Sachverständigen, s. unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Amicus_Curiae]

6) Sonia Sotomayor wurde auf Vorschlag von Präsident Obama vor einem Jahr vom US-Senat als Richterin am Supreme Court bestätigt. Sie gilt wie Elena Kagan als liberal.

Warum ist der amerikanische Journalist Jake Hess in Haft?

AMED – Der US-amerikanische Journalist Jake Hess wurde am 11. August 2010 von der türkischen Polizei im Rahmen der „KCK-Untersuchungen“ festgenommen. Der Journalist, dem vorgeworfen wird, er sei „der PKK behilflich gewesen“, ist von Ausweisung bedroht.

Es ist bekannt, dass Jake Hesse aufgrund seiner journalistischen Tätigkeit dem türkischen Staat ein Dorn im Auge ist. Jake Hess ist der einzige westliche Journalist, der beispielsweise davon berichtet, dass das türkische Militär Wälder anzündet und zivile Ziele bombardiert.

Hess, der als freier Journalist arbeitet, veröffentlichte in der als linksoppositionell bekannten Nachrichtenagentur IPS. Die letzte Nachricht von Hess erschien am 4. August und handelte von südkurdischen Flüchtlingen, deren Dörfer vom türkischen Militär dem Erdboden gleichgemacht wurden und die auf ihrem Weg durch Suleymaniye gekommen sind.



Jake Hess Foto: DIHA

In einem Artikel vom 13. Juli schreibt Hess, dass das türkische Militär in den kurdischen Gebieten Wälder mutwillig anzündet und keinerlei Bemühungen unternommen werden, diese wieder zu löschen. In einer im Mai veröffentlichten Nachricht klagt Hess an, dass Folter in der Türkei nach wie vor eine gängige Praxis sei, und trug somit die Schreie der Folteropfer in die Gesellschaft. Der türkische Staat, dem die Berichterstattung von Hess über die Geschehnisse vor Ort ein Dorn im Auge ist, ist nun zur Tat geschritten und hat gestern den US-amerikanischen Journalisten festgenommen.Als Grund für die Festnahme wurden angebliche Verbindungen zur KCK genannt. Hess, der sich in Polizeigewahrsam befindet, wird morgen einem Haftrichter vorgeführt. Es ist ihm laut vorliegenden Informationen nicht erlaubt, vor Ablauf der 24-Stunden-Frist einen Anwalt zu sprechen.

Nach Abschluss des Prozesses könnte Hess von den türkischen Behörden ausgewiesen werden.

Quelle: ANF, 12.08.2010, ISKU

Großmachtkonflikte und die Tragödie der Tamilen

Wenn Elefanten kämpfen, wird das Gras zertrampelt (afrikanische Redensart)

Viraj Mendis*

Die in den Medien verbreitete Darstellung des Blutbades in Sri Lanka vermittelte den Eindruck, dass der Konflikt auf der Insel ein ethnischer Krieg zwischen zwei Parteien sei, deren Widersprüche schon immer existiert hätten. In diesem Artikel argumentiere ich, dass die Gründe für den Konflikt tatsächlich in einem engen Zusammenhang mit politischen Entscheidungen westlicher und anderer Mächte stehen. Sie sind auch nicht nur das Ergebnis vergangener Kolonialpolitik, sondern das Ergebnis von Entscheidungen, die in der Gegenwart getroffen wurden und werden.

Die besondere humanitäre Tragödie der Tamilen ist das Endergebnis einer Militäroffensive der sri-lankischen Regierung, mit der die 15 000 km² große Region Vanni (70 % der Größe El Salvadors) eingenommen werden sollte, die sich unter der Kontrolle der Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) befand. Anfang 2007, als die Offensive eingeleitet wurde, wurde dieses Gebiet im tamilischen Norden der Insel von ungefähr 400 000 Menschen bewohnt. Während des norwegisch vermittelten Friedensprozesses von 2002 bis 2006 diente die Region Vanni als Basis für die Tamilen, während Verhandlungen zwischen der Regierung Sri Lankas und den LTTE stattfanden. International wurde die Auffassung legitimiert, dass die im Vanni gelegene LTTE-Verwaltung die tamilischen Aspirationen repräsentierte, als in den Wahlen in 2001 und 2004 eine klare Mehrheit der Bevölkerung des Nordostens der Insel für die Tamil National Alliance (TNA) stimmte. Die TNA war mit der Aussage angetreten, dass die LTTE die einzige Organisation sei, die das Recht hatte, im Namen der Tamilen Verhandlungen zu führen. Der Waffenstillstand zwischen den LTTE und der sri-lankischen Regierung und die darauffolgenden Friedensverhandlungen wurden von der singhalesischen und tamilischen Bevölkerung mit immensem Optimismus betrachtet und als Weg aus der unlösbaren militärischen Konfrontation gesehen, die Tod und Zerstörung in gewaltigem Ausmaß verursacht hatte. Die internationale Unterstützung für den Friedensprozess, konkret ausgedrückt durch die EU, USA, Japan und Norwegen, die mit stillschweigender Unterstützung der restlichen Länder als Co-Vorsitzende des Prozesses fungierten, verhieß Gutes für den Erfolg der Verhandlungen. Als die Norweger die militärischen Demarkationslinien zwischen den LTTE-verwalteten Regionen des Vanni und jenen Gebieten des mehrheitlich tamilischen Nordostens unter Kontrolle der sri-lankischen Armee anerkannten, geschah dies mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Die Norweger hatten die gleiche internationale Unterstützung, beiden Seiten während des Verhandlungsprozesses einen Paritätsstatus zu verleihen. Der vierjährige Friedensprozess vergrößerte die internationale Wahrnehmung des Konfliktes in Sri Lanka um ein Vielfaches. Akademiker, Politiker und staatliche Vertreter verschiedener Länder forschten und beteiligten sich in dem anscheinend erfolgreichen Friedensprozess in Sri Lanka.

Es war kein Geheimnis, dass der Ursprung des Konfliktes in der Unterdrückung der Tamilen liegt. Die Diskriminierung der tamilischen Bevölkerung, die Unterdrückung und die rassistischen Pogrome, die sie auf der Insel zu erleiden hatten, seit Sri Lanka vor über 60 Jahren in die Unabhängigkeit entlassen wurde, war bereits gut dokumentiert und für alle in der internationalen Gemeinschaft verfügbar. Dieses Wissen kam der Überzeugung hinzu, dass eine dauerhafte und gerechte Lösung des Konfliktes nur durch Verhandlungen zwischen den Tamilen und den Singhalesen möglich ist – und nicht durch militärische Unterwerfung.

Aber trotz alledem unternahmen die Vereinten Nationen als globale Institution zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens und des Schutzes der Menschenrechte keinerlei praktische Schritte, um die srilankische Regierung daran zu hindern, eine militärische Offensive von solcher Intensität zu starten, dass dem ehemaligen UN-Sprecher Gordon Weiss zufolge „bis zu 40 000 Zivilisten während der letzten Phase" des Krieges ihr Leben verloren. Tatsächlich wäre es korrekt zu sagen, dass die Länder, welche die UN konstituieren, *en masse* von ihrer ursprünglichen Unterstützung des Friedensprozesses und einer Verhandlungslösung in 2002 abrückten, um vier Jahre später eine militärische Lösung zu unterstützen – mit schrecklichen Konsequenzen für die tamilische Bevölkerung der Insel.

Warum ist dies geschehen?

Es wird gewöhnlich gesagt, dass die Großmächte eine *herzlose Gleichgültigkeit* gegenüber dieser kleinen Insel und ihren Einwohnern einnähmen. Es wird gesagt, dass die Unterstützung der Friedensinitiative und später einer militärischen Lösung durch die sri-lankische Regierung Launen waren, die zu verschiedener Zeit von den mächtigen Ländern eingenom-

men wurden, weil das Problem der Tamilen in Sri Lanka nicht wichtig sei, da kein signifikantes materielles Interesse an der Insel bestehe. Zum Beispiel wird gesagt werden: *Es gibt kein Öl*. Sivaram, der brillante tamilische Analytiker vertrat (in einem Video-Interview mit uns im April 2004: siehe http://www.humanrights.de/doc_en/countries/sri-lanka/sivaram/sivaram_4_d.wmv) hingegen genau das Gegenteil. Seine Argumentation richtet das Augenmerk nicht nur darauf, warum die Insel wichtig ist für die Großmächte, sondern weist darüber hinaus auf ein wichtiges Weltereignis hin, das sich während der Friedensgespräche ereignete und den rapiden Positionswechsel der größten Mächte erklären kann.

„Übertragung der Souveränität oder nicht, Amerika möchte eine große Streitkraft permanent im Irak stationieren, damit sie das weltweit billigste Öl unter Kontrolle haben können. Wenn Amerika, sagen wir, ungefähr 100 000 Truppen im Irak behält (...) brauchen sie vorgezogene Versorgungsposten. (...) Um in den Irak zu kommen, ist es für sie einfacher, durch die Südchinesische See zu kommen, die Straße von Malacca zu passieren, dann an Sri Lanka vorbei, durch die Arabische See, die Straße von Hormuz und dann durch den Persischen Golf. Dies ist die kürzeste und praktikabelste Route. Amerika muss den Mittleren Osten, den Irak also vom Pazifik aus kontrollieren. (...) Sri Lanka befindet sich genau in der Mitte, dies ist ein idealer Ort für einen vorgezogenen Posten, um den Persischen Golf und den Irak und den Rest zu dominieren. Sie können dies nicht die ganze Zeit mit ihren Flugzeugträgern machen, es ist wirklich teuer. Wenn sie also so viele tausend Truppen unterhalten wollen, benötigen sie einen Ort hinter der Südchinesischen See. Und der Ort, den sie bereits haben, ist viel zu klein – Chargos und Diego Garcia. Der naheliegende Kandidat, der offensichtliche Kandidat scheint Sri Lanka zu sein. Und die Tamilen bewohnen unglücklicherweise ein Gebiet, das sehr wichtig ist.“

Sivram (den Professor Plate *den Mann, der zu viel wusste*, nannte) wurde für seine Unbequemlichkeiten ermordet, bevor er eine detaillierte Analyse der US-Interessen in Sri Lanka beenden konnte, an der er zu jener Zeit arbeitete.

Im Gebiet, das die Tamilen bewohnen, liegt der strategisch wichtige Hafen von Trincomalee im Nordosten der Insel. Der Wert und die Bedeutung dieses Hafens wurden von allen Kolonialmächten der Geschichte begriffen – von den Portugiesen, den Niederländern, den Franzosen und natürlich den Briten (siehe www.pptsrilanka.org in Accusations, Crimes against peace, 1.4).

Heute sind es die USA, die zwei Kriege im Mittleren Osten führen, die besonderes Interesse daran haben, die Kontrolle über diese strategische Seeroute durch den Indischen Ozean zu behalten. Diese Region wird zweifellos wichtig, wenn man die Gegenstrategien der USA gegen die Machtprojektion des rapide aufsteigenden China in Betracht zieht.

Sivaram sagt weiter: „Seerouten sind wichtige Arterien der Weltexistenz. Fast die Hälfte der weltweiten Containerverschiffungen passieren diesen Weg. Und China tritt als ein großer Akteur in diesem Spiel auf. China muss auch seine wachsende Energienachfrage abdecken. Der Energiebedarf wächst. China muss sich also ebenfalls um die Seerouten kümmern. Aber wenn die USA die Seerouten an diesen entscheidenden strategischen Punkten kontrollieren oder dominieren, gibt dies den USA einen spezifischen Vorteil – den sie momentan in der Straße von Hormuz genießen. Alle Schiffe, die die Straße von Hormuz passieren, werden von den US-Streitkräften bestiegen und überprüft, unter dem Vorwand des Terrorismus. Sie kontrollieren hier [zeigt auf die Karte], sie kontrollieren in dem Inselmeer der Philippinen. (...) In der aufkommenden globalen Gleichung gibt es eine Stelle, an der wir uns befinden, und es ist heute die größte Herausforderung für die Tamilen, darauf zu achten, dass ihre Sache nicht unter den Stiefeln der Großmächte zertreten wird.“

Aber eine Spaltung der Weltmächte bedeutet für sich noch nicht, dass eine Institution der internationalen Gemeinschaft wie die UN notwendigerweise die sri-lankische Regierung und ihren Krieg gegen die Tamilen unterstützt. Während es bei der Bombardierung des Gaza-Streifens durch Israel, die sich in der gleichen Zeit ereignete, eine klare Spaltung zwischen den verschiedenen Mächten gab, nahmen die UN eine andere Haltung ein. Die Mehrheit der humanitären Helfer der UN bestanden darauf, im Kriegsgebiet zu bleiben, selbst als Israels Streitkräfte vorsätzlich UN-Standorte angriffen. In Sri Lanka hingegen zogen sich die UN-Mitarbeiter sogar noch vor Beginn der schweren Angriffe auf die tamilische Bevölkerung zurück – selbst als die tamilische Zivilbevölkerung sie anflehte zu bleiben.

Die strategische Bedeutung Israels für die USA ist klar. Während China und andere Großmächte keine Möglichkeit besitzen, in Israel Fuß zu fassen und die USA zu verdrängen, besteht in Sri Lanka hingegen diese Möglichkeit. Dies ist der Grund, warum die Spaltungen zwischen den Weltmächten im Falle des Gaza-Streifens die Öffnung von politischen Räumen und einen Informationsfluss ermöglicht haben, während im Fall von Sri Lanka praktisch alle Mächte und ihre Alliierten bereit waren, miteinander um die Unterstützung der sri-lankischen Regierung zu ringen – mit der Erwartung, dass sie die Gunst des Regimes für sich gewinnen und die Oberhand an dieser wichtigen strategischen Stelle erlangen, sobald sich die Aufregung gelegt hat. Während des Kalten Krieges stoppte Indien die extremeren Angriffe der sri-lankischen Regierungen gegen die tamilische Bevölkerung, weil die tamilische Befreiungsbewegung sowohl von Indien als auch der Sowjetunion als Gegengewicht zu Vorstößen der USA nach Trincomalee gesehen wurde. Obwohl weder Indien noch ihr strategischer Alliierter, die Sowjetunion, die tamilische Sache offiziell unterstützten, ist wohlbekannt, dass Indien in den 80er Jahren die tamilischen bewaffneten Gruppen militärisch ausbildete. Des Weiteren ermöglichte Indiens Haltung gegenüber den Tamilen in Sri Lanka, dass zwischen den Tamilen im indischen

Bundesstaat Tamil Nadu und denen auf der Insel eine Art ethnischer Solidarität gedieh. Dadurch konnten auf sehr effektive Weise Berichte über das Leiden, dem die Tamilen in Sri Lanka ausgesetzt waren, international verbreitet werden. Aber als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre Risse in dem einst mächtigen Sowjetblock erkennbar wurden, leitete Indien einen sukzessiven Prozess der Neuorientierung ein, der sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion noch beschleunigte. In den 90er Jahren wechselte Indien in eine noch tiefere Allianz mit den USA gegen China und legte sein ehemals anti-koloniales Image ab. Ein amerikanischer Analytiker führt unter Berufung auf Äußerungen des indischen Premierminister A. B. Vajpayee an: „Wie in Vajpayees Programm von November 2003 [20. Jahresprogramm zum Erlangen des Großmachtstatus] erläutert, wird Indien einen Ausbau seiner weiträumigen Kapazitäten zur Machtprojektion bis zum Golf als auch eine größere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung mit lokalen Staaten anstreben. (...) Um diese Ziele zu verwirklichen, argumentierte er [Premierminister Vajpayee], dass die strategische Partnerschaft mit den USA unentbehrlich sei, damit Indien immer die Option der US-Unterstützung für seine Ziele habe. Anderenfalls werde ‚Indiens Fähigkeit, Macht und Einfluss ins Ausland zu projizieren, in höchstem Maße gefährdet'."

Die strategische Logik, die der Bereitschaft Indiens zugrunde liegt, sich neu zu orientieren und seine neue Koalition mit den Vereinigten Staaten zu formalisieren, kann erklärt werden in Bezug auf seine Ambitionen, dem Einfluss Chinas in der Region entgegenzuwirken sowie seine Fähigkeiten zu verbessern, seine Macht über die traditionellen strategischen Grenzen hinaus zu projizieren. Aber gleichzeitig hat diese politische Ausrichtung Indiens vorherige Haltung aufs Spiel gesetzt, seine inneren strategischen Parameter – darunter fällt Sri Lanka – vor jeglichem äußeren Eindringen zu verteidigen. Zweifellos verschärfte dieser Politikwechsel die Angreifbarkeit der Forderung der Tamilen nach Selbstbestimmung, indem zuvor existierende Barrieren entfernt wurden, die andere Großmächte daran gehindert hatten, die Situation zu dominieren.

Obwohl die Sowjetunion zusammengebrochen war und die USA sich als Gewinner des ideologischen Krieges gegen den Kommunismus sahen, standen die westlichen Mächte den LTTE immer noch argwöhnisch gegenüber. Das Wirtschaftsmagazin *The Economist* erfasste die Haltung der Mächte im Westen gegenüber den LTTE auf prägnante Weise: „Es wurde von den Tigers angenommen, dass sie Kommunisten seien – vielleicht sind sie es immer noch."

Mit der Angleichung der US-indischen Interessen (zumindest im kurz- bis mittelfristigen Sinne) in Bezug auf den Hafen von Trincomalee schwand der humanitäre Raum zum Atmen für die Sache der Tamilen rapide. Und als auch China mit seinem eigenen massiven Hafenbauprojekt in Hambantota im singhalesischen Süden und massiven Infrastruktur-Investitionen, Krediten und Militärhilfe in Sri Lanka einrückte, eskalierte das geostrategische „große Spiel", bei dem die US-indische Achse mit den Chinesen um die Vorherrschaft über Sri Lanka konkurrierte. Dies ist auch der Hintergrund dafür, warum sich als Gegengewicht zur pro-amerikanischen Unterstützung des sri-lankischen Staates eine internationale anti-amerikanische Allianz aufschwang, ihre Unterstützung für das gleiche sri-lankische Regime zu bekunden. Und im Gegensatz zum Kalten Krieg, wo die sri-lankische Regierung weitgehend von den USA unterstützt und die Tamilen von Indien protegiert wurden, versuchten nun alle drei Mächte – die USA,



Tamilische Schülerin hat kein Dach, aber dafür einen singhalesischen Soldaten!
Foto: Viraj

China und Indien –, sich gegenseitig auszustechen bei der Unterstützung ein und derselben Seite, des sri-lankischen Regimes. Alle drei Mächte und ihre Alliierten wetteten darauf, dass die Tamilen verlieren würden. Es war also nicht der Fall, dass die drohende humanitäre Tragödie den Personen in den Machtpositionen der Welt nicht bekannt gewesen sei. Die Realität ist, dass sie nur allzu gut Bescheid wussten!

In diesem Wettstreit wurden alle ethischen, humanitären oder sogar ideologischen Überlegungen vom Opportunismus höchsten Ausmaßes ersetzt. Die einzige Regel, die beide Seiten befolgten, schien zu sein: Der Feind unseres Feindes ist unser Freund. Dies ist der Kontext der Impotenz der Vereinten Nationen, irgendeinen praktischen Schritt zu ergreifen, das Massaker zu stoppen. Und es ist der Kontext des unglaublichen Umstandes, dass der UN-Menschenrechtsrat, der für

bedrohte Völker wie die Tamilen sprechen soll, letztlich für eine von der sri-lankischen Regierung vorgelegte Resolution stimmte, in der sie ihr Vorgehen gegen die Tamilen rechtfertigt!

Das Ergebnis war, dass von den USA bis Cuba, von Israel bis Iran, von Indien bis Pakistan, von Russland bis Großbritannien, all diese Länder in entscheidenden Momenten des Krieges konkrete Schritte zur Unterstützung der sri-lankischen Regierung ergriffen.

In der Tat seltsame Bettgenossen, und so viele so verschiedene, im gleichen Bett! Aber was bringt sie alle dorthin? Ideologisch sind sie so verschieden. Wir haben die Anführer des Kapitalismus, die Fackelträger des Sozialismus, Zionismus, islamischen Fundamentalismus und *alles* dazwischen. Was ist die Gemeinsamkeit, die sie alle dazu bringt, solch eine brutale rassistische Diktatur auf dieser kleinen Insel zu unterstützen? Die eine gemeinsame Sache, die wir finden können, ist, dass sie ihre materiellen Interessen und die ihrer Alliierten höher stellen als ethische oder moralische Überlegungen hinsichtlich des Schicksals zehntausender Menschen, die vor dem sicheren Tod stehen. Dies ist der Fall, obwohl all diese Länder in ihren jeweiligen Wertesystemen verkünden, dass ethische oder moralische Überlegungen an erster Stelle stünden. Sie werden ihre eigenen Rechtfertigungen für die Unterstützung des Regimes haben – gewöhnlich als Gründe gegen die LTTE zum Ausdruck gebracht. Die USA werden es als Teil ihres „Krieges gegen den Terror“ darstellen, während Cuba es als Verteidigung der „territorialen Integrität“ eines Dritte-Welt-Landes rechtfertigen wird. Aber sie alle werden es vermeiden, die Tatsache zu erwähnen, dass es die strategische Bedeutung der Insel ist, die ihr Handeln bestimmt. Sie werden alle die Tatsache zu verschleiern suchen, dass sie materielle Gründe für die Unterstützung der sri-lankischen Regierung hatten – und daher bereit waren, die Tamilen zu opfern. Sie werden eine andere Terminologie und Begründung benutzen, um an der gleichen Rechtfertigung zu enden – dass der Tod der Tamilen im Grunde nicht der Fehler der sri-lankischen Regierung war, sondern der Fehler der Tamil Tigers. Und wenn die Tamilen die Tamil Tigers unterstützt haben, dann ist es der Fehler der Tamilen selbst. Auf diese Weise werden die politischen Rechtfertigungen all dieser ungleichen Staaten zusammenkommen und die Menschen verwirren und irreleiten, weg von den wahren Gründen für das Massaker an den Tamilen in Sri Lanka, und dazu dienen, ihre eigenen Gründe für die Unterstützung dieser Brutalität zu verdecken.

Sie werden eine andere Terminologie und Begründung benutzen, um an der gleichen Rechtfertigung zu enden – dass der Tod der Tamilen im Grunde nicht der Fehler der sri-lankischen Regierung war, sondern der Fehler der Tamil Tigers.

Die Machtdynamiken, die diese Bedingungen geschaffen haben, werden nach der tamilischen Tragödie weiter bestehen. Damit irgendeine Hoffnung bestehen kann, diesen Zustand zu ändern, müssen diese Dynamiken entwirrt und analysiert werden. Einige der Regierungen und Kräfte, die die sri-lankische Regierung unterstützt haben, behaupten und glauben sogar, dass im Allgemeinen sie selbst auf der Seite der Unterdrückten stehen. In einem bestimmten Ausmaß auf globaler Ebene mag dies vielleicht stimmen. Diejenigen, die sie unterstützen, argumentieren vielleicht, dass ihr Handeln in Unterstützung des sri-lankischen Regimes – wie problematisch, opportunistisch es auch sein mag – Teil einer generellen Strategie sei, die materiellen Bedingungen für die Unterdrückten und Geknechteten der Welt zu verbessern und dass die Tamilen und ihre Sache notwendige Kollateralschäden in diesem „großen Spiel“ seien.

Aber wir nehmen einen entgegengesetzten Standpunkt ein. Wir glauben fest daran, dass sich die Menschheit nur entwickeln kann, wenn wir auf der Seite derjenigen stehen, die wie die Tamilen am meisten unterdrückt sind, und ethische und moralische Motivation an die erste Stelle setzen. Wir sind davon überzeugt, dass dieser Grundgedanke in allen Religionen und humanitären Ideologien und Philosophien vorhanden ist – nicht nur in einem strategischen, sondern in einem praktischen, tagtäglichen Sinne. Zum Beispiel drückt die christliche Theologie dies in dem wohl bekannten Spruch aus, der Jesus zugeschrieben wird: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Für den Sozialismus argumentiert Lenin, dass die „‘unterste Masse‘ (…) die tatsächliche Mehrheit“ sei, und schreibt weiter: „Wenn wir Sozialisten bleiben wollen, [*müssen wir*] tiefer, zu den untersten, zu den wirklichen Massen gehen: darin liegt die ganze Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und der ganze Inhalt dieses Kampfes.“

Wo immer man sich in der Welt befindet, und welcher Religion, Ideologie oder Philosophie man angehört, wird man unausweichlich feststellen, dass diese fundamentale Ethik tief darin verwurzelt ist. Was 2009 im Fall der Tamilen geschehen ist, ist dass, in welchem Land man auch leben mag, diejenigen mit Macht und Einfluss ihre materiellen Interessen über diese ethischen Vorstellungen gestellt haben und versuchen werden, dies auf irgendeine Weise politisch zu rechtfertigen. Aufgrund der Universalität dieser Begebenheit hat sich in der politischen Welt das Gleichgewicht von humanitären ethischen Werten hin zu kruden materiellen Interessen verlagert. Um voranzuschreiten, ist es angesichts dieses historischen Tiefstandes der Ethik in der internationalen Politik notwendig, eine gemeinsame Wissensbasis aufzubauen, um die strategischen Dynamiken der Mächtigen zu de-konstruieren, die zu dieser düsteren Lage nicht nur der Tamilen, sondern aller unterdrückten Völker geführt haben. ♦

* Viraj Mendis ist Vorsitzender des Internationalen Menschenrechtsvereins IMRV Bremen und Singhalese.
www.humanrights.de

Hauptkommissar in Ankara – Geheimdienstler in Istanbul – Zwei Krimis und ein bisschen Geschichte

Buchbesprechung von Susanne Roden

Ich liebe Kriminalromane. Schon früh habe ich einen gewissen Hang zur Rechtsmedizin entdeckt und später sogar im Vertretungsfall Berichte für die Pathologie geschrieben. Nachdem ich bereits in frühen Jahren sämtliche Bände der *The three investigators* unserer Dorfbibliothek hinter mir gelassen hatte, ließ ich später keine Folge der gegen Mitternacht ausgestrahlten US-amerikanischen Krimiserie *Quincy, M. E.* mit Jack Klugman als Dr. Quincy in der Hauptrolle eines Gerichtsmediziners, der die Ursachen von fragwürdigen Todesfällen ermittelte, aus. Die Romanfigur der englischen Autorin Agatha Christie, Miss Marple, ist mir sogar so sehr ans Herz gewachsen, dass ich mir auch eines Tages ein schwarzes Cape zulegen musste. Nur mit Mr. Stringer will es nicht so recht klappen.

Für die Ferienzeit hatte ich mir in den Kopf gesetzt, neben der Suche nach Neuveröffentlichungen von kurdischen Schriftstellen, auch ein paar Krimis zu lesen, und schon ging die Suche los.

Yusuf Yesilöz: *Lied aus der Ferne*. Der Krimi beginnt mit einem Messer im Rücken eines Türken namens Abbas Düren, ein abgelehnter Asylbewerber, der laut Polizeiakten vor Jahren schon aus der Schweiz ausgereist war. Ein spannendes Buch, aber bereits in einer früheren Reportausgabe vorgestellt. Yusuf Yesilöz ist auch Filmemacher. Von ihm ist der Film *Hungern gegen Wände*, das Portrait von Cemal Miran, der wegen seines politischen Engagements für die Kurden insgesamt neun Jahre in türkischen Gefängnissen inhaftiert war.

Gerne hätte ich in diesem Zusammenhang eine neue Buchveröffentlichung von Recep Maraşlı, der 1956 in Erzurum geboren wurde und einen Großteil seines Lebens aufgrund seiner politischen Ansichten in verschiedenen Strafanstalten der Türkei verbracht hat, vorgestellt. Er wurde in den 80er Jahren von den Militärgerichten des Ausnahmezustandes in Istanbul und Amed (Diyarbekır) zu insgesamt 40 Jahren Strafe verurteilt.

Gegen Maraşlı existieren derzeit 30 vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul anhängige Gerichtsverfahren, welche wegen seiner schriftlichen Beiträge in den Zeitungen und Zeitschriften wie Sterka Rizgarî, Jiyana Nû, Newroz, Özgür Gündem, Yeni Politika und verschiedener Stellungnahmen bei Podiumsdiskussionen gegen ihn eröffnet worden sind. Maraşlı wurde von Amnesty International zweimal zum „Gefangenen des Jahres" gewählt. Er ist ein wichtiger Zeitzeuge, aber sein neues Buch ist in türkischer Sprache und eine Übersetzung in deutscher Sprache in weiter Ferne.

Wenn man die Berichte der Erlebnisse der politischen Gefangenen aus der Zeit kennt, dann wünscht man sich mehr Aufarbeitung in Büchern, die auch ins Deutsche übertragen werden. Denn ohne Wissen über die Vergangenheit und deren Aufarbeitung kann man viele Dinge der Gegenwart nicht verstehen und das wäre ja das Mindeste für die Planung einer friedlichen Zukunft und eines Miteinanders.

Ich bin zwar sehr interessiert an Literatur, aber bei weitem kein Kenner der Literaturgeschichte, und somit habe ich mich ein wenig vertiefen müssen. Durch die Hinwendung vieler Intellektueller zur westlichen Kultur ab ca. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte dies auch einen starken Einfluss auf die Literatur und so fand der Roman seinen Einzug im Osmanischen Reich. Man begann mit Übersetzungen aus dem Französischen und die westlich geprägten Veröffentlichungen haben einen dominierend sozialkritischen Zug, und es geht in den Romanen auch immer um Aufklärung, so dass nicht immer eine eindeutige Trennung zum Journalismus erkennbar ist.

Der erste ins Türkische übersetzte Kriminalroman war ein Werk von Ponson de Terrails mit seinem „gentleman-gangster" Rocambole als Protagonist und wurde 1881 in Istanbul veröffentlicht.

1902 erschien Edgar Allen Poes Werk *The Murders in the Rue Morgue* und 1909 die ersten Übersetzungen von Conan Doyles *Sherlock Holmes*. Sultan Abdülhamit II (1976–1909) war ein Liebhaber von Kriminalromanen und ließ sich privat von seinen Übersetzern das Werk von Doyle übersetzen. Er lud Doyle sogar nach Istanbul ein, so begeistert war er von der erfundenen Figur Sherlock Holmes.

Für fast vier Jahrzehnte gab es Massenübersetzungen, aber auch Adaptionen, die sich an westlichen Helden orientierten und zum Teil unter Pseudonymen veröffentlicht wurden, wie von Peyami Safa (1899–1961) oder von Refik Halit Karay (1888–1965), der zunächst Recht studierte und das Studium abbrach, um als Journalist für Zeitungen unter dem Pseudonym „Kirpe" zu schreiben. Er wurde zunächst in die östlichen Provinzen des Reichs verbannt und später von den Jungtürken ins Exil nach Aleppo gezwungen. Er hat in seinen Romanen das Leben der „kleinen Leute" in Anatolien beschrieben und zwei Kriminalromane verfasst. Ebenfalls zur ersten Generation gehört Ümit Deniz (1922–1975), der den ersten hartgesottenen Serien-Detektiv erdacht hat.

In der Literatur wird betont, dass der Durchbruch der autochthonen Kriminalliteratur in der Türkei nicht allein durch die Übersetzungen der westlichen Klassiker wie George Simenon oder Agatha Christie erfolgte, sondern deren Fernsehverfilmungen und die produzierten Thriller u. a. von Osman Aysu. Kriminalromane wurden nicht als Literatur betrachtet, erst durch die Industrialisierung hat sich das geändert und seit ein paar Jahren entwickelt sich ein Markt für intellektuelle Kriminalromane.

Dann erfahre ich die Namen der zweiten Generation wie z. B. Hasan Doğan, Celil Oker, Esmahan Aykol, Ahmet Ümit, die aber zum Teil erst ein oder zwei Kriminalromane veröffentlicht haben und davon wenig in deutscher Übersetzung vorliegt.

Esmahan Aykol. Wir hatten *Scheidung auf Türkisch* vorgestellt. Sani, eine schöne junge Umweltschützerin, eingeheiratet in eine der reichsten Familien Istanbuls, wird in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Ein Fall für die Protagonistin Kati Hirschel, eine deutschstämmige Frau, die in Istanbul einen Krimibuchladen betreibt. Sowohl der Titel als auch das Thema Umweltschutz in der Türkei hatten mich gereizt, aber Kati Hirschel hatte mich nicht vom Hocker gehauen. Nach drei Detektivromanen hat die Autorin im Oktober 2008 ein neues Themenfeld eröffnet: das Leben von Ece aus Istanbul in London – eine Exilgeschichte.

Ahmet Ümit – Nacht und Nebel

Dann stoße ich bei meiner Suche auf den Autor Ahmet Ümit. Er wurde 1960 in Gaziantep im Südosten der Türkei geboren und begann schon mit 14 Jahren, sich politisch zu engagieren. 1983 beendete er das Studium der Verwaltungswissenschaften an der Marmara-Universität in Istanbul und begann im gleichen Jahr mit seiner ersten Erzählung. 1989 erschien der erste Gedichtband *Sokağın Zulası* (Der Diebstahl der Straße), der das Festhalten eines jungen Mannes an seinen Utopien und Idealen im Schatten politischer Bedrängnis zum Thema hat. 1992 folgte sein preisgekröntes Werk *Çıplak Ayaklıydı Gece* (Barfuß war die Nacht). Neun weitere Romane sowie ein Kinderbuch *Masal Masal İçinde* (Märchen im Märchen) folgten. Von 1974 bis 1989 aktives Mitglied der Türkischen Kommunistischen Partei nahm er während der Militärdiktatur 1980 bis 1990 an Untergrundaktionen teil, musste 1989 untertauchen. 1985 und 1986 studierte er nach damaligen türkischen Gesetzen illegal an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau und von 1989 bis 1998 arbeitete er in einer Werbeagentur in Istanbul. Er ist derzeit als Kulturberater am Goethe-Institut in Istanbul tätig und schreibt Beiträge für Tageszeitungen im Bereicht Literatur und Philosophie.

Sein erster, 1994 erschienener Roman *Bir Ses Böler Geceyi* (Eine Stimme teilt die Nacht) ist kein Roman, sondern bewegt sich eher im Mystischen, es geht um eine religiöse Minderheit, die im Laufe der Jahrhunderte ständigen Repressalien ausgesetzt wurde, und um die Beschreibung von Konflikten zwischen religiösen Zwängen und individuellen Bedürfnissen, was er selbst mit „mystischer Spannungserzählung“ umschreibt.

1996 erschien der Kriminalroman *Nacht und Nebel* (Sis ve Gece), der eine der meistdiskutierten Buchveröffentlichungen in der Türkei ist, wie der Übersetzer im Nachwort bemerkt. Die deutsche Übersetzung wurde 2005 veröffentlicht und liegt seit 2008 auch in einer Taschenbuchausgabe vor.

Ahmet Ümit gilt als der Autor, der für die Türkei den Kriminalroman literaturfähig gemacht hat und dabei wurde er erst von einem Freund darauf aufmerksam gemacht, dass eine Erzählung Charakteristika einer Kriminalerzählung aufweist. Er hat außerdem Essays u. a. über Kafka, Dostojewski, Highsmith und Poe veröffentlicht, und er arbeitet auch als Drehbuchautor für TV-Krimiserien (1994 Çakalların İzinde, Auf den Spuren der Schakale).

Zunächst habe ich den Sammelband *Der Teufel steckt im Detail* (Şeytan Ayrıntıda Gizlidir) gelesen. Es handelt sich um kriminalistische Gesellschaftsstudien, wie im Einleitungstext zu lesen ist, für die Istanbul eine ungeheure Mannigfaltigkeit bietet, da es sich nicht nur aus einer siebentausendjährigen Geschichte nährt, sondern auch aus extremen sozialen Verhältnissen der Gegenwart mit Themen wie Drogensucht, Landflucht und einem Wertewandel. Die Kriminalität gehört für Ahmet Ümit zum Menschsein unmittelbar dazu, erfahren wir, und so begleiten wir Hauptkommissar Nevzat bei seinen Ermittlungen. Diese Geschichten sind leicht zu lesen und auch fein formuliert in den Beobachtungen, aber sie sind bei weitem nicht spannend. Alle zu verhörenden Personen sind immer anzutreffen, benötigte Unterlagen, Ermittlungsergebnisse, Berichte sind in kürzester Zeit vorhanden, es gibt keine Pannen oder Ermittlungsfehler und der Hauptkommissar untersucht auch schon mal eine Leiche, um sich selbst ein Bild zu machen, bevor die Spurensicherung eintrifft. Dennoch, nicht jeder Mörder kann überführt werden, auch wenn man ihm ins Auge sieht, denn es sind eben Kurzgeschichten und somit ist kein Raum für lange Ermittlungen vorhanden. Da bleibt dann eben der Fall unabgeschlossen – wie im wahren Leben eines Kriminalbeamten.

Der Roman *Nacht und Nebel* ist nun aber ein Thema, was mich sehr interessiert. Es geht um die Arbeit des Geheimdienstes. Nicht erst seit Ergenekon ein spannendes Thema.

Die Geschichte beginnt mit den Sätzen: Wie bin ich hierher gekommen? Und woher? Ich weiß es nicht!

Die Bilder sind verworren, es ist unklar, ob es sich um einen Alptraum, eine Gespenstergeschichte oder Halluzinationen des Ich-Erzählers handelt. Langsam verdichten sich die Bilder und es wird klar, was dem Hauptmann Sedat widerfahren ist. Ein recht spannender Einstieg für die Geschichte.

Sedat gehört dem Geheimdienst an und folgt damit der männlichen Familientradition, aus patriotischen Gefühlen heraus. Es handelt sich schließlich nicht um einen Beruf, den man ausübt, um Geld zu verdienen. Im Gegensatz zu den jüngeren Kollegen, die sich auf eine Anzeige für den Geheimdienst bewarben, hatte man ein anderes Verständnis vom Staat, von der Nation gehabt, so stellt es Sedat im Stillen fest. Es geht um die innersten Strukturen des Geheimdienstes, es geht um Terroristenbekämpfung. Die Suche nach der verschwundenen heimlichen Geliebten Mine konfrontiert Sedat

mit eigener Schuld. Hat er Grenzen überschritten, holt auch ihn die Forderung nach der Umstrukturierung der Arbeit in den eigenen Reihen, vor der sich sein Onkel so sehr fürchtet, ein? Er tut, was zu tun ist, wie er es immer getan hat, er hat den Nachbarn erzählt, er sei Polizist, damit keine Fragen gestellt werden. Natürlich wird er dann auch um Rat und Hilfe ersucht, aber warum auch nicht und alle sind betroffen, als sie erfahren, dass er nur knapp einem Attentat entkommen ist. Natürlich sind die Zeitungsberichte so angelegt, dass er geschützt wird und man weder Ermittlungen noch Informationen preisgibt, die die endgültige Aufklärung behindern könnten. Aber letztendlich wird nicht alles getan, um die Sache aufzuklären, sondern um die Operation, an deren Legitimität ja ohnehin kein Zweifel besteht, so in die Akten zu zaubern, damit sie vor Gericht Bestand hat.

Sedats Onkel Ismet vom Nachrichtendienst erklärt ihm, dass sein Großvater einer der tüchtigsten Geheimdienstler, die das Land je hervorgebracht hatte, war und der sogar dann noch, als ihn kurdische Aufständische in den Bergen von Dersim mit Kugeln durchsiebt hatten, das Land davor bewahren wollte, dass es auseinanderfällt.

Man erfährt viel über die Verflechtungen von Nachrichtendienst, Geheimdienst und Kriminalpolizei, über Operationen gegen „Terroristen", und es ist an der Tagesordnung, dass dem Geheimdienst „eine Vielzahl von Personen getötet in die Hände fallen" und es sehr viele verletzte Personen im Ergebnis gibt. Da wird ein Leichnam der Familie nicht ausgehändigt, weil man ihn wegen der Identifizierung durch einen Polizisten einfach so lange in der Leichenhalle lässt, und damit konfrontiert erklärt Sedat nur: „Ja, er war uns vor zwei Wochen bei einer Schießerei in die Hände gefallen."

Die Stimmung der Gruppierungen der Zeit werden gut eingefangen, junge Leute, Studenten der Literaturgeschichte, Philosophie, Kunst, gründeten stark verdächtigte Literaturclubs, um sich zum Diskutieren über Literatur zu treffen, schrieben Propagandaartikel für linke Zeitschriften, erstellten Übersetzungen aus französischen Zeitschriften, auch Beiträge über Guerillagruppen, die in Afrika für Unabhängigkeit kämpften. Diese jungen Menschen befassten sich mit dem Sozialismus und hatten Sympathien für die Linken, waren für „terroristische Gruppierungen" gutes Menschenmaterial und wurden von Genossen von „terroristischen Vereinigungen" angeworben. Sedat nimmt den Leser einfach bei der Suche nach verdächtigen Personen mit zum Aktenlesen an seinen Schreibtisch. Somit erfährt der Leser die jeweiligen Lebensläufe im Detail, mit Zeitangaben, Todesurteil und auch Entlassung aus dem Gefängnis aufgrund einer Amnestie 1991. Es bleiben scheinbar keine Fragen offen nach Aktenlage, bis dann der beste Freund an späterer Stelle bei einem starken Mokka die Dinge erzählt, die eben nicht in der Akte stehen.

Und das ist dann eine andere Geschichte, mit den gleichen Eckdaten zwar, aber doch die Antigeschichte zu dem bisher eindeutigen „Terroristen". Der Leser kann versuchen, seinen Blickwinkel erneut einzustellen, aber der Hauptmann Sedat vom Geheimdienst kann das nicht, er setzt seine Ermittlungen unbeirrt nach seiner Überzeugung fort. Er hat an einer Mordaktion teilgenommen, was einer Hinrichtung ohne Rechtsgrundlage gleichkommt, aber er hat nicht gelernt, die Dinge und Aufgaben des Geheimdienstes zu hinterfragen. Die Anmerkung seines Onkels „nur wer nicht nachdenkt, irrt sich nie" bezieht sich denn auch nur auf die Aufklärungsmethoden, die der Überführung von „Terroristen" dienen.

Der Autor beschreibt recht differenziert die verschiedenen Verhörmethoden, die teilweise subtil eingesetzten psychologischen Tricks, wie vorher abgesprochene undurchsichtige Rollenspiele dabei oder die bei Festnahmen gegen die Personen unkalkulierbare plötzlich aufkeimende Brutalität und grenzwertige Kleinfoltermethoden wie z. B. Schnippen gegen die Ohrmuschel.

Auch mögliche Umwälzungen durch die Annäherung Europas werden eingebaut in den Roman, so bemerkt ein Kollege von Sedat, dass verantwortungslose Politiker unaufhörlich davon reden, dass der Dienst umstrukturiert werden müsse, und sein Onkel befürchtet bereits, unehrenhaft in den vorzeitigen Ruhestand befördert zu werden. Selbstverständlich wird erwähnt, dass man zum Rauchen auch bei strenger Kälte vor dem Dienstgebäude steht.

Themen wie behinderte Kinder durch Heirat unter Verwandten oder Kindesmissbrauch, Homosexualität und die Abhängigkeit der Frauen von ihren Männern, da sie keinen eigenständigen Beruf ausüben, arrangierte Heirat usw. flicht der Autor wie selbstverständlich in den Handlungsablauf mit ein. Auch Themen wie die Gemeinde der griechischen Minderheit in Istanbul, die Rolle von verschiedenen Geheimdiensten aus dem ehemaligen Ostblock sowie dem griechischen Geheimdienst finden ihren Platz, aber auch die Vielzahl von Intrigen innerhalb der Gruppierungen Nachrichtendienst und Ermittler vom Staatsdienst.

Ahmet Ümit selber erklärt, dass er keine leichten Romane schreibt, er erzählt von Schuld, von psychologischen und gesellschaftlichen Deformationen, die zu Schuld führen. Er befasst sich mit den tiefen Ursachen einer Straftat, mit der psychologischen Struktur vom Täter und allen Beteiligten. Er geht bei allen Büchern von den Realitäten in der Türkei aus. Alle Bücher sind sehr unterschiedlich, aber sie greifen universell die Frage nach dem Menschen auf und es geht um das Problem der Gewalt, eine Tradition, die „Anderen" zu vernichten, und das ist nicht einfach eine Frage der Türkei, z. B. was mit den Armeniern gemacht wurde, denn alles hat historische Wurzeln. Es ist Gewalt, die an Unschuldigen verübt wurde, so wie die Gewalt an den Indianern, an den Juden, an Protestanten usw., Schriftsteller sollten ein kritisches Verhältnis zur Welt haben.

Ahmet Ümit hat sein Buch *Nacht und Nebel* 1996 vor dem Susurluk-Ereignis veröffentlicht, als es nur ein paar Presseberichte gab. Die kurdische Opposition sollte unterdrückt werden und der türkische Staat benutzte dazu faschistische sowie paramilitärische Kräfte und baute geheime Organisationen auf. Innerhalb der Geheimdienste gab es Spannungen und es fanden Spaltungen zwischen Zivilisten und den Militärs statt. Da der MİT der eigenen Regierung nicht traute, hat er gegen die eigenen Sicherheitsorgane einen Geheimdienst entwickelt. Der Roman von Ahmet Ümet sollte dazu anregen, darüber nachzudenken, dass es eben ein Unterschied ist, ob man

Schuldige verhaftet und sie vor Gericht stellt, anstatt sie mit Gewalt vernichten zu wollen. Oberst Sedat ist der Meinung, er habe das Recht, Menschen als sogenannte Terroristen zu vernichten. Dadurch tritt ein großes Maß an Gewalt auf und trifft viele unschuldige Menschen. Dennoch muss die Figur des Oberst Sedat als Mensch erzählt werden, denn das ist die Funktion von Literatur.

Ahmet Ümit gehört zur 78er Generation und hat die bürgerkriegsartigen Zustände vor dem Militärputsch 1980 hautnah miterlebt. Nach alledem, was er erlebt hat, kann er keine leichten Romane schreiben. Die Zeit seit dem Putsch lastet schwer auf ihm und er hat auch in dem Band *Patasana* mit der Figur des Hauptmanns Eşref eine vielschichtige Persönlichkeit geschaffen, die in einer gewalttätigen Welt lebt. Momentan arbeitet er an einem neuen Roman, der sich um den Susurluk-Skandal dreht, aber nicht autobiographisch. Er wird von einem in die Ereignisse verwickelten Auftragskiller handeln, einem Faschisten, der an die Sache glaubt und aus politischen Gründen zum Mörder wird.

Emrah Serbes – BEHZAT Ç – jede berührung hinterläßt eine spur

Hauptkommissar Behzat Ç. ist ständig überlastet, aber es hilft ihm, die Trostlosigkeit in seinem Privatleben zu vergessen. In der Nacht zu Neujahr kommt eine Funkmeldung über die Zentrale, dass sich eine junge Frau von der Veranda einer Bar gestürzt hat, und so eilt er zum Tatort. So, wie in Deutschland auch, ist die Kriminalpolizei zuständig und wenn ein Verdacht auf Fremdverschulden vorliegt, wird die Mordkommission eingeschaltet. Doch das schnelle Eintreffen der Kriminalpolizei entpuppt sich schnell als ein Problem, denn Kollegen vom Staatsschutz waren schon vor dem Ereignis vor Ort und behindern die laufenden Ermittlungen.

Der Machtkonflikt und das Gerangel um Zuständigkeiten gibt detailreiche Innenansichten auf das Funktionieren des Polizeiapparates.

Behzat Ç. ist ein mürrischer Kettenraucher, der gern flucht und auch mal zuschlägt. Seine Ermittlungen zu den Todesumständen der jungen Studentin aus wohlhabendem Haus führen ihn in das linksradikale Umfeld und in Konfrontation mit Antiterroreinheiten, die demokratische Reformprozesse als einen Angriff auf ihre Macht sehen.

Ich hatte diesen Kriminalroman zuerst und vor Ahmet Ümit gelesen, weil mich schon beim kurzen Querlesen sofort der Erzählstil fasziniert hatte. Und ich wurde nicht enttäuscht. Interessanterweise ist er eine gute Ergänzung, ja ein wunderbares Gegenstück zu den Verflechtungen, die auch bei Ahmet Ümit beschrieben werden. Und wenn man das Buch von Emrah Serbes gelesen hat, dann wird einem auch klar, in welchem Maße Geheimdienst und Nachrichtendienst eigentlich die Aufklärung von Verbrechen verhindern, ja sie sogar selbst kreieren. Man muss sich doch fragen, ob nicht der normalerweise übliche Weg einer Vermisstenanzeige über eine Polizeidienststelle nicht eher zum Erfolg geführt hätte, anstatt sich an einen Nachbarn zu wenden, von dem man glaubt, er sei Polizist und der dann eine Geheimdienstabwicklung vom Feinsten bringt.

Emrah Serbes wurde 1981 in Yalova (Türkei) geboren. Er studierte Theaterwissenschaften in Ankara und arbeitete unter anderem als Kritiker für das türkische Feuilleton. Unter dem Titel *Fröhliche Wissenschaftler oder die Untreue zur Metapher* veröffentlichte er 2006 seine Gespräche mit zwei bekannten Geisteswissenschaftlern. *BEHZAT Ç. – jede berührung hinterläßt eine spur* war sein erster Roman und mit Erscheinen des zweiten Kriminalromans 2008 *Son Hafriyat* konnte er den Ruf eines Kriminalautors festigen. ♦

Der Weg des geringsten Widerstandes war Uta Schneiderbanger fremd

Mit Kampf und Liebe für eine neue Zeit – Nûdem

Buchbesprechung von Claudia Wangerin

Wie kommt eine gelernte Heilpraktikerin, Arbeitertochter aus dem Ruhrgebiet, Lesbe, vielseitig interessiert, gebildet und naturverbunden, zu einer bewaffneten Organisation, die auf der EU-Antiterrorliste steht? – Freundinnen von Uta Schneiderbanger, genannt „Nûdem", die im Mai 2005 bei einem Autounfall in den kurdischen Bergen starb, haben ihren Lebensweg in einem Buch nachgezeichnet. Mit ihr verunglückte die türkische Internationalistin Ekin Ceren Doğruak, genannt Amara, an die demnächst ein zweites Buch erinnern soll. Ihre kurdischen Genossinnen sprachen mit dem größten Respekt von der Türkin und der Deutschen, die für sie Partei ergriffen hatten, was in ihren Herkunftsstaaten nach wie vor als kriminell und verwerflich gilt.

Nûdem, was so viel wie „Neue Zeit" heißt, war Aktivistin der PAJK, der Frauenbefreiungspartei Kurdistans – und Mitglied im Leitungsrat des kurdischen Volkskongresses, des Kongra Gel. „Wir haben nach Lösungswegen für eine neue Zeit gesucht. Nach einem kollektiven und menschlichen Leben", schrieb sie in ihren Aufzeichnungen.

Die 1961 in Mühlheim an der Ruhr geborene Uta Schneiderbanger hatte auf dieser Suche schon früh mit dem bürgerlichen Staat gebrochen – sie entsprach jedoch nie dem bürgerlichen Klischee einer Militanten. Sanft sei sie gewesen, betont ein Freund namens Michael, wie sie ein Homosexueller. „Und so waren unsere Gespräche eher wie die zwischen Freundinnen." Murat Karayılan erklärt, was es bedeutete, dass die Deutsche als eines von sieben Mitgliedern in die Gerechtigkeitskommission, die Judikative des Kongra Gel, gewählt worden war, der in den kurdischen Gebieten der Türkei eine Massenbewegung repräsentiert: „Das allein zeigt, wie sehr ihrer gerechten und freiheitlichen Haltung, ihrer Prinzipientreue und ihrem kämpferischen Geist vertraut wurde", so der Vorsitzende des Exekutivrates der Dachorganisation Koma Civakên Kurdistan (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan).

In der Biographie „Mit Kampf und Liebe für eine neue Zeit – Nûdem" kommen sehr unterschiedliche Freundinnen, Freunde, Kampfgefährtinnen und Familienangehörige der Internationalistin zu Wort. Vieles, was sie gesagt habe, sei eingetreten, sagen ihre Eltern. Sei es beim Thema Sozialabbau oder in Sachen Umwelt. „Sie hatte auch immer gesagt, wenn ich soweit bin, gibt es sowieso keine Rente mehr. Der Weg geht dahin." Von Existenzangst ließ sich Uta Schneiderbanger nie aus dem Konzept bringen – nicht einmal, als sie an Multipler Sklerose erkrankte. Allerdings bekam sie die Krankheit vergleichsweise gut in den Griff. Ihre Angehörigen waren manchmal schockiert, wie spartanisch sie mitten in Deutschland lebte. Eine Frau, die überwiegend ehrenamtlich arbeitete, weil ihr die eigene Lebenszeit zu kostbar war, um sie für fremde Interessen oder das Streben nach materiellem Wohlstand zu opfern.

Schon früh war sie ihren eigenen ethischen Grundsätzen gefolgt, die in ihrer Jugend stark von der Theologie der Befreiung inspiriert worden waren. Ihr Vater, ein christlicher Gewerkschafter, machte sie zum ersten Mal stolz, als er sich ab 1973 an den großen Stahlarbeiterstreiks im Ruhrgebiet beteiligte. Vorher hatte sie sich am Gymnasium für ihre einfache Herkunft geschämt, wie sie in einem ausführlichen Lebenslauf schrieb.

Später kam sie mit der Hausbesetzerbewegung in Kontakt, engagierte sich für politische und „soziale" Gefangene, denn sie wollte keine strikte Abgrenzung zwischen den bewusst politischen Aktivisten und den Unterprivilegierten, die Eigentumsdelikte begingen, um sich einen Ausgleich für fehlende Chancen und Perspektiven zu verschaffen, die ihnen die Gesellschaft bot. Eine gesunde Nulltoleranz zeigte sie aber, wenn es um Gewalt gegen Schwächere ging. Einem wegen Bankraub Angeklagten kündigte sie unverzüglich die Solidarität auf und verließ den Gerichtssaal, als in der Verhandlung herauskam, dass er eine weibliche Geisel sexuell genötigt hatte. Sie engagierte sich in autonomen feministischen Gruppen, pflegte aber auch intensive Freundschaften mit Männern. Den Realsozialismus in der DDR hatte sie zwar nicht als Vorbild betrachtet, spürte aber nach seinem Zusammenbruch einen Verlust: „Nachdem die Berliner Mauer und die realsozialistischen Staaten zusammengebrochen waren, und damit auch Ostdeutschland die Chance auf eine wirkliche sozialistische Entwicklung verpasst hatte, hinterließ dies bei den feministischen Bewegungen und der Linken in Deutschland sehr ernste Spuren", schrieb sie in ihren Erinnerungen. „Zunehmend verschwanden die Perspektiven und brachen die Strukturen zusammen."

Jahre der Stagnation, die viele auf der Suche nach neuen Perspektiven in die Ferne schweifen ließen. Uta Schneiderbanger war schon seit längerer Zeit vor der „Wende" internationalistisch orientiert. Die ausländischen Befreiungsbewegungen, für die sie sich engagierte, sah sie nicht unkritisch und romantisierend. Während der islamische Einfluss in der palästinensischen Nationalbewegung wuchs, galt ihre inhaltliche Solidarität mehr und mehr der kurdischen, die neben der nationalen Unterdrückung auch die Versklavung der Frau durch den patriarchalischen Ehrbegriff beseitigen wollte.

Zu diesem Zweck wurde in den 90er Jahren sogar eine Frauenarmee mit eigenem Oberkommando gegründet, in der Frauen nicht mehr gegen ihren Willen beschützt wurden und zwangsläufig sämtliche Aufgaben lernten, die in einer Guerilla-Armee anfallen. Uta Schneiderbanger, die sozialistische, feministische und internationalistische Werte verbinden wollte, war beeindruckt. Ihre Vorstellung von Militanz bestand nicht in bloßer Gewaltbereitschaft. „Wie weit hängt mein Selbstwertgefühl davon ab, ob ich bewaffnet gekämpft habe?", fragte sie sich selbstkritisch im Jahr 2003, als in ihr der Entschluss reifte, sich voll und ganz dem kurdischen Befreiungskampf anzuschließen. Enttäuscht war sie darüber, dass die Genossen sie so lange nicht gefragt hatten. „Selber schuld, als Frau musst du auch deine Entschlossenheit anders vermitteln, als ein Typ das nötig hätte", notierte sie. Es ging ihr nicht in erster Linie um Waffen. „Was mich aber wirklich überzeugt, ist, dass in den letzten Jahren nicht ich mich der Bewegung, sondern die Bewegung sich mir nähert. Das ist überzeugend und bestätigt meine politische Identität, macht mir so auch deutlich, dass ich einen Platz in der Bewegung einnehmen kann." Sie klopfte ihre Identifikation mit den Zielen ab – und kam zu dem Ergebnis, dass sie sich ihr in Vollzeit anschließen wollte. Als es der Organisation gelang, die Instrumentalisierungsversuche der USA im Zuge des Irak-Krieges abzuschmettern, war Nûdem überzeugt, sich richtig entschieden zu haben. Alle in der Biographie zitierten Quellen deuten darauf hin, dass sie sich an ihrem Todestag sehr lebendig gefühlt haben muss, optimistisch in die Zukunft blickte und voller Tatendrang war. Uta und ihre Genossin Amara befanden sich auf dem Rückweg von der III. Generalversammlung des Kongra Gel. In der Nähe der südkurdischen Kleinstadt Qeladize verlor der Fahrer in dem steilen Berggelände die Kontrolle über den Wagen. ♦



Mit Kampf und Liebe für eine neue Zeit – Nûdem
Aus dem Leben von Uta Schneiderbanger
Zu bestellen bei:
Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstraße 125
40215 Düsseldorf
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative
Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Bağlar Volksinitiative: Wir begrüßen die Ankündigung des autonomen Kurdistan
Foto: DIHA

Rückseite:
In Erinnerung an Ronahî | Andrea Wolf

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Ronahî | Andrea Wolf

Freiheit und Glück

ISSN 0935-5375